Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

24. Februar 1977
Jg. 5 Nr. 8

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim – Gedruckt in Hamburg

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21903 C

Eilverfahren zur Senkung der Renten und Verschlechterung der Gesundheitsversorgung

140 Seiten Gesetzentwürfe zur Renten- und Krankenversicherung hat die Bundesregierung Mitte letzter Woche verabschiedet. Das Gesetzeswerk soll im Eilverfahren beschlossen werden, damit es in Kraft sei, bevor alle Gemeinheiten erkannt sind und sich der Widerstand entfaltet. Allerhand soll „bereinigt" werden, wozu sonst 140 Seiten Paragrafen? Soweit bekannt sollen die Renten gekürzt werden durch Verschiebung der übernächsten Anpassung auf 1.1.1979, Anpassung an die Entwicklung des Nettolohnes, Manipulation der Bemessungsgrundlage ab 1978, Rezeptgebühr über 3,50 DM, Sperrung der Krankenversicherung für Rentner, die weniger als 20 Jahre versichert waren. Einfrieren des Kinderzuschlags. Durch die Krankenversicherung werden Kuren eingeschränkt, Medikamente nicht mehr ersetzt, eine Obergrenze für Arzneimittel und Arztkosten festgelegt. Die Rezeptgebühr wird um 40 Prozent erhöht, die Beiträge zur Krankenversicherung um 10 bis 20 Prozent. Noch vor Juli soll ein entsprechendes Gesetz verabschiedet sein.

Speise für den Kapitalmarkt

Am 15.2. haben die Rentenversicherungen erstmals begonnen, festverzinsliche Wertpapiere zu verkaufen. Eine begrenzte Anzahl großer Banken sei aufgefordert worden, Gebote abzugeben, hieß es. „Der deutsche Anleihemarkt hat auf diese Geschäfte am Mittwoch noch gelassen reagiert." Diese Papiere sind billig, und die Großbanken haben sich unter den Nagel gerissen, was einst aus Beitragsgeldern bezahlt war. Jedoch entzieht dieser Verkauf auch dem Kapitalmarkt Mittel. Die Kredite für die Kapitalisten werden knapper und teurer. Das hemmt die Akkumulation. 34,5 Milliarden DM betrug das Vermögen der Rentenversicherungen noch Ende November. Der Verkauf dieses Vermögens wirkt sich direkt oder indirekt auf den Kapitalmarkt aus. Immerhin ist dieses Vermögen so groß wie der gesamte Absatz an festverzinslichen Wertpapieren in den ersten acht Monaten 1976. Noch vor zwei Jahren überschritt es 47 Milliarden DM. Das war Nahrung für den Kapitalmarkt, so soll's wieder werden. Den jetzigen Abbau der Versicherungsrücklagen sehe sie mit Sorge, erklärt die Bundesbank im jüngsten Monatsbericht.

den. Den jetzigen Abbau der Versicherungsrücklagen sehe sie mit Sorge, erklärt die Bundesbank im jüngsten Monatsbericht.

Weitere Beitragserhöhungen vorbereitet

Am 11. März soll die Gesetzesvorlage zur Renten- und Krankenversicherung in den Bundesrat. Es ist schon ausgemacht, daß dabei noch einiges geändert wird. Katzer von der CDU hat vorgeschlagen, den Versicherungsbeitrag zu erhöhen und von den Rentnern einen Krankenversicherungsbeitrag abzuziehen. Die SPD-FDP-Regierung kann das nicht auch noch vorbringen. Aber wenn die CDU/CSU dazu „erpreßt" und umgekehrt SPD/FDP auf ihren Vorschlägen beharren, dann könnte der Schwindel gehen. Die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften bauen an solcher Lösung ebenfalls schon beharrlich und fordern eine Beitragserhöhung. Die Bundesbank: „Ohne Beitragserhöhung ist ein Gleichgewicht in den Rentenfinanzen schwerlich herzustellen." So soll am Ende der Regierungsentwurf *und* der Katzer-Vorschlag verabschiedet werden. „Hinter vorgehaltener Hand gibt es für den Katzer-Vorschlag bereits mehr Zustimmung als nach außen erkennbar", schreibt die „Welt" vom 18.2. Runde 100 Milliarden DM kosten die Arbeiterbevölkerung die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen. Auf die Jahre bis 1980 verteilt sind das rund 10 Prozent von der Nettolohn- und Gehaltssumme. Und da redet Gerhard Muhr, der Versicherungsexperte des DGB, daher, das Programm sei „unausgewogen". Inwiefern? Rentner und Aktive müßten „gleichmäßig belastet" werden. Die Arbeiter sollen untereinander streiten, wer von ihnen die Rechnung der Kapitalisten begleicht. Muhr will spalten und verhindern, daß die Gewerkschaften zum Kampfinstrument gegen diese Pläne werden.

Der steckengebliebene Marsch nach Brokdorf

Eine Niederlage, aus der die Massenbewegung nur lernen muß

Am 19. Februar abends begann die Bourgeoisie zu jubilieren. Den ganzen Sonntag über hielt der Jubel an. Der „Rechtsstaat" sei gestärkt, der „Dialog über die Kernkraft" sei gesichert. Der Polizeiapparat habe sich bewährt. Am Montag stellten einige Zeitungen fest, daß der Jubel verfrüht ist. Das „Handelsblatt" bemerkte: „Die Kraftprobe wurde nur vertagt." Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" stellte die Frage: „Alles gut gegangen?". Der „Mannheimer Morgen" zog ein Resümee: „Weiter unter Atomdruck".

Der laute Jubel am Samstag abend und den ganzen Sonntag über zeigt, wie der Bourgeoisie die Angst in den Knochen steckte. Die nachdenklichen Bemerkungen vom Montag besagen, daß die Bourgeoisie weiß: die Sache ist nicht ausgetragen. Haben sie am Samstag noch gesagt, die „gemäßigten Kernkraftgegner" seien gestärkt aus der Auseinandersetzung hervorgegangen, so forderten „Handelsblatt" und „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am Montag das Verbot der Marxisten-Leninisten. Sie haben Gründe. So glänzend ist ihre Lage nicht. Die Bourgeoisie ordnet ihre Gedanken. Das wird auch die Massenbewegung gegen das Kernenergieprogramm der Kapitalisten und gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf tun.

Niederlagen haben letzten Endes immer innere Ursachen. Suchen wir nach den Ursachen. Was kann man feststellen, wenn man sich die Ereignisse vom Samstag in Erinnerung ruft? Die Spalterkundgebung in Itzehoe, einberufen durch Sozialdemokraten und DKP ist abgebröckelt, und ein großer Teil der Versammlung ist abgezogen in Richtung Wilster, um sich dem Zug nach Brokdorf anzuschließen. Dennoch, diese Kundgebung hat stattgefunden und hat gut 15 000 Demonstranten gebunden, die bestimmt mehr vorhatten, als sich das Geschwätz von Wüstenhagen, Robert Jungk und Freimut Duve anzuhören. Wüstenhagen hatte sich ein paar Tage vorher mit Innenminister Maihofer getroffen. Millionenmassen haben im Fernsehen gesehen, wie er mit dem Innenminister zusammen die „gemeinsamen Sorgen" vortrug. Die gemeinsame Sorge war, das Spaltungsmanöver in Itzehoe könnte mißlingen. Die Kundgebung von Itzehoe hatte keinen anderen Zweck als die Bauplatzbesetzung in Brokdorf zu verhindern. Auf der Kundgebung hat Wüstenhagen „weitere Bauplatzbesetzungen" angekündigt. Das zeigt, wie weit diese Leute bei ihrem Betrug gehen und gehen müssen. Der Betrug hat seinen Zweck gerade noch erfüllt. Die Kundgebung hat Tausende gefesselt und davon abgehalten, sich rechtzeitig mit der Masse der Demonstranten zusammenzuschließen und nach Brokdorf vorzugehen. Das liegt daran, daß Itzehoe von der Masse der Demonstranten auf dem Weg nach Wilster umgangen wurde, daß dort die Lage durch die Polizei und die Revisionisten beherrscht blieb. Die konnten nicht verhindern, daß Tausende von der Kundgebung weg nach Wilster zogen. Sie konnten aber verhindern, daß das frühzeitig geschah. Mit einer Bastion der Konterrevolution im Rücken, beherrscht von Polizei, Sozialdemokraten und Revisionisten, war der Marsch nach Brokdorf wesentlich geschwächt.

Die Opportunisten des Kommunistischen Bundes Nord und der Gruppe Rote Fahne hatten mit ihrer Taktik

(Fortsetzung Seite 2)



Palästina. In Nablus und anderen arabischen Städten der von Israel besetzt gehaltenen Territorien am Westufer des Jordan demonstrierten die Bewohner erneut gegen die zionistische Besatzung und für die PLO. Am 12. Februar kämpfte die palästinensische Jugend in Nablus, unterstützt durch Hunderte aus der übrigen Bevölkerung, mit Steinen und Flaschen gegen die zionistischen Besatzungstruppen.

Es geht gegen das 5,2-Prozent-Angebot der Regierung

(Fortsetzung Seite 2)

Es geht gegen das 5,2-Prozent-Angebot der Regierung – Für die 170 DM lohnt es sich zu streiken

Jedes Jahr begleitet die Bourgeoisie die Tarifkämpfe im öffentlichen Dienst mit massiver Hetze gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, insbesondere gegen die Beamten. Weil, die hohen Beamten sind verhaßt bei den Volksmassen.

Dieses Jahr, kann man feststellen, richtet sich die Hetze gegen alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst gleichermaßen. Die jährlich wiederholten Abgeschmacktheiten: Die Beamten sind hochbezahlt, haben sichere Arbeitsplätze und zahlen außerdem keine Sozialversicherung, werden dieses Jahr zugespitzt auf das letztere.

„Beamte und die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst dürfen nicht schlechter dastehen als alle übrigen Arbeitnehmer, aber auch nicht auf deren Kosten so ungerechtfertigt besser. Deshalb wird es zu einer Vereinheitlichung der Sozialversicherung kommen *müssen.*"

Für ihre Hetze sucht sich die Bourgeoisie immer einen Gegenstand aus, von dem sie annehmen kann, daß er ein Interesse der Arbeiter zur Grundlage hat, und womit sie gleichzeitig einen Keil zwischen die Arbeiter und Angestellten in der Industrie und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu treiben hofft.

Diesmal ist es die berechtigte Sorge aller Lohnabhängigen um die Altersversorgung. Auf Kosten der Arbeiter und Angestellten in der Industrie hätten die Beamten Renten, von denen sich leben läßt, und das, so wird zugegeben, läßt sich von den Renten insgesamt keineswegs sagen. Im Gegenteil.

Mit dem Auffliegen der Manöver und Lügen der Regierung um die Renten ist die Sorge der Arbeiterklasse um die Altersversorgung enorm gewachsen. Diese Sorge hat die Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst ebenso. Alles, was über die angeblichen Privilegien der Beamten gesagt wird, bezieht sich, wenn man's nachrechnet, auf die höhere Beamtenschaft. Tatsache ist lediglich, daß die Kapitalisten die Versicherungskassen leergeplündert haben und nach mehr verlangen.

Der Schreiber in der „Süddeutschen Zeitung" vom 19. Februar, der hier zitiert wird, tut aber so, als vertrete er die Interessen der Arbeiter und Angestellten in der Industrie. Tatsächlich hat er seinen Auftrag von dem Bund Deutscher Arbeitgeberverbände erhalten. Der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes verlangte in einem Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk zum Tarifkampf im öffentlichen Dienst: „Es ist erforderlich, die Lohn- und Sozialkosten zu dämpfen."

Das sieht eindeutig nach einer größeren Schweinerei aus: „Aber selbst Beamte werden übertroffen von den Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst. Damit diese ebenfalls (im Gegensatz zu allen anderen Arbeitern und Angestellten) eine Altersversorgung von 75 Prozent ihres letzten Bruttoeinkommens erhalten, bekommen sie die Differenz zur Sozialrente aus einer Zusatzversicherung gezahlt. Die Beiträge dafür bringen allein die öffentlichen Hände auf."

Die „öffentlichen Hände" bringen überhaupt nichts auf, sondern über Lohnsteuern, indirekte Steuern, Gebühren und Abgaben werden alle Lohnabhängigen gezwungen, für das aufzukommen, was der Staat macht, also auch für die Bezahlung der Lohnabhängigen, deren Arbeitskraft der Staat dafür kauft. Und hat man je davon gehört, daß „Einsparungen" an Beschäftigten im öffentlichen Dienst durch Stellenstreichung, Streichungen aus dem Haushaltssicherungsgesetz usw. unter die Arbeiter der Industrie verteilt wurden oder etwa in die Versicherungskassen einbezahlt wurden?

Das ist auch nicht der Sinn, den der Autor des Artikels im Kopf hat. Er zielt auf die Verachtung, die die Arbeiterklasse für privilegierte Speichellekker hat. Die Arbeiter haben in jeder Fabrik privilegierte Arbeiteraristokraten, von der Bourgeoisie bestochen, und hassen sie dementsprechend.

Unter der Überschrift „Grundsatz der Gleichbehandlung" fragt sich der Autor der Bourgeoisie angeblich im Interesse der Arbeiter in der Industrie, „wie lange es noch dermaßen krasse Unterschiede in der sozialen Absicherung geben kann".

Die Antwort ist einfach. Ein „krasser" Unterschied besteht unter den Lohnabhängigen keiner Branche, es sei denn, in einer Branche ist ihre Lage besonders schlecht. Diese Gleichheit wird die Arbeiterklasse nicht anstreben. Ein „krasser" Unterschied besteht allerdings zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse samt ihren Speichelleckern. Sie erreichen oft biblisches Alter, während nach Erhebungen offizieller Stellen die Mehrheit der Rentner aus den arbeitenden Klassen das dritte Jahr in Rente nicht übersteht. Dieser Unterschied ist als „kraß" zu bezeichnen, er wird auch bis zur sozialen Revolution nicht grundsätzlich aufgehoben. Wohl aber werden die Beschäftigten im öffentlichen Dienst wie die Arbeiter und Angestellten in der Industrie nicht zusehen, wie die Altersversicherung weiter ausgeplündert wird.

Man erkennt aber bereits: Der Schreiber bereitet darauf vor, daß die Regierung nächstens darangeht, die Zusatzversicherung der Arbeiter und Angestellten zu streichen. Sie entspricht einer betrieblichen Altersversorgung. Per Gesetz soll gestrichen werden, was tariflich vereinbart war. Angefangen soll aber werden bei den Beamten, weil sie sich in einer besonders rechtlosen Lage befinden.

Steigbügelhalter für die Vorbereitung dieses neuen Schachzuges der Regierung ist ÖTV-Gewerkschaftsführer Heinz Kluncker. Er wurde von den Sozialdemokraten vorgeschickt, zu fordern, die Beamten sollten einen Beitrag in die Arbeitslosenversicherung bezahlen. Präsident Stingl hat gerade ein neues 800-Millionen-Programm für die Kapitalisten vorgestellt. Die Bourgeoisie schätzt, daß ihnen diese Maßnahme gegen die Beamten, die 1,5 Prozent vom Lohn zahlen sollen, 1,1 Milliarden DM einbringt.

Mitten im Tarifkampf macht Kluncker seinen Vorschlag. Steigbügelhalter für die Schachzüge der Regierung ist Kluncker schon gewesen bei der Durchsetzung des Haushaltssicherungsgesetzes, wo ebenfalls unter Bezug auf das Beamtenrecht allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst Abstriche vom Lohn per Gesetz beschlossen wurden.

Steigbügelhalter ist Heinz Kluncker auch gewesen bei der Durchführung der kapitalistischen Rationalisierung im öffentlichen Dienst. Bei der tariflich

(Fortsetzung Seite 2)

Der steckengebliebene Marsch nach Brokdorf

(Fortsetzung von Seite 1)

nichts anderes vor als die Revisionisten. Nachdem sie schon Wochen vorher entsprechend der revisionistischen Theorie „Waffen sind stärker als Menschen“ kindische Pläne geschmiedet hatten, wie die Polizei „technisch“ besiegt werden könnte, zeigte sich am Samstag der nackte Tatbestand. Sie hatten nie die Absicht, den Bauplatz zu erobern. Deshalb waren sie schon gegen die Anmeldung der Demonstration in Brokdorf und den politischen Kampf für ihre Durchsetzung. Deshalb haben sie die Abfahrt in Hamburg hinausgezögert, bis sie das nicht länger konnten, weil ihnen die Massen davonfuhren. Deshalb haben sie die Fahrt nach Itzehoe in die Länge gezogen, wo immer sich durch Polizeiabsperrungen ein Anlaß fand. Statt die Lage in Itzehoe zu klären und nach Wilster weiterzuziehen, setzten sie darauf, überhaupt erst mit den von den Revisionisten und Sozialdemokraten organisierten Bussen in Itzehoe anzukommen. So wie die Opportunisten die Fahrt nach Itzehoe verzögert hatten, so verzögerten sie die Sammlung in Wilster, und als sich die Sammlung in Wilster nicht verhindern ließ, verzögerten sie den Abmarsch aus Wilster. Schließlich stellten sie ihn unter die taktische Devise, daß bei der ersten Polizeiabsperrung haltgemacht, Kundgebung gemacht und umgekehrt werden solle. Mit dieser Devise hätten sie sich gleich mit den Revisionisten vereinen können. Sie hätten sich aber auch sofort bloßgestellt. Als drängten sie sich lieber an die Spitze des Zuges und führten ihn zielstrebig zur ersten größeren Polizeiabsperrung, machten dann kehrt gegen die nachfolgende Demonstration, schützten die Polizeiabsperrungen durch eigene Ketten und führten eine Schlußkundgebung durch.

So ist es ihnen gelungen, eine Lage zu schaffen, in der die Demonstration zum Stehen kam, abbröckelte und sich schließlich stromartig in Richtung „Heimfahrt“ auflöste. Sind die Revisionisten und Sozialdemokraten nur nach Itzehoe, um zu verhindern, daß die Massen nach Brokdorf *gehen*, so sind die Opportunisten nur nach Wilster und dann aus Wilster hinaus, um zu verhindern, daß die Massen nach Brokdorf *gelangen*. Daß die Reformisten und Revisionisten wie auch die Opportunisten in dieser Weise erfolgreich operieren konnten, obwohl, und daran kann kein Zweifel sein, die Massen den Bauplatz besetzen wollten, ist die innere Ursache der Niederlage vom Samstag. Daß die Revolutionäre, gestützt auf die Massenbewegung, die Absichten der Revisionisten und Opportunisten nicht durchkreuzt haben, ist eine Tatsache, für die ihnen die Verantwortung niemand abnimmt und für die sie zahlen müssen. Bezahlt wird mit einem Rückschlag im Aufbau der Kommunistischen Partei, die in der Praxis des Klassenkampfes aufgebaut wird, wie der Marxismus-Leninismus eine Anleitung zum Handeln ist. Wenn die Revisionisten und Opportunisten mit ihren Absichten noch durchgekommen sind, dann, weil diese Absichten bis in die Reihen der Revolutionäre hinein Wirkung ausübten. Wieweit und warum, das muß man untersuchen, und die Ursachen dafür muß man beseitigen. Das werden wir tun.

„Kernenergie – was sonst?“ hatte das „Handelsblatt“ einen Artikel am Vorabend der Aktion in der Wilster Marsch überschrieben. „Was sonst“, wenn das BRD-Monopolkapital in der imperialistischen Konkurrenz nicht nur bestehen, sondern Vorteile erzielen soll? „Nimmt man schließlich hinzu, daß die Bundesrepublik über eine leistungsfähige und, wie das nicht von ungefähr aus den USA in Frage gestellte Brasilien-Abkommen zeigt, international konkurrenzfähige Industrie zum Bau von Kernkraftwerken verfügt, sollte Brokdorf nicht nur das Signal zur Umkehr sein, sondern der Anlaß, die aufgetauchten Probleme mit allen Kräften zu lösen. Warum sollte das nicht möglich sein? Der Versuch steht noch aus.“ Lösung aller aufgetauchten Probleme, das bedeutet hier: entschlossene Durchsetzung des imperialistischen Kernenergieprogramms auf dem Rücken der lohnabhängigen Massen, um die Konkurrenz voranzutreiben und den Kampf um Weltmarkt und Weltherrschaft zu führen ohne Rücksicht auf Verluste. Schluß mit der verlogenen Taktik der „Denkpause“, heißt das. Schluß mit dem Zögern und gewaltsame Durchsetzung des Kernenergieprogramms gegen die Volksmassen ist damit gemeint.

Die Interessen der Imperialisten und die Interessen der Volksmassen stehen sich unversöhnlicher denn je gegenüber. Zwei Tage nach den Aktionen in Brokdorf versuchte der Berliner Senat Probebohrungen für das Kraftwerk in Spandau mit Polizeiknüppeln durchzusetzen.

Solche Niederlagen wie am Samstag in der Wilster Marsch sind unnötig, und die Massenbewegung gegen das Kernenergieprogramm der Imperialisten kann die Ursachen dieser Niederlage überwinden. Denn was ist in der Wilster Marsch angesichts der bis an die Zähne bewaffneten Staatsmacht unterlegen? Die Massenbewegung? Ja, aber nur weil Revisionisten und Opportunisten die Herrschaft ausübten. Eine Niederlage in einen Sieg verwandeln ist möglich. Es setzt voraus, daß die Herrschaft von Revisionismus und Opportunismus bekämpft und gestürzt wird.

Es geht gegen das 5.2 %-Angebot der Bundesregierung
Für die 170 DM lohnt es sich zu streiken

(Fortsetzung von Seite 1)

vereinbarten Einführung der Vierzigstundenwoche haben die Regierungen der Länder mit dem Bundesinnenminister ein Abkommen getroffen auf Einstellungsstopp und Höherstufungsstopp. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung hat das ruhig mit angesehen. In Baden-Württemberg müssen die Beamten heute noch 42 Stunden arbeiten. Unter dem Diktat der Arbeitgeberverbände ersinnen die höheren Beamten ständig neue Schachzüge, wie sie die unbezahlte Mehrarbeit im öffentlichen Dienst vergrößern können.

Was der Regierung im Lohnkampf nicht gelingt, versucht sie das ganze Jahr über auf Umwegen durchzusetzen. Mit Verhandlungschef Kluncker und den „Tarifpartnern“ aus der Regierung glaubt der BDA (Bund Deutscher Arbeitgeberverbände) schon während des Lohnkampfes weitere Maßnahmen vorbereiten zu können, die gleichzeitig, vor allem wenn solche Angriffe von der Gewerkschaftsführung kommen, höchst geeignet erscheinen, die Masse der Beamten von den Arbeitern und Angestellten im Lohnkampf abzuspalten. Denn die Arbeiter und Angestellten zahlen ja Beiträge in die Arbeitslosenkassen. Das ist unzweifelhaft die Vorbereitung für weitere Schachzüge der Regierung, sowie die „Lohnrunde“ ausgestanden ist.

Darüber muß sich die klassenkämpferische Bewegung im öffentlichen Dienst Klarheit verschaffen, um den Tarifkampf gegen die Regierung mit aller Entschlossenheit für die Aufstellung der 170-DM-Forderung zu führen. Von dem Gesabbere der Sozialdemokraten, die 8 Prozent seien nun mal beschlossen, darf man sich nicht irre machen lassen.

Alle Meldungen über Arbeitsniederlegungen gegen das 5,2-Prozent-Angebot der Regierung werden von der Gewerkschaftsführung interpretiert als Warnstreiks für die Vorlage eines Urlaubsgeld-Angebots am zweiten Verhandlungstag. Alle, die nach dem Angebot die Arbeit niedergelegt haben, sind sicherlich für ein Urlaubsgeld von 300 DM plus 50 DM pro Kind eingetreten, hauptsächlich haben sie sich aber gegen das 5,2-Prozent-Angebot gewandt, auch wenn die Gewerkschaftsführung diese Tatsache zu unterdrücken sucht. Sogar bei den spärlichen Informationen im Fernsehen war deutlich zu sehen, was auf den Transparenten am Bus stand: „Für 5,2 Prozent fahren wir nicht. Das ist eine Provokation.“

Was nützt auch ein Urlaubsgeld – ein Einstieg ins Urlaubsgeld – ein Prinzip Urlaubsgeld, wenn es sich abzeichnet, daß mit Annahme der 5,2 Prozent durch die Große Tarifkommission das Urlaubsgeld lediglich die Kulisse für einen niedrigen Prozentabschluß abgeben soll.

Es geht gegen das Angebot der Regierung, es gilt, den Streik zu organisieren für eine Forderung, für die es sich auch lohnt: 170 DM für alle gleich, 300 DM Urlaubsgeld plus 50 DM pro Kind und Urlaubsverlängerung. – (hr)

„Bewährte Instrumente“

Für jedermann ersichtlich, treiben die wirtschaftlichen Krisen des Kapitalismus die Arbeitslosigkeit in neue Höhen. Die Ursache sind die kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Die wachsende Produktivkraft der Arbeiter befähigt die Arbeiter, immer gewaltigere Maschinen und Anlagen zu erbauen! Diese massenhaften Kapitalmassen führen zum schreienden Widerspruch zwischen denen, die sie betätigen, und denen, die nur produzieren lassen, wenn es noch Profite abwirft.

„Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee.“ charakterisierte schon 1864 Karl Marx im ersten Band des „Kapitals“ die Fäulnis und Überholtheit des Kapitalismus.

Gegen diese Tatsache tritt die Bourgeoisie und ihr regierender Ausschuß auf, indem sie die industrielle Reservearmee als eine vorübergehende Erscheinung darstellt. Schuld seien neben der Weltwirtschaft die arbeitenden Menschen selber. Pläne und Gesetze werden erlassen, die der Arbeitslosigkeit Abhilfe schaffen sollen. In der jetzigen Regierung sitzen Sozialdemokraten; deren Partei tritt gegen die Arbeitslosigkeit auf: „Der Sockel muß weg. Mit einem Sockel an Arbeitslosigkeit finden sich die Sozialdemokraten nicht ab. Sie arbeiten am Ausbau bewährter und der Entwicklung neuer Instrumente für eine wirkungsvollere Arbeitsmarktpolitik.“ (Der Sozialdemokrat Nr. 277) „Bewährte Instrumente“ sollen ausgebaut werden zu einer wirkungsvolleren Arbeitsmarktpolitik! In Wilhelmshaven verspürte eine ganze Busbesatzung diese Instrumente. Schmücker, Manager des VW-Kapitals, benötigt kurzfristig Arbeitskräfte zur Hebung des Ausstosses in diesem Jahr. Die Arbeiter müssen frisch und unverbraucht sein. In Wolfsburg und Umgebung bekommt er sie nicht. Also werden sie aus Ostfriesland angeschafft. Ein Arbeiter berichtete: „Die schicken sogar Familienväter hin; wer sich weigert, kriegt das Arbeitslosengeld gesperrt. Ich war am 15. Dezember dabei. Ein Kollege wollte an dem Tag nicht mit, weil er verheiratet ist, ein Kind hat und seine Frau krank war. Man hat ihm gedroht, das Geld zu streichen. Daraufhin ist er mitgekommen und hat im Bus geschimpft auf das Arbeits amt. Der Typ vom Arbeitsamt, der mit war, wollte ihn gleich rausschmeißen. Der Kollege sagte: „Jetzt bin ich schon hier, jetzt will ich auch mitfahren.“ Daraufhin ist der Bus zum Polizeirevier Ebertstraße gefahren, es kamen gleich drei Polizisten, die ihn rausschmeißen wollten. Er ist dann freiwillig ausgestiegen. Jetzt kriegt er Sperrfrist.“

Das Instrument bewährt sich, das die Kapitalistenklasse aus den Arbeitslosenversicherungen gemacht hat. Die Bourgeoisie wird solche Instrumente der Arbeitsmarktpolitik solange noch betreiben und ausbauen können, um die industrielle Reservearmee gefügig zu haben, solange die Arbeitslosen nicht mindestens 80 % des Lohns für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit bekommen und die Versicherungen durch die Versicherten nicht vollständig selbstverwaltet werden.

Rechtloser als Sklaven

Bund-Länder-Kommission beschließt zu ausländischen Jugendlichen

Die Bund-Länder-Kommission hat am 17. Februar getagt. Das Ergebnis ihrer Konferenz faßt die „Frankfurter Rundschau“ so zusammen: „Rund 45 000 ausländische Jugendliche dürfen jetzt arbeiten.“ Sie meint damit: Ein Teil der ausländischen Arbeiter wird in absolut rechtlosen Status versetzt. Den jugendlichen Ausländern, die nach dem 31. Dezember 1976 zu ihrer in der BRD lebenden Familie nachgezogen sind, wird per Erlaß verboten, ihre Arbeitskraft zum Verkauf anzubieten (ebenso den Frauen der ausländischen Arbeiter, die erst später zugezogen sind). Die Verhältnisse in der Sklavenhaltergesellschaft erscheinen gegenüber diesen Verhältnissen, die die Bourgeoispolitiker für die Arbeiterklasse durchsetzen wollen, nahezu idyllisch. Der Sklave war Eigentum, er konnte gekauft und verkauft werden. Wenn es seinem Besitzer beliebte, konnte er ihn auch totschlagen. Aber in gewissem Umfang war die Existenz des Sklaven gesichert. Einem Teil der Arbeiterklasse aber entziehen die Bourgeois gesetzlich jegliche Existenzgrundlage.

Die Jugendlichen, die zwischen dem 30. November 1974 und dem 31. Dezember 1975 zugezogen sind, „dürfen“ *„unter bestimmten Bedingungen“* ihre Arbeitskraft verkaufen. Sie sind zur Ausbeutung freigegeben. Denn es ist ja keineswegs so, daß das Finanzkapital seinen Hunger auf kräftige junge Arbeitskraft verloren hat. Es will sie billig und willig. Der Druck des Arbeitsverbotes für einen Teil der ausländischen Jugend wird die anderen um so gefügiger machen – so die Rechnung der Bund-Länder-Kommission – wie umgekehrt die vage Aussicht, doch einmal „arbeiten zu dürfen“, wenn's den Ausbeutern profitabel erscheint, die einen zur richtigen „Arbeitshaltung“ erzieht. Um die Fesseln weiter anzuziehen, hat die Bund-Länder-Konferenz erwogen, ein generelles Einreise- und Arbeitsverbot für die ausländischen Jugendlichen zwischen 15 und 18 zu verhängen, deren Familien in der BRD leben. Bundesinnenminister Maihofer äußerte deswegen „humane“ Bedenken. Der Kerl verspürt soviel „Humanität“ wie ein Haifisch. Auftragsgemäß will er verhindern, daß die jugendlichen Arbeiter in der Türkei, in Griechenland, Jugoslawien usw. dem schnellen Zugriff des Finanzkapitals ferngehalten werden. Sie sollen sich bereithalten und warten, bis sie zur Ausbeutung angefordert werden. Marx und Engels schrieben im Kommunistischen Manifest: „Die bürgerlichen Redensarten über Familie und Erziehung, über das traute Verhältnis von Eltern und Kindern werden um so ekelhafter, je mehr infolge der großen Industrie alle Familienbande zerrissen werden und die Kinder in einfache Handelsartikel und Arbeitsinstrumente verwandelt werden.“

Ekelhaft und verkommen ist auch die Demagogie, mit der die Bourgeoispolitiker der Arbeiterklasse diese ihre Verbrechen verkaufen wollen: Als ginge es darum, die „Arbeitsplätze den deutschen Arbeitern zu sichern“! Um nichts anderes geht es, als einen Teil der Arbeiterklasse völlig zu entrechten, um den anderen um so besser ausbeuten und niederhalten zu können.

Innerhalb eines Jahres ein Drittel mehr Arbeitslose mit Hochschulausbildung

Unter dem Kapitel „Innere Solidarität“ hat Helmut Schmidt in seiner Regierungserklärung die Öffnung der Hochschulen verkündet. Die Werbetexter der Regierungsparteien halten dies offenbar für einen besonders geglückten Begriff für die verschärften Siebeverfahren beim Hochschulzugang. Bei so viel Fürsorge müßten die Studenten – so der Regierungschef – auch ihre Dankbarkeit zeigen. „Aber jeder junge Mensch muß dabei auch wissen, daß ein akademischer Abschluß keineswegs eine Garantie sein kann, lebenslang mehr zu verdienen als ein Facharbeiter.“ Sowieso gibt es im Kapitalismus keine Garantie auf irgendeinen Lohn überhaupt. Und hier spricht die Regierung aus, daß sie alles tun wird, um die Kapitalisten in ihrem Bestreben zu unterstützen, das Gehalt der Lohnabhängigen, die mit einer Hochschulausbildung versehen wurden, radikal zu senken.

Ende September betrug die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen mit Hochschulabschluß 20 336, 4 845 mehr als im September 1975 (darunter 3 613 Ingenieure, 1 523 Chemiker, Physiker und Mathematiker, 1 577 Rechtswahrer und -berater, 1 315 Ärzte und Apotheker, 3 913 Lehrer, 4 461 Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler).

Die Zahl der Arbeitslosen mit Fachhochschulausbildung betrug 16 505, 1 588 mehr innerhalb eines Jahres (darunter 8 227 Ingenieure, 1 386 Graphiker, Künstler usw., 1 903 Sozialarbeiter usw., 1 655 Betriebswirte). 11 500 von diesen 37 000 Arbeitslosen sind Berufsanfänger. Zynisch verbuchen die amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, „daß seit Beginn des Jahres Arbeitslosenhilfe nur dann bezogen werden kann, wenn der Arbeitslose innerhalb des letzten Jahres vor Studienbeginn mindestens 26 Wochen in Beschäftigung gestanden hat. Insofern ist davon auszugehen, daß jetzt manche Arbeitslosenmeldung unterbleibt.“ Die sozialliberale Regierung hat nicht nur geschwätzt, sondern auch gehandelt. Im Haushaltsstrukturgesetz ist festgelegt, daß Studenten nach Ende ihres Studiums keinen Pfennig bekommen. Einen Studenten, der von seinem alten Herren an die hohe Schule geschickt wird, damit er sich einen Titel erwerbe, der ihn ausstaffiere, um die Geschäftsanteile des väterlichen Besitzes zu übernehmen, trifft das natürlich nicht.

Es trifft die besitzlosen Studentenmassen, die so gezwungen werden, ihre Arbeitskraft für jede hundsliederliche Bezahlung feilzubieten.

Die Tendenz, daß sich die Situation der Masse der Studenten derjenigen der anderen Lohnabhängigen angleicht, gibt es seit die Bourgeoisie ein ganzes Heer von Studenten ausbildet. Eine regelrechte Reservearmee von Lohnabhängigen mit Hochschulausbildung hat sie erst jetzt herausgebildet. Die Wirklichkeit hat der Verlokkung den Boden entzogen, nach den Entbehrungen des Studiums folge die große Belohnung. Die objektive Entwicklung treibt die Studentenmassen zum festen Zusammenschluß nicht nur der Facharbeiter, sondern um die Arbeiterklasse. Schmidt wollte gern Gezänk stiften, damit er der lachende Dritte sei. Das muß mißlingen. – (fb)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621 / 752015 – gedruckt in Hamburg – Redaktion: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 814045 – Zu bestellen über Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29 6800 Mannheim – Jahresabonement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 8/1977: 32 000

Konkurrenz zwischen einer Supermacht und einer Großmacht bei der Ausplünderung eines Landes der Dritten Welt

Das Reaktorgeschäft der BRD mit Brasilien und der Druck des US-Imperialismus

Einer der Gründe, warum die Bundesregierung ihr Kernenergieprogramm auf Teufel komm raus vorantreiben will, ist die Hoffnung, die sich einige der größten westdeutschen Konzerne auf den Export von Kernkraftwerken machen. Allen voran der Siemens-Konzern, der nach Aufkauf des Anteils der AEG die KWU (Kraftwerksunion) vollständig in seiner Hand hält. Siemens ist seither der umsatzstärkste westdeutsche Konzern überhaupt. Er beutet auch die meisten Arbeitskräfte aus.

Die KWU ist federführend bei dem Reaktorgeschäft mit Brasilien, dem größten Exportgeschäft, das der deutsche Imperialismus jemals an Land ziehen konnte. Die KWU konnte dieses nach heutigen Rechnungen auf 12 Milliarden belaufende Geschäft nur ergattern, weil seit kurz nach dem Zweiten Weltkrieg alle Bundesregierungen eine äußerst aktive Kernenergiepolitik betrieben haben, mit der sie den beteiligten Konzernen Milliarden in den Rachen gesteckt haben, um Kernkraftwerksproduzenten für den Weltmarkt hochzupäppeln und konkurrenzfähig zu machen.

Die Freude war bei den BRD-Imperialisten groß, als sie dieses Geschäft ergattert hatten. Dabei hatten sie den US-Imperialismus ausgetrickst. Der Westinghouse-Konzern, der größte Reaktorenkonzern, hatte das Geschäft schon an der Angel. Der US-Imperialismus läßt aber solche Geschäfte nur zu, wenn er sich die Käufer unterwerfen kann. Er liefert grundsätzlich keine Wiederaufbereitungsanlagen, durch die das in den Kernenergiekraftwerken verbrauchte Uran wieder als Brennstoff verwendungsfähig gemacht werden kann. Damit verhindert der US-Imperialismus, daß die Käufer eine vom US-Imperialismus unabhängige Kernenergieindustrie aufbauen können, weil sie von seinen Lieferungen abhängig bleiben. Das konnte sich der US-Imperialismus solange leisten, solange er sowohl in der Reaktorindustrie als auch bei der Lieferung von Brennstoffen für die Kernkraftwerke konkurrenzlos war. Das ist er heute nicht mehr. Als der US-Imperialismus mit Verzögerungen bei der Brennstofflieferung seine westeuropäischen Konkurrenten in der Reaktorindustrie kirre machen wollte, sind die Sozialimperialisten in die Marktlücke gesprungen. Heute liefern sie rund 50 % des zum Kernbrennstoff aufbereiteten Urans nach Europa. Dementsprechend konnte es sich die westeuropäische Reaktorindustrie auch leisten, gegen die US-Monopole Westinghouse und General Electric anzutreten, ohne befürchten zu müssen, durch den US-Imperialismus sofort mit einem Lieferboykott für Kernbrennstoffe in die Knie gezwungen zu werden. Der BRD-Imperialismus und die westdeutschen Konzerne, allen voran der Siemens-Konzern, haben mit dem Brasiliengeschäft dem US-Imperialismus und seinem Monopol auf dem Reaktorenweltmarkt einen schweren Schlag versetzt. Zum ersten Mal konnte der US-Imperialismus einem Abnehmerland nicht seine Bedingungen diktieren. Vielmehr fand Brasilien einen anderen Lieferanten, der mit den Reaktoren zusammen auch eine Wiederaufbereitungsanlage anliefern will. Brasilien hat zugegriffen und der US-Imperialismus hat erstaunt aus der Wäsche geschaut. Diesem ersten Erstaunen des US-Imperialismus, daß sein Monopol auf dem Reaktorenmarkt durchbrochen worden war, ist es wohl auch geschuldet, daß in dem internationalen Interessenverband, den die Reaktorlieferländer mit der „suppliers conference" (Konferenz der Lieferländer) bilden, die USA nach einem längeren Zögern genauso wenig wie die Sozialimperialisten ihre Zustimmung verweigerten. Inzwischen haben sie sich von diesem Schock erholt und wollen ihr Monopol gegenüber dem kleineren Konkurrenten unbedingt wieder herstellen. Der „Brasilienvertrag" des BRD-Imperialismus verschafft zwar auf der einen Seite Brasilien eine gewisse Luft bei der Verfolgung seines Kernenergieprogramms. Vor allem aber verschafft er dem BRD-Imperialismus gute Bedingungen, auf diesem Markt noch intensiver mit dem US-Imperialismus zu konkurrieren und seinen imperialistischen Einfluß in Brasilien zu stärken. Brasilien betrachten die US-Imperialisten als ihren Vorhof. Jetzt drohen ihnen nicht nur auf dem Reaktorenmarkt Einbußen gegenüber dem kleineren Konkurrenten, sondern es droht ihnen der Verlust der absoluten Vorherrschaft über Brasilien. So betrachtet ist nämlich das „Brasiliengeschäft" des BRD-Imperialismus nicht nur die Krönung seines Versuches, auf dem Reaktorenweltmarkt Fuß zu fassen und im internationalen Atomgeschäft eine führende Rolle einzunehmen. Es ist auch die Krönung der Bemühungen der BRD-Imperialisten in Brasilien eine imperialistische Bastion zu errichten. Mit dem „Brasilienvertrag" hat sich der BRD-Imperialismus eine ganze Reihe von Kontrollrechten einräumen lassen. Außerdem kommt er mit Hilfe dieses Vertrages an das brasilianische Uran heran, das er mit einer 49prozentigen Beteiligung zusammen mit einer brasilianischen Gesellschaft ausbeuten kann. Das stärkt seine Position gegenüber dem US-Imperialismus noch einmal. Das wichtigste ist aber für den BRD-Imperialismus, daß er im Gefolge des Reaktorgeschäfts seinen bereits bis dahin recht hohen Kapitalexport nach Brasilien noch beträchtlich wird steigern können und bereits beträchtlich steigert. Die mit den exportierten Reaktoren produzierte Energie wird vor allem dazu dienen, westdeutsches Kapital in Brasilien sich vermehren zu lassen. Brasilien steht jeweils an dritter Stelle des Kapitalexports der westdeutschen Chemie-, Maschinenbau-, Automobil- und Elektroindustrie. Jetzt folgt mit großen Schritten die westdeutsche Stahlindustrie. Allen voran Thyssen. Klar, daß dieses imperialistische Kapital nicht nur billige Arbeitskräfte, sondern auch ausreichend Energie braucht, um die billigen Arbeitskräfte auszubeuten. Der eigentliche Nutznießer des Reaktorenprojekts ist also das westdeutsche Kapital in doppelter Hinsicht. Es liefert die Reaktoren und speist aus diesen Reaktoren die Fabriken, die die westdeutschen Imperialisten gleichzeitig aufbauen mit Energie, die anders nicht zu haben wäre, auf jeden Fall nicht unter Kontrolle der westdeutschen Imperialisten.

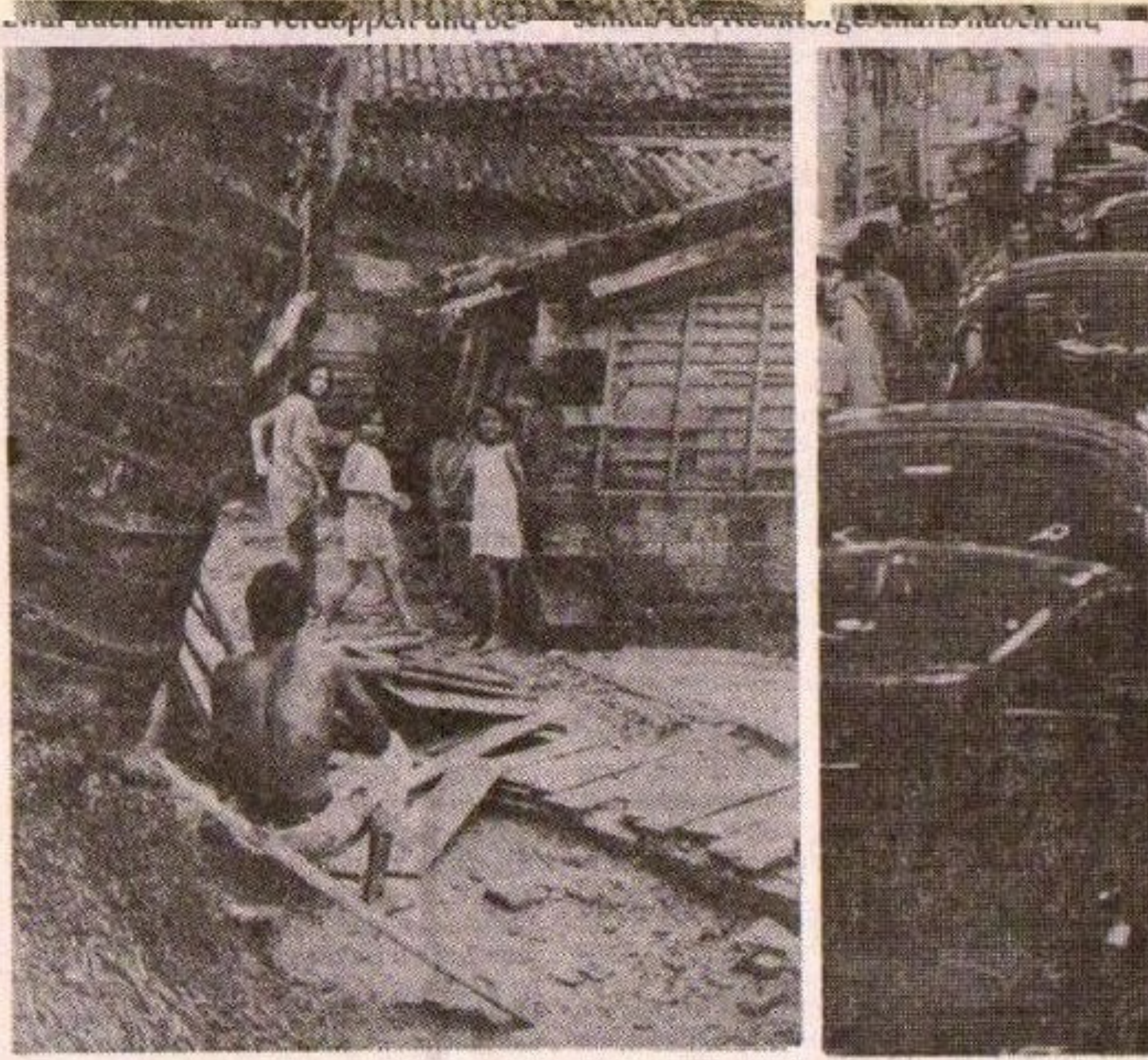
All das muß den US-Imperialisten ein Dorn im Auge sein. Deshalb üben sie jetzt immer heftigeren Druck auf ihren kleineren Konkurrenten aus. „Nach Ansicht der US-Regierung wird sich Bonn an den Gedanken gewöhnen müssen, daß der Brasilien-Vertrag in der vorliegenden Form nicht verwirklicht werden kann." Angeblich soll es dabei um die Furcht der Amerikaner vor einer brasilianischen Atombombe gehen. Das ist lächerlich. Zurecht wird darauf hingewiesen, daß Brasilien kein so aufwendiges Projekt ordern hätte müssen, wenn es ihm um die Atombombe ginge. Was die US-Imperialisten beunruhigt, ist die wachsende Kapitalmacht des BRD-Imperialismus in Brasilien. Seit 1969 hat sich das westdeutsche Kapital in Brasilien mehr als vervierfacht. Es ist nach einer Aufstellung der Banco Central do Brasil von 177,27 Millionen US-Dollar Ende 1969 bis zum Juni 1975 auf 813,766 Millionen Dollar gestiegen. Das US-Kapital hat sich in der gleichen Zeit zwar auch mehr als verdoppelt und beträgt heute 2 157,643 Millionen US-Dollar. Gegenüber dem wesentlich rascher aufstrebenden BRD-Kapital verliert es jedoch an Boden. 1969 betrug das westdeutsche Kapital in Brasilien noch nicht einmal ein Viertel des US-Kapitals in Brasilien, heute beträgt es schon fast die Hälfte. Für die US-Imperialisten geht es also um wesentlich mehr als um ein paar Reaktoren und den BRD-Imperialisten geht es bei den Reaktoren um Brasilien, an dessen Ausbeutung und Beherrschung sie sich beteiligen wollen. Jetzt sind sie mächtig unter Druck des US-Imperialismus gekommen. Der will nicht, daß ihm der Juniorpartner beginnt, ins Geschäft zu spucken. Das tut der aber. „Bildzeitung" am 26. Januar: „In aller Bescheidenheit und Freundschaft. Unser großer amerikanischer Bruder muß sich daran gewöhnen, daß wir mündig geworden sind. Und konkurrenzfähig. Mit Drohung läuft nichts." Seit Abschluß des Reaktorgeschäfts haben die BRD-Imperialisten ihren Kapitalexport nach Brasilien noch einmal beträchtlich gesteigert. Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums von 2 824,9 Millionen DM Ende 1975 bis zum 30. Juni 1976 auf 3 123,5 Millionen DM. Das sind in einem halben Jahr immerhin fast 9 %. Wo hat der Imperialismus außer bei der Kriminalität sonst noch solche Wachstumsraten? Die US-Imperialisten sind sauer über die Machenschaften der BRD-Imperialisten. Deshalb schicken sie den Moralapostel Carter an die Front. Und drohen.

Beiden, der US-Supermacht und dem aufmüpfigen Juniorpartner des US-Imperialismus, werden die brasilianischen Volksmassen die Rechnung für ihre Verbrechen aufmachen. Denn ihre Konkurrenz geht immer nur um den Anteil an der Ausbeutung und Ausplünderung des brasilianischen Volkes. Ob mit Kernenergie oder Stahlwerken. – (gs)

US-Direktinvestitionen und BRD-Direktinvestitionen in Brasilien
in 1 000 US-Dollar

	USA	Wachstum/ Index	BRD	Wachstum/ Index	BRD-Invest. im Verhältnis zu US-Invest.
1969	815 665	100	177 270	100	21,7 %
1970	986 389	121	252 780	143	25,6 %
1971	1 096 469	134	332 418	187	30,0 %
1972	1 272 295	156	372 370	210	29,3 %
1973	1 717 387	210	520 776	294	30,3 %
1974	2 022 477	248	709 769	400	35,1 %
1975 (Juni)	2 157 643	264	813 766	459	37,7 %

Quelle: Banco Central do Brasil, Rundschreiben Bundesstelle für Außenhandelsinformation – eigene Berechnungen.





Strom für die brasilianischen Massen? – Profit und Energie für das westdeutsche Kapital!

Der Sozialimperialismus greift nach Lateinamerika

Lateinamerika ist ein großer Kontinent mit 320 Millionen Menschen und reichen Naturschätzen. Durch die Ausraubung Lateinamerikas hat der US-Imperialismus viel von der Kraft geschöpft, die es ihm erlaubt hat, nach der Weltherrschaft zu greifen. Heute macht die andere Supermacht, der Sozialimperialismus, den US-Imperialisten auf allen Meeren und Kontinenten ihren Einfluß streitig. Dabei intensiviert er immer zunehmender auch den Kampf um die Beherrschung Lateinamerikas.

Ein kurzer Blick auf einige Aktivitäten der Sowjetunion und des ihren Zwecken unterworfenen RGW in den letzten Monaten gibt davon schon einen Eindruck.

Oktober 1976: Angebot an die Regierung von Venezuela (vor dem Staatsbesuch von Präsident Perez in Moskau), bei der Nutzung und dem Export von Erdöl und Erdgas zusammenzuarbeiten. – Unterzeichnung eines Abkommenes mit *Mexiko* über die Ausweitung des Handels, Einrichtung einer regelmäßigen Seeverbindung, Zusammenarbeit bei Bergbau, Ölförderung und Energieproduktion, Hüttenwesen und Maschinenbau. Aufnahme von Verhandlungen über eine Assoziierung Mexikos an den RGW. – Große Kaffeeeinkäufe in *Costa Rica*.

November 1976: Abkommen mit *Peru* über technische Zusammenarbeit und über die Lieferung sowjetischer Maschinen und Ausrüstungen an staatliche Betriebe. – Abkommen über finanzielle und technische Zusammenarbeit mit *Kolumbien*. Kernstück ist der Bau von zwei großen Wasserkraftwerken in den Anden, das größte Energieprojekt des Landes und Ausbau des Elektrizitätsnetzes (Wert: 400 Millionen Dollar). Der Gegenwert soll durch Exporte Kolumbiens zurückgezahlt werden, der Handel soll von 7 auf 100 Millionen Dollar jährlich gesteigert werden.

Januar 1977: Besuch einer peruanischen Militärdelegation in Moskau, geleitet vom Luftwaffenstabschef, um die Einzelheiten der Umrüstung der peruanischen Luftwaffe auf sowjetische Maschinen auszuhandeln. *Peru* wird damit nach Kuba das zweite Land Lateinamerikas mit sowjetischen Waffen sein. – *Guyana* (einer der größten Hersteller von Bauxit, dem Grundstoff für Aluminium) beantragt formell die Assoziierung an den RGW nach entsprechenden Angeboten über Lieferkontrakte. Ebenso äußert die Regierung von *Jamaica* auf solche Angebote hin Interesse. *Jamaica* ist der größte Bauxitexporteur in der Welt überhaupt. – Tagung des RGW-Exekutivkomitees in Havanna, unter Teilnahme Guyanas. – Angebot des RGW an die *Union der bananenexportierenden Länder* Lateinamerikas, mit dem neuen Gemeinschaftsunternehmen „Comunbana" feste Lieferkontrakte einzugehen. Die Bananen sollen entweder gegen Produkte der RGW-Staaten getauscht oder es sollen „gemischte Gesellschaften" in den bananenexportierenden Ländern gegründet werden.

Den wirtschaftlichen Aktivitäten wird durch militärische Aktivitäten „Nachdruck" verliehen. Auf Kuba wird 1976 eine große kombinierte Reparaturwerft für Schiffe, Flugzeuge und Tanks fertiggestellt, ein großer, dem Panama-Kanal gegenüber gelegener Militärhafen wird weiter ausgebaut. Als im September die USA, als Reaktion auf die Festsetzung der Sozialimperialisten in Angola, im Südatlantik ein mehrtägiges Luft- und Seemanöver mit anderen südamerikanischen Staaten zusammen abhält, schickt die Sowjetunion demonstrativ einen Konvoi mit ihren modernsten Schiffen in die Karibik. Im Dezember finden dort vor der Küste der USA und Zentralamerikas mehrere Tage lang sowjetisch-kubanische Luft- und Seemanöver statt. – Die Sozialimperialisten haben sich keineswegs nur auf Kuba festgesetzt. Große „Forschungsstationen" und Depots unterhalten sie auch in der Antarktis, gegenüber der Südspitze Lateinamerikas.

Kuba ist als Halbkolonie der Sozialimperialisten heute das lebende Beispiel dafür, daß die Staaten, die sich diesem neuen Hegemon unterstellen, um sich der Unterdrückung durch den US-Imperialismus zu entziehen, dadurch vom Regen in die Traufe kommen. Die Sozialimperialisten haben triumphierend hervorgehoben, und Castro hat es unermüdlich weiter verbreitet, daß der kubanische Zucker – gerade jetzt im Augenblick – weit über dem Weltmarktpreis von der Sowjetunion abgenommen werde, und zwar in fester Menge. Damit wird versucht, die Staaten Lateinamerikas für einen Anschluß an den RGW und Unterstellung unter den „Schutz" der Sozialimperialisten zu ködern. Tatsächlich haben auch die Preise des kubanischen Zukkers, der an die Sowjetunion geliefert wurde, einem rapiden Preisverfall unterlegen, allerdings nicht so rasch wie auf dem Weltmarkt. Das würde auch heißen, daß Kuba den Staatsbankrott anmelden müßte. Denn die völlige Abhängigkeit vom Zucker, der in Monokultur betrieben wird, ist schlimmer als je. Chrutschow „überzeugte" Castro, daß es am vorteilhaftesten für ihn wäre, statt eine eigene vielseitige Wirtschaft aufzubauen, im Rahmen der „Internationalen Arbeitsteilung" der Sozialimperialisten ihr „Zuckerspezialist" (so der stellvertretende kubanische Ministerpräsident Rodriguez) zu werden. Bis 1970 sollte die Produktion in einer „historischen Schlacht" auf 10 Millionen Tonnen verdreifacht werden. Die Massen verharrten jedoch, wie der ehemalige Arbeitsminister zugab, in „passivem Widerstand". Es wurden maximal 8,5 Millionen Tonnen geerntet, und seither sinkt die Produktion weiter, 1976 unter 6 Millionen Tonnen trotz der völligen Auszehrung der übrigen Wirtschaft und Einverleibung landwirtschaftlich genutzter Böden für Zucker und nochmals Zucker. Immer weniger ist Kuba – wie die anderen, von den US-Imperialisten abhängigen Länder der Dritten Welt – in der Lage, vom Erlös seiner Exporte (zu 85 % Zucker) die Importe zu bezahlen, die vom Getreide über tägliche Gebrauchsgegenstände bis zu Maschinen und Ausrüstungen fast alles umfassen. Heute ist Kuba mit mindestens 5 Milliarden Dollar bei der Sowjetunion verschuldet. Dafür werden jetzt seine Nickelvorräte geplündert, ab 1980 100 000 Tonnen pro Jahr.

Der Sozialimperialismus unterscheidet sich seinem Wesen nach kein Härchen vom US-Imperialismus. Man muß den Tiger aus der Vordertür jagen und dem Wolf die Hintertür zuschlagen. – (gk)

Kein Kernkraftwerk in Brokdorf und auch nicht anderswo

Heiligenstedten
Wilster
Itzehoe
Dammfleth
Neufeld
St. Margarethen
Brokdorf
Grevenkop
Horst
Elmshorn



„Kein Kernkraftwerk in Brokdorf und auch nicht anderswo!" – mit diesem Ziel brechen schon am Vorabend des 19. Februar in Westberlin und in Süddeutschland die ersten von insgesamt schließlich über 50 000 auf, um den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf zu verhindern und gegen das imperialistische Energieprogramm der herrschenden Klasse zu demonstrieren. Die Richtung heißt Itzehoe – Wilster – Brokdorf.



Die herrschende Klasse versucht durch Polizeiüberfälle auf allen Autobahnen der BRD – zum Teil mit mehreren Hundertschaften und ausgerüstet mit Maschinenpistolen – den Anmarsch zu unterdrücken; so werden z.B. in Nürnberg alle Busse nach Brokdorf angehalten, die Wagenschlüssel eingezogen und die Fahrerlaubnis der Busse entzogen; bei Freiburg wird der gesamte Autobahnverkehr angehalten, Kontrollen mit Maschinenpistolen finden statt; der Freiburger Bahnhof wird von Zivilpolizei kontrolliert; über weitere Polizeiüberfälle wird u.a. aus Mannheim, von der Autobahn vor Heidelberg, aus Münster und Bremen berichtet. Die Nachrichten teilen um 10 Uhr über 800 Fahrzeugdurchsuchungen der Hamburger Polizei mit.

5.00 – 8.00 Der Versuch, die Aufstellung der Demonstration zu verhindern, scheitert: Etwa 150 Busse und eine große Zahl von PKWs treffen – aus Hamburg, Westberlin, Niedersachsen, dem Ruhrgebiet und aus Süddeutschland kommend – auf den beiden Sammelplätzen bei und in Hamburg, Heiliggeistfeld und der Autobahnraststätte „Harburger Berge", ein. In Kiel sammeln sich bis etwa 7.30 Uhr 11 Busse und etwa 35 PKWs, darunter auch Busse und PKWs aus Lübeck und Eckernförde. Aus beiden Richtungen brechen Bus-PKW-Konvois auf nach Itzehoe.

8.00 – 10.00 Die ersten Busse und PKWs aus Richtung Hamburg stoßen vor Itzehoe auf eine Polizeiabsperrung. Ein Zug formiert sich und bricht nach Itzehoe durch. Der Polizei gelingt es, den Verkehr auf dieser Strecke zu blockieren: Ein Stau bis weit zurück hinter Elmshorn bildet sich. Der Konvoi aus Richtung Kiel vereinigt sich mit Bussen aus Flensburg, Heide und Husum und trifft am Ortseingang Itzehoe ebenfalls auf eine Polizeisperre. Nach Beratung wird beschlossen, die Sperre ohne Halt zu durchfahren. Die Polizei ist machtlos.

10.00 – 12.00 Gegen 10.30 Uhr passiert der Konvoi aus Richtung Kiel die Stadt Itzehoe und trifft am Ortsausgang Heiligenstedten in Richtung Wilster vorgehend auf mehrere hundert Demonstrationsteilnehmer, die über die Umgehungsstraße um Itzehoe aus Richtung Hamburg bereits hier eintreffen. Die Polizei kann nicht verhindern, daß der inzwischen über 20 Kilometer lange PKW-Bus-Demonstrationszug aus Hamburg sich über diese Straße wieder in Bewegung setzt, Itzehoe nicht wie geplant erobert, sondern umgeht und in Richtung Wilster vorstößt. Die Revisionisten zittern bei der Werbung für ihre von Schmidt und Stoltenberg eingefädelte „Friedenskundgebung" vergeblich im Regen. Ihre Hoffnungen, aus der Polizeischikane und -unterdrückung gegen die Demonstration nach Brokdorf Nutzen ziehen zu können für ihr schmutziges Spaltungsmanöver in Itzehoe, erweisen sich als leer.

12.00 – 14.00 Binnen kurzem sind es schon Tausende, die sich am Ortsausgang Itzehoe, der Kreuzung der Umgehungsstraße mit der B 5 zur Demonstration nach dem Verlassen der Autos und Busse aufstellen: Wilster ist das nächste Ziel. Die Kreuzung wird durch die Demonstration überflutet. Auf beiden Straßenseiten stellen sich in doppelter Reihe die PKWs und Busse in Richtung Wilster auf.

Im Polizeifunk wird durchgegeben: „Unübersehbarer Konvoi (zweispurig) und Demonstranten-Kolonnen vor Wilster. Unübersehbare Menge vor der Umgehungsstraße Itzehoe. Verkehrszusammenbruch zwischen Itzehoe und Wilster."

Zwischen Elmshorn und Itzehoe liegen noch Dutzende von Bussen, die von neu errichteten Polizeisperren bei Horst und Grevenkop aufgehalten werden sollen. Den Opportunisten, die damit beschäftigt sind, den Abmarsch nach Wilster aufzuhalten, helfen all ihre Ausflüchte, man müsse „mehr sein" usw., nichts. Sie werden geschoben, in Richtung Wilster. Die PKWs und Busse werden nur zum kleinen Teil zurückgelassen. Sie werden mitgeführt und im Pendelverkehr als Transportmittel zur Beschleunigung benutzt, leisten gute Dienste als schnelle Reserve auf der ungefähr 6 Kilometer langen Strecke gegen die Polizeikräfte, die nach Gelegenheiten lauern, um den auseinandergezogenen Zug der Demonstration unterbrechen, abriegeln und zerschneiden zu können.

14.00 – 16.00 Die Spitze der Demonstration erreicht Wilster. In kurzer Zeit sind der Marktplatz und die Innenstadt von mehr als 10 000 Demonstranten überfüllt. Gleichzeitig reißt der Zustrom zu der Demonstration von Itzehoe nicht ab. Aus Hannover z.B. wurde in allen 18 Bussen zum Teil entgegen vorhergehenden Absichten beschlossen, an der Demonstration auf Brokdorf teilzunehmen.

Die „Vertrauensleute" kündigen eine Kundgebung an. Es dauert. Sprechchöre fordern die Fortsetzung des Marsches. Die Gegensätze in der Demonstration werden offenbar: Auf den beiden nächstgelegenen Wegen nach Brokdorf befinden sich Polizeisperren. Es gibt die Möglichkeit, diese Sperren auf einem dritten Weg zu umgehen, ohne größeren Verzug durch Umweg in Kauf nehmen zu müssen. Der KBW tritt für diesen Weg ein. Die „Vertrauensleute" besser das „Leitende Gremium des Kommunistischen Bundes Nord" und das „Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands", wie sich diese inzwischen als Hilfspolizisten bekannten Gestalten nennen, wissen keine Einwände. Um die Lage zu verwirren, lassen sie verschiedene Konferenzen von Vertretern der Initiativen tagen, verhindern aber gleichzeitig selbst minimalste Festlegungen zu einheitlichem Vorgehen. Die „Vertrauensleute" sind fest entschlossen, ihrem organisierten Opportunistenhaufen Zeit zu verschatten, um zersetzend in der Demonstration zu wirken. Nach beinahe zwei Stunden halten sie den Zeitpunkt für gekommen, um den ersten großen Putsch zu inszenieren. Sie lassen einen aus ihrer Mitte hervortreten und erklären: „Die Demonstrationsleitung hat beschlossen, die Demonstration in Richtung Brokdorf fortzusetzen. Wir erklären hier gleich, daß die Leitung der Demonstration die Absicht hat, bei eventuellen Polizeisperren auf dem Wege diese Demonstration abzuschließen durch eine Kundgebung. Man muß den politischen Erfolg dieser Demonstration sehen ..." Aus berechtigtem Mißtrauen in den Erfolg dieser Spaltung zogen die Opportunisten des KB Nord zugleich ihre Mitglieder aus der Demonstration heraus. Mit großem Lautsprechergetöne: „Der KBW will an die Spitze der Demonstration", „plant Provokation der Polizei" usw. setzten sie sich an die Spitze des losmarschierenden Zuges. Gleichzeitig versuchten sie alles, um die weitere Mitführung der PKWs und Busse zu verhindern. Die Absicht der Spaltung war offenbar. Unsicherheit begann sich in der Demonstration auszubreiten.

16.00 – 18.20 Der Polizeifunk meldet: „10 000 Demonstranten in Bewegung Richtung St. Margarethen. Jede Menge Menschen noch auf dem Marktplatz in Wilster." Und kurz darauf um 16.22 Uhr: „Demonstranten in Itzehoe beraten, mit dem Zug nach Wilster zu fahren. B 5 Richtung Hamburg leichter Rückreiseverkehr." Mehrere Hubschrauber der Polizei beginnen über der Demonstration zu kreisen. Die Polizeioffiziere werden nervös und unsicher. Der Polizeifunk meldet an die Polizisten: „Nächsten Samstag und Sonntag dienstfrei."

Der Weg auf der B 5 ist frei. Die Demonstration kommt in breiten Reihen und dichter Folge zügig voran. Die B 5 füllt sich mit



einem nicht abreißenden Strom. Der Polizeifunk konstatiert: „Sperre 2 entlastet." Diese Sperre befindet sich auf dem Weg über Dammfleth. Dann kommt die Abzweigung von der B 5 Richtung Neufeld, zweiter Weg nach Brokdorf, auf dem sich ebenfalls eine Polizeisperre befindet: Mit großer Zielstrebigkeit steuern die Opportunisten darauf los und leiten die Demonstration Richtung Neufeld von der B 5 ab. Um 16.42 meldet der Polizeifunk: „Demonstrationszug 200 Meter vor Sperre 3. Demonstranten ziehen gelbe Öljacken an. Besetzung Sperre 3 fordert Verstärkung an."

Sie erhält ungewöhnliche Verstärkung: vor der Sperre machen die Reihen des KB Nord an der Spitze eine Kehrtwendung gegen die Demonstration und bilden schützend Ketten vor der Polizeiabsperrung. Gleichzeitig haben sie es eilig, ihren Lautsprecherwagen nach vorn zu ziehen. Die „Vertrauensleute" rufen eine „Kundgebung" aus. Zur einen Hälfte besteht sie in Warnungen und Drohungen gegen den KBW und die Absicht der Beseitigung dieses Polizeihindernisses, zur andern Hälfte in Beschwörungen, die Demonstration hätte genug erreicht und keinerlei Grund, noch weiter vorzugehen. Den Rücken zur Polizei gekehrt, der Demonstration gegenüber in Ketten geschlossen und die Ziele der Demonstration in den schlammigen Marschboden getreten, hatten die Opportunisten die Spaltung der Aktion zu einer Tatsache gemacht. Der KBW ruft unter der Losung „Auf nach Brokdorf!" dazu auf, diese Spaltung nicht zu dulden, an den Zielen der Aktion – Verhinderung des Kernkraftwerks – festzuhalten und die Aktion fortzusetzen durch Umgehung der Polizeisperre. Die Schwäche der Polizeikräfte gegenüber der Masse der Demonstration ist unübersehbar. Darauf Geplärre im Lautsprecher der „Vertrauensleute" über eine „Polizeifalle", in die niemand hinein dürfe. Der Polizeifunk unterrichtet um 16.58: „Die Spitze des Demonstrationszuges weicht nach rechts aus. Drei Hundertschaften werden am Bauplatz stationiert." Um 17.17 Uhr: „Eine Hundertschaft aus Niedersachsen angefordert. Zwei Hundertschaften zum Bauplatz verlegt." Darauf gibt der Polizeifunk schließlich die ausdrückliche Bestätigung für die Richtigkeit der vom KBW vorgeschlagenen Taktik. Meldung um 17.32: „Demonstranten verteilen sich entlang des Wettern (künstlicher Entwässerungskanal) in Richtung Bauernhof Jammertal." Und 8 Minuten später müssen die Polizeioffiziere eingestehen, daß die Demonstration zu diesem Zeitpunkt bereits vor Brokdorf nicht mehr aufzuhalten war: „Gelände ist zu weiträumig, um von uns abgesperrt werden zu können."





Die Gruppe Rote Fahne ist damit beschäftigt, die Aufstellung entlang des Wettern zu stören. Die Auseinandersetzung in der Demonstration nimmt ständig an Schärfe zu. Die Stimmung im größeren Teil der Demonstration geht in die Richtung: Der KBW hat recht, Brokdorf ist als nächstes Ziel erreichbar – aber unter diesen Bedingungen nicht. Die Entschlossenheit, den zum Greifen nahen Erfolg zu erkämpfen, ist angefressen. Das Vertrauen in die Kraft des Zusammenschlusses ist erschüttert: Der Versuch, erneut die Demonstration im Angriff zu einen, scheitert. Mit Wut und Enttäuschung beginnt sich die Demonstration und Versammlung auf der Wiese von hinten her und von den Rändern aufzulösen. Die „Vertrauensleute" richten ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Wendemanöver ihres LKW, um sich aus dem Staub zu machen. Der KBW ruft zu einer Kundgebung in Wilster auf und dazu, den Rückmarsch geordnet und geschlossen durchzuführen. Um 18.20 Anfragen von mehreren Polizeieinheiten, ob sich der Auftrag damit erledigt hat. Antwort der Polizeioffiziere: „Nein."

18.20 – 24.00 Die Polizeieinheiten machen mobil und greifen bei der eingetretenen Dunkelheit einzelne abgetrennte Demonstrationsgruppen an. Versprengte Demonstranten werden festgenommen. An



die 90 Festnahmen betragen diese zusätzlichen Kosten des Opportunismus, wie die Nachrichten am nächsten Tage berichten. Den ganzen Abend halten die Polizeiverfolgungen und Überfälle an. Zwischen Wilster und Itzehoe errichtet die Polizei Sperren, um den zurückflutenden Strom der Demonstration zu schikanieren und aufzuhalten. Autos werden herausgewunken und durchsucht. Nach der Abschlußkundgebung in Wilster tritt der KBW dafür ein, organisiert und unbedingt von Wilster aus zu gewährleisten, daß alle Demonstranten aus der Marsch zurückkommen, nach Itzehoe geschützt gegen die Polizeiüberfälle gelangen können und hier eine Kundgebung für die sofortige Freilassung der Festgenommenen durchführen. Von den Opportunisten wird die von der Polizei angezettelte wilde Verfolgungsjagd zunächst geleugnet und dann beschönigt. Gegen Mitternacht führt der KBW in Itzehoe eine zweite Kundgebung und Umzug durch die Stadt und an das Polizeirevier durch unter der Forderung: „Freilassung aller politischen Gefangenen!"

Der Kampf zur Verhinderung des Kernkraftwerks Brokdorf wird von der Arbeiterklasse und den Volksmassen in ganz Westdeutschland unterstützt

In den Städten in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, im Saarland und in Baden-Württemberg und Bayern haben die Bezirksorganisationen des KBW am 19. Februar aufgerufen zu Aktionen, Kundgebungen und zum Teil zu Demonstrationen gegen das reaktionäre Kernenergieprogramm der Bundesregierung und zur Unterstützung des Kampfes in Brokdorf zum Zwecke der Verhinderung dieses Kraftwerkbaus. Dieser Aktionstag ist zu einem Erfolg im Kampf gegen das Kernenergieprogramm und für die Entwicklung der Massenbewegung gegen dieses imperialistische Programm geworden.

Mit Hilfe von Wandzeitungen, Stelltafeln und Flugblättern wurden die imperialistischen Ziele dieses Programms enthüllt. Örtliche Initiativen gegen den Bau von Atomkraftwerken konnten für die Bildung von Aktionseinheiten zur Durchführung von Kundgebungen und Aktionen gewonnen werden. Über die Regionalleitungen und Bezirksleitungen des KBW konnte eine ständige aktuelle Berichterstattung über die Entwicklung der Auseinandersetzungen in der Wilster Marsch erreicht werden. Dies stieß auf großes Interesse. Überall bildeten sich Diskussionstrauben. An Kundgebungen in Freiburg, Waiblingen und Kassel z.B. beteiligten sich um 300, u.a. in Essen, Aachen, Saarbrücken, Stuttgart, Offenburg und einer ganzen Reihe weiterer Städte fanden Kundgebungen mit 100 bis 200 Teilnehmern statt. Am 18. Februar demonstrierten 450 in Dortmund. Die Diskussionen und



In Dortmund demonstrieren am 18. Februar 450 Menschen gegen das Energieprogramm der Bundesregierung

Auseinandersetzungen waren nicht auf die Geschäftszeiten und Geschäftsstraßen beschränkt: In den Jugendzentren, Studentenwohnheimen und abends vor den Kinos stieß die Auseinandersetzung um den Bau der Kernkraftwerke auf großes Interesse. Der KVZ-Verkauf konnte durch diese Aktion an allen Orten gesteigert werden, das eben erst in dieser Woche erschienene Heft von Kommunismus und Klassenkampf mit einem Artikel, der den imperialistischen Charakter des Kernenergieprogramms enthüllt, wurde im Verlaufe des Samstags vergriffen, nachgedruckt und noch bis zum Abend einer Reihe von Bezirksorganisationen zur Fortsetzung des Verkaufs zur Verfügung gestellt. In den meisten Städten drohte die Bourgeoisie den Kundgebungen und Aktionen mit ihren Polizeikräften. Nur in wenigen Städten, wie z.B. Frankfurt, Wiesbaden, Waiblingen wagte die Bourgeoisie direkt den Versuch der Zerschlagung – vergeblich, denn die Diskussionsgruppen und die Aufmerksamkeit wurden dadurch noch größer.

Volkswagenwerke

Breite Ablehnung des Lohnabschlusses – Schmücker plant Spaltung der Belegschaften

Wolfsburg. Im VW-Werk wird der Tarifabschluß von 6,9 % mindestens 128 DM bzw. 134 DM von den VW-Arbeitern als zu niedrig abgelehnt. Es wird jetzt heftig darüber diskutiert, wer Schuld an diesem Abschluß hat. Diese Auseinandersetzung reicht bis in die Körperschaften der IGM herein. Die Spitzenfunktionäre der SPD in der IGM müssen reagieren. „Sowohl von unseren Mitgliedern als auch von der Großen Tarifkommission wurde Kritik geübt an dem Inhalt von Meldungen, die am vergangenen Wochenende über Presse und Funk über die 2. Verhandlung verbreitet wurden. Dazu ist eindeutig festzustellen: Sowohl der zeitliche Ablauf als auch der sachliche Inhalt wurde in diesen Meldungen falsch wiedergegeben", schreibt IGM-Bezirksleiter Buhl in einer Sondernummer der „Wir Metaller", die am letzten Mittwoch verteilt wurde. Tatsächlich geht die Kritik in eine ganz andere Richtung. Selbst an den spärlichen Pressemitteilungen ist nur zu deutlich geworden, daß es der VW-Vorstand und die Verhandlungskommission sehr eilig hatten, den Abschluß unter Dach und Fach zu bringen. Die Kritik richtet sich tatsächlich gegen die klassenversöhnlerische Führung des Lohnkampfes, die nicht auf Erreichung der Ziele der Arbeiter, sondern auf Spaltung der Arbeiter aus ist. „Auf der letzten Betriebsversammlung ist Euch von allen Rednern gesagt worden, daß wir 180 DM mehr Lohn brauchen. Warum haltet ihr euch nicht daran?", wurde ein Vertrauensmann angegriffen, der den Abschluß verteidigte. Es gibt allerdings nicht viele Vertrauensleute, die für den Abschluß sind. Als am Montag in den Wolfsburger Nachrichten zu lesen war, daß VW jetzt noch ein Werk in Ägypten baut, war die Empörung unter den Arbeitern groß. „Das haben Ehlers und Co. (Gesamtbetriebsratsvorsitzender und Mitglied der Verhandlungskommission der IGM) dem Schmücker auf einem Silbertablett aus Lohngeldern serviert." Die Empörung wuchs noch, als das IGM-Flugblatt herauskam, in dem erklärt wird, daß die VW-AG nur 6,9 % zahlen wollte. Der Mindestbetrag sei erreicht worden, „erst als die VW-Vertreter unsere unnachgiebige Haltung erkannten". „Von wegen unnachgiebige Haltung. Die hatten Angst vor Streik. Alle beide, Schmücker und die Gewerkschaftsführung. Deswegen haben sie sich geeinigt. Der Abschluß ist überhaupt geschickt. Er ist zwar zu niedrig, aber doch hoch genug, daß man jetzt keine Einheit für Kampfmaßnahmen mehr hinkriegt", sagten Kollegen im Preßwerk, die in einem Brief vor den Verhandlungen die Tarifkommission aufgefordert hatten, auf keinen Fall mit 6,9 % und unter 180 DM abzuschließen. „Die können tatsächlich nichts anderes als Spalten", empörte sich ein Kollege über die unterschiedlichen Mindestbeträge. „Warum sollen Zeitlöhner und Angestellte einen geringeren Mindestbetrag bekommen? Damit soll doch nur erreicht werden, daß wir uns untereinander in die Haare kriegen."



Zuerst Vertriebsgesellschaft, dann Montagehallen wie hier in Nigeria bis zum Produktionswerk, so ist der Ablauf der imperialistischen Expansion. Gerade haben die Sozialdemokraten während des Lohnkampfes dem VW-Kapital ca. 20,5 Millionen überlassen mit denen z.B. die Montagefertigung in Ägypten aufgenommen werden kann, während der Arbeiterklasse dieser Lohn bei den Lebensmitteln fehlen wird.

„Ihr habt recht gehabt", sagten Kollegen in der Endmontage zu Genossen der Betriebszelle. „Wir hätten gleich am 1. Verhandlungstag für 180 DM streiken müssen. Die Lage war günstig, wir hätten sie auch durchgekriegt." Die Lohnforderungen der Arbeiter sind nicht erledigt. Dies gilt trotz des Mindestbetrages auch für die VW-Werke. Aber auch Schmückers Absichten, die Ausbeutung der Arbeiter zu verschärfen, sind nicht erledigt. Im neuen Tarifvertrag ist festgehalten: die „unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen über eine Veränderung der Arbeitsbewertung". Wir halten dies für ein Komplott Schmückers mit den Spitzenfunktionären der SPD in der IGM, um die Arbeiter im Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung zu spalten. Der Lohnabschluß für alle war zu niedrig, jetzt soll der Weg für individuelle Lohnerhöhungen geöffnet werden, natürlich immer an Zugeständnisse der Arbeiter an Schmükker geknüpft. Dies Komplott kann aber auch in sein Gegenteil umschlagen, wenn man zur Arbeitsplatzbewertung Forderungen erhebt, auf denen die Aktionseinheit der Arbeiter möglich ist. Wie etwa Streichung der untersten Lohn- und Gehaltsgruppen, Streichung der jeweiligen A-Lohngruppen im Akkordbereich und Streichung der E-Lohngruppen bei den Zeitlöhnern. – (h, Betriebszelle VW)

AEG-Motorenwerke Oldenburg. Nach dem spalterischen 6,9 %-Abschluß gehen die Kapitalisten daran, die Spaltung zu vertiefen. Auf der letzten Betriebsversammlung am letzten Freitag hat der Betriebsratsvorsitzende bekanntgegeben, daß die Kapitalisten die 6,9 % nur auf den Grundlohn der Zeitlöhner berechnen. Die „Leistungs"zulage betrug bisher immer 18 % auf den Grundlohn, das waren 1,61 DM (tariflich abgesichert sind nur 16 %). Jetzt sollen die 1,61 DM als fixer Betrag gezahlt werden. Durch die Ausgliederung der Zulagen aus der Lohnerhöhung haben die Zeitlöhner durchschnittlich 1,2 % Verlust. 18 % als Zulage wären 1,72 DM. Die Arbeiter bekommen so 11 Pfennig in der Stunde weniger.

Firma Kugelfischer Werk Wuppertal, Wälz- und Kugellager, 2 000 Beschäftigte. Am Freitag, 18. Februar haben ca. 600 Arbeiter eineinviertel Stunden gestreikt gegen die Absicht des Kapitalisten, 1,9 Prozent der tariflichen Lohnerhöhung auf übertarifliche Leistungen anzurechnen.

Schwelm. Am Dienstag, den 15. 2. haben im Schwelmer Eisenwerk 300 von ca 600 Arbeitern, darunter alle Akkordarbeiter gestreikt, und zwar ab 11 Uhr. Der Kapitalist Müller wollte den 6,9-Prozent-Abschluß auf den Tariflohn und nicht auf den Effektivlohn anrechnen. Für die Akkordarbeiter hätte dies eine direkte Lohnsekung bedeutet. In Verhandlungen hat der Betriebsrat einem Kompromiß zugestimmt, daß die 6,9 Prozent zum Teil auf den Effektivverdienst angerechnet werden. Die Spätschicht hat daraufhin ab 16 Uhr die Arbeit wieder aufgenommen.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollen sich doppelt für die Kapitalisten auszahlen. Wird ein Arbeiter nach einem Lehrgang „Eingliederung in die Arbeitswelt" nicht „eingegliedert", z.B. weil die Kapitalisten ihn aufgrund seines Alters nicht mehr genug ausbeuten können, dann wird er weniger Arbeitslosengeld haben, als er vorher an Arbeitslosenhilfe gehabt hat. Denn das Arbeitslosengeld berechnet sich nach dem Beruf, für den er neu ausgebildet wurde. Mehr Geld aus der Arbeitslosenkasse steht somit den Kapitalisten zur Verfügung.

Die Lehrgangsteilnehmer bekommen ca. 300 DM pro Monat vom Arbeitsamt, 25 DM pro Monat werden für Material, Bücher usw. abgezogen. Bei Krankheiten muß ein Krankenschein vom Arzt vorgelegt werden. Fehlt ein Lehrgangsteilnehmer trotzdem, so werden ihm pro Tag 25 DMabgezogen.

Hanomag Hannover

Wer gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpft, unterstützt auch den bewaffneten Kampf der Völker der Welt

Hannover. „Hanomag hat wieder Boden unter den Füßen", so die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" 1975. Und weiter im November 1976:

Die Ausdehnung des Arbeitstages ist den MF-Kapitalisten nicht genug. Sie haben sich eine Rationalisierungsfirma, Maynard, aus den USA geholt,

schweres Bohr- und Fräswerk mit Nockensteuerung gekauft. Es wird von einem Arbeiter bedient; zwei Mann wurden „freigesetzt". Im Schweißwerk

Mehr geht nicht." Mehr wird auch nicht gemacht.

Aus ihren Erfahrungen im Kampf gegen Lohnraub und den Verschleiß

det wurde. Mehr Geld aus der Arbeitslosenkasse steht somit den Kapitalisten zur Verfügung.

Die Lehrgangsteilnehmer bekommen ca. 300 DM pro Monat vom Arbeitsamt, 25 DM pro Monat werden für Material, Bücher usw. abgezogen. Bei Krankheiten muß ein Krankenschein vom Arzt vorgelegt werden. Fehlt ein Lehrgangsteilnehmer trotzdem, so werden ihm pro Tag 25 DMabgezogen.

Hanomag Hannover

Wer gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpft, unterstützt auch den bewaffneten Kampf der Völker der Welt

Hannover. „Hanomag hat wieder Boden unter den Füßen", so die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" 1975. Und weiter im November 1976: „Hanomag plant ein drittes Bein" und meint damit die Erweiterung der Produktion um den Bereich Achsen- und Getriebefertigung.

1974 verkaufte der Rheinstahlkonzern die hannoversche Rheinstahl-AG-Hanomag-Baumaschinen an den kanadischen Massey-Ferguson-Konzern (MF). Neben einer vollständig veralteten und abgeschriebenen Maschinerie – die modernen Gießereianlagen und die Motorenstraße wurden zuvor schon von Rheinstahl versilbert – brachte sich MF in den Besitz einer hochqualifizierten und organisierten Arbeiterschaft.

Nach dem Kauf steigt der Baumaschinenumsatz von MF 1974/75 um ca. 50% auf 355 Mio. DM. 40% des Baumaschinenumsatzes werden jetzt in Hannover produziert. Damit setzte sich MF an die 5. Stelle auf dem Weltmarkt für Baumaschinen.

93 Prozent des Gesamtumsatzes werden im Exportgeschäft gemacht. Allein in Asien wurde der Umsatz 1975 um 116% auf 148 Mio. US-Dollar gesteigert.

Für diesen Feldzug mußte die Produktivität gewaltig gesteigert werden. Mit den vollständig abgeschriebenen Maschinen, ohne nennenswerte Steigerung der Belegschaft im Baumaschinensektor, mußte die Arbeitskraft verstärkt ausgebeutet werden. Überstunden, Samstagsarbeit, Nachtschicht in Teilbereichen bei gleichzeitiger Verdichtung des Arbeitstages wurden angesetzt. Dahinter die Peitsche eines von Zulagen „bereinigten" Tariflohnes, von dem man nicht leben kann.

Auf einer Betriebsabteilungsversammlung im Dezember sollte der sozialdemokratische Betriebsrat die Arbeiter für die weitere Steigerung der Produktion gewinnen. 1977 sollen statt 2 346 wie 1976, 2 880 bis 3 000 Einheiten hergestellt werden. Für VW sollen 6 000 Dieselmotoren aufgelegt werden, was schon läuft. 8 Sonderschichten sollen deswegen gefahren werden. Der Betriebsrat will den Sonderschichten zustimmen, wenn ihnen die Hanomag-Kapitalisten die Garantie geben, keine Kurzarbeit zu fahren. Darüber sind die Arbeiter sehr empört. Die Norm ist schon jetzt die 48-Stundenwoche. Deshalb wurde gegen die Sonderschichten auch sofort Front gemacht: „Jede Überstunde ist ein Sargnagel. Sollen Sonderschichten bei der Samstagsarbeit vielleicht sonntags laufen? Die Sonderschichten müssen weg!"

Die Ausdehnung des Arbeitstages ist den MF-Kapitalisten nicht genug. Sie haben sich eine Rationalisierungsfirma, Maynard, aus den USA geholt, die bis 1980 für mehrere Mio. DM die Poren im Arbeitstag herausfinden und schließen soll. Halle für Halle wird durchgeforstet. Das ganze nennt sich MF-PAP, MF-Produktivitätsaktivierungsprogramm. Es wird ganz auf Hanomag zugeschnitten zur optimalen Profitproduktion. Alle Maßnahmen zur Steigerung der Ausbeutung fallen darunter. Es wird von einer Gruppe Spezialisten in Sachen Ausbeutung und Antreiberei aus der Arbeitsvorbereitung, Produktion, Standardabteilung und Materialwirtschaft ausgeheckt. Unter dem Motto „Humanisierung des Arbeitsplatzes" wollen diese Büttel der MF-Kapitalisten neue Arbeitsabläufe festlegen und „Störfaktoren ausschalten". Es nennt sich „Verbesserung der Arbeitsmethode" und meint: Im Arbeitsgang werden Bewegungsabläufe extrem vereinfacht und „überflüssige Bewegung" rausrationalisiert. So wird z.B. ein „Musterarbeitsplatz" geschaffen und neubewertet. Die vielen „Erleichterungen" machen dabei „natürlich eine entsprechende Bewertung (Rückstufung) erforderlich". Das schnellere Tempo des Musterarbeitsplatzes gibt jetzt den Ton an.

Zur Steigerung der Produktivität haben die MF-Kapitalisten für eine Mio. DM ein sieben Meter hohes, 22 t schweres Bohr- und Fräswerk mit Nockensteuerung gekauft. Es wird von einem Arbeiter bedient; zwei Mann wurden „freigesetzt". Im Schweißwerk haben die MF-Kapitalisten die Produktivität mit der Umstellung von Kohlendioxid auf Mischgas aus Argon und Kohlendioxid enorm hochgetrieben. Die Abschmelzleistung wurde wesentlich gesteigert und die Putzzeiten um ca. 70% gesenkt. In der Kleinschweißerei in Halle 31 sitzen die Schweißer auf Rollstühlen und arbeiten abwechselnd an mehreren Plätzen, während ein Zurichter das nächste Werkstück vorbereitet.

Dort wo noch nicht PAP-rationalisiert wurde, hat man sich zur Steigerung der Ausbeutung die „Über-den-Daumen"-Methode einfallen lassen. Z.B. werden in der Kurbelwellenabteilung sowohl Hanomag- als auch Eicherwellen gedreht und weiterverarbeitet, gebohrt, geschliffen, etc. Dabei haben die Eicherwellen eine wesentlich längere Hauptzeit. Die Zeiten für die Eicherwelle wurde nun so „ermittelt": „Die Hanomagwelle hat 13,6 Minuten, dann muß die Eicher so 16,8 Minuten haben". Klar, daß so keiner mit dem Akkord hin kam. Es gab Krach und die Zeiten mußten neu ermittelt werden. Nach dieser erzwungenen Zeitaufnahme stellte sich als Hauptzeit 27 Minuten für die Eicher-Sechs-Zylinder heraus. Jetzt sollen pro Schicht 24 Wellen gefertigt werden. Die Arbeiter sagen: „20 sind genug. Mehr geht nicht." Mehr wird auch nicht gemacht.

Aus ihren Erfahrungen im Kampf gegen Lohnraub und den Verschleiß ihrer Arbeitskraft durch Überstunden und Samstagsarbeit heraus, wird jetzt der 1. Mai vorbereitet. Auf jeden Fall will man an einem Festbetrag in den Lohnkämpfen festhalten und die Forderungen nach Verbot der Überstunden und Sonderschichten auf die Straße tragen.

In der MF-Zeitung „Im Bild" lassen sich die Kapitalisten breit über das Exportrisiko aus. „Einige unserer Märkte sind politische Unruheherde, in denen Kriegsgefahr droht." Dabei denken sie an Südafrika, wo drei MF-Werke die Arbeitskraft der Arbeiterklasse von Azania ausbeuten und rufen nach verstärkter Unterstützung durch den imperialistischen Staat. Die Arbeiter wollen sie für die Intervention im Südlichen Afrika gewinnen. Die Antwort der Hanomagarbeiter ist eine Spendensammlung für eine Wasserpumpe für ein revolutionäres Landwirtschaftsprojekt und eine Kleidersammlung zur Ausrüstung der Freiheitskämpfer in Zimbabwe. Inzwischen hat die Zelle schon zwei Säcke Kleider bekommen, zwei weitere sollen abgeholt werden. Wer sich selbst von Ausbeutung und Unterdrückung befreien will, unterstützt auch den bewaffneten Kampf der Völker der Welt gegen Imperialismus und Kolonialismus. – (Hanomagzelle)

Kurzarbeit bei Kabelmetall. In den Betrieben Osnabrück, Hannover und Berlin wird während vier Wochen nur zwei bis drei Tage in der Woche gearbeitet. In Berlin sind davon 80, in Osnabrück 300 Arbeiter betroffen.

Zwar sind im letzten Jahr die Aufträge der Post und aus der Bauwirtschaft zurückgegangen, gleichzeitig hat sich der Umsatz im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 % gesteigert, ist der Exportanteil auf 35 % gestiegen und hat Kabelmetall genügend Kapital akkumuliert, um es neben den schon bestehenden Produktionsstätten in den USA, Lateinamerika, Westafrika und Indonesien, in neuen Werken im Iran und in den USA anzulegen. „Der Auslandsmarkt wird immer wichtiger", sagt Dr. Lennings, Aufsichtsratsvorsitzender bei Kabelmetall. (Frankfurter Allgemeine,2.2.77)

Gleichzeitig wird der gesamte Konzern in der BRD weiter konzentriert und durchrationalisiert. Neue Techniken, mit denen sich die Kabelmetall-Aktionäre einen Extraprofit versprechen, werden eingeführt und dementsprechend der Betrieb strukturiert. Werksteile in Schladern sollen stillgelegt, 200 Arbeiter entlassen werden, in Nürnberg soll die Belegschaft von 2 777 spezialisierten Facharbeitern drastisch abgebaut werden, während in Osnabrück 400 neue Arbeitsplätze in der Kupferrohrfertigung aufgebaut werden, aber gleichzeitig 300 Arbeiter aus der Herstellung der papierisolierten Starkstromkabelherstellung entlassen werden sollen.

Klöckner-Hütte Bremen. Die Kapitalisten spalten die Arbeiter durch die verschiedenen Lohngruppen und Zulagen. Nach dem 6 %-Abschluß versuchen die Kapitalisten diese Spaltung zu vertiefen. Schon lange haben die Arbeiter an der Walzstraße Einspruch bei der Lohnkommission erhoben, weil der erste Walzer in Lohngruppe 9, der zweite Walzer in 7 und der Abbinder in Lohngruppe 5 eingestuft sind. Alle drei arbeiten in der gleichen Umgebung, im gleichen Dreck und Lärm, trotzdem hat der erste Walzer mehr Erschwernispunkte als der zweite und der wiederum mehr als der Abbinder. Die Arbeiter haben für den zweiten Walzer Lohngruppe 8 verlangt. Nach dem spalterischen Abschluß haben Geschäftsleitung und Betriebsrat ausgehandelt, daß der zweite Walzer mehr Punkte bekommt und der Abbinder in Lohngruppe 6 kommt. Zunächst war der zweite Walzer damit zufrieden: „Hauptsache mehr Geld. Außerdem komme ich jetzt auch zur Klöckner-Kur in den Harz, weil ich jetzt auch mehr Punkte für die Umgebung kriege." Die neue Lohnfestsetzung sah aber anders aus. Er hatte zwar ein paar Punkte mehr, aber nicht genügend für „Umgebung" und „physische Belastung", um in den „Genuß" einer Klöckner-Kur zu kommen, wie der erste Walzer.

Schichtplanänderung

Blasstahlwerk Peine. Wie in der Kommunistischen Volkszeitung 6/77 berichtet, wollten die Stahlkapitalisten im Blasstahlwerk Peine des Peine-Salzgitter-Konzerns von der Contischicht auf 3-schichtigen Betrieb umstellen. Der Grund ist die schlechte Lage in der Stahlindustrie und daß die Kapitalisten die Belegschaft soweit abgebaut haben, daß ein 4-schichtiger Betrieb kaum noch aufrechtzuerhalten war. Dieser Plan wurde zumindest für das Werk Peine fallengelassen. Jetzt wurde mit dem Betriebsrat vereinbart, die vier Schichten aufrechtzuerhalten, aber sonntags nicht mehr zu produzieren. Die Schichtzulagen für die Sonntagsschichten sollen weitergezahlt werden, müssen aber von den Arbeitern versteuert werden. Bisher waren die Schichtzulagen steuerfrei. Die Kollegen haben aber durch die freien Sonntage nun nicht mehr freie Zeit gewonnen, denn die Schichten sind in zwei Gruppen eingeteilt worden, von denen jeweils eine an den sonst bei Contischicht üblichen freien Tagen mitten in der Woche arbeiten muß. Für die Kapitalisten ist diese Maßnahme sehr vorteilhaft: Bei einer Umstellung von drei auf vier Schichten, die sie machen müßten, wenn die Krise vorbei wäre, müßten sie auf den Widerstand der Arbeiter gefaßt sein. Jetzt können sie die vier Schichten aufrechterhalten, brauchen also nicht umzustellen. Alle vier Schichten arbeiten jetzt im 1-Konverterbetrieb, d.h. von drei Konvertern, von denen normalerweise immer zwei produzieren, ist jetzt immer nur einer in Betrieb. Die Schichtbesetzung sind dem angepaßt, es ist kein Mann über. Trotzdem werden pro Schicht in der Regel 11 bis 12 Chargen geblasen, eine Leistung wie in der besten Zeit des „Stahlbooms". Fragen die Arbeiter die Meister oder Betriebsleiter, was das solle, bekommen sie zur Antwort, man müsse Produktionsrückstände vom Vormonat aufholen oder ähnliches. Tatsächlich ist es so, daß die Kapitalisten mit dieser Methode versuchen, anderen Stahlmonopolen Aufträge wegzuschnappen, indem sie kurze Lieferzeit garantieren.

Für die Arbeiter im Stahlwerk bringt das finanzielle Verluste: In der Regel werden im Monat zwei Sonntagsschichten verfahren, bei einem Arbeiter mit 22 Punkten, der laut Tarifvertrag 9,41 DM Stundenlohn hat (Grundlohn plus 13%) und 1,10 DM Produktionsprämie pro Stunde, müssen nun 105,40DM zusätzlich versteuert werden. Bei 176 Stunden Arbeitszeit im Monat betrug die Steuerbelastung für ihn in der Steuerklassen I 296,80 DM bei einem Monatslohn von 2 182,96DM. In der Steuerklasse II mit 2 Kindern beim selben Lohn 212,80 DM. Bei der Versteuerung der Schichtzulagen vom Sonntag steigen die Steuern in der Steuerklasse I auf 332 DM, in der Steuerklasse II/2 auf 234,80 DM – ein Verlust von 35,20 DM bzw. 22 DM. (p,Peine)

Mercator-Westberlin. Von Montag bis Dienstagabend vergangener Woche sind in der Mercator-Belegschaft (ca. 220 Beschäftigte) knapp 100 Unterschriften unter den folgenden Text gesammelt worden. Alle Vertrauensleute und die Mehrheit des Betriebsrates haben unterschrieben:

„Der Reallohn ist im letzten Jahr um durchschnittlich 50 DM gesunken. Vor uns stehen die Preiserhöhungen wie z.B. bei Mieten, BVG ... Insbesondere für die Kollegen der unteren Lohngruppen geht es ans Existenzminimum. Sicher ist, daß die Unternehmer freiwillig nichts zahlen, der Streik im letzten Jahr hat dies deutlich gezeigt. Aber wenn wir eine Markforderung für alle Lohngruppen aufstellen, stärken wir unsere Kampfkraft für die kommende Tarifauseinandersetzung. Wir stehen geschlossen hinter den folgenden Forderungen:
1 DM mehr pro Stunde!
Streichung der beiden unteren Lohngruppen!
Wegfall der beiden ersten Gehilfenjahre!
Wir unterstützen die Forderung der Jugendgruppe von 100 DM mehr monatlich für alle Lehrjahre gleich!"

Auf der **Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Druck und Papier Westberlin am 15.2.77** ist der Landesvorsitzende Ballentin aufgefordert worden, eine Presseerklärung abzugeben mit dem Inhalt, daß die Mehrheit der Funktionäre sich für einen Festbetrag in Höhe von 1 DM als Forderung für den anstehenden Lohntarifkampf ausspricht.

Anfangs war Ballentin für Prozente eingetreten. Die SEW-Vertreter vom Druckhaus Norden (im Besitz der SEW, dort wird die „Wahrheit" gedruckt) haben sich für eine spalterische Mischforderung stark gemacht. Sie wurden abgeschmettert.

Es wurde bereits über Kampfmaßnahmen diskutiert und festgestellt, daß die hohen Kosten, die der Streik im letzten Jahr der Gewerkschaft verursacht hat, kein Argument gegen Kampfmaßnahmen in diesem Jahr sind.

Die Presseerklärung von Ballentin erschien in mehreren Westberliner Tageszeitungen.

Braunschweig. Auf der Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier am 19.2. wurde die Forderung für den Tarifkampf diskutiert. Beschlüsse über 220 DM von der Jugendgruppe, und 200 DM vom Vertrauensleutekörper des Betriebes Limbach lagen vor. Die Redner traten in der Mehrzahl für Festgeld ein, die Sozialdemokraten sprachen sich für eine Prozentforderung aus. Nur mit knapper Mehrheit (36:32) wurde für 10 % und eine zusätzliche Anhebung der Hilfsarbeiterlohngruppen 1 bis 5 um 3 % abgestimmt.

Die Löhne der Landarbeiter liegen um 46,9 % unter denen der Industriearbeiter. (Süddeutsche Zeitung, 15.2.)

Die Landwirtschaftskammer Hannover führte 1976 eine Erhebung unter 40 000 Landarbeitern durch. In der Auswertung stellt sie fest, daß der durchschnittliche Stundenlohn der erfaßten Landarbeiter bei 7,65 DM liegt. Landarbeiterinnen bekommen 17 % weniger und Landarbeiter ohne Ausbildung 22 % weniger an Lohn. Teilweise bekommen die Landarbeiter einen Teil ihres Lohnes in Naturalien ausgezahlt (3 von 10 Arbeitern) (Land u. Forst, Mitteilungsblatt der Landwirtschaftskammer Hannover, Nr. 47/76). Im Bundesdurchschnitt beträgt der Stundenlohn nach einer Tariferhöhung von 0,50 DM im Januar 1976 6,71 DM (Land u. Forst, Nr. 21/76). Ertl behauptet anläßlich der Vorlage des Agrarberichtes 1977, daß der „Landwirtsberuf wieder attraktiv" geworden sei (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 15.2.). Er macht seine Behauptung fest am „sprunghaften Ansteigen der Ausbildungsverhältnisse in der Landwirtschaft".

Die Zunahme der Lehrlinge in der Landwirtschaft zeugt nicht von deren Attraktivität, sondern vom Elend der jugendlichen Arbeitslosen.

Wiesbaden. Zwei Linien im gewerkschaftlichen Kampf standen sich auf der Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier, Ortsverein Wiesbaden, gegenüber, zu der 50 Mitglieder gekommen waren, um über die Forderung im Tarifkampf zu beschließen. Die Linie der *Klassenversöhnung* vertrat der Bezirkssekretär gleich zu Beginn: Prozentforderung. Dagegen forderten die Arbeiter der Wiesbadener Graphischen Betriebe: 170 DM mehr für alle!

Um diesen Antrag abzuschmettern, wandten die Reformisten und Revisionisten, die sich in der Debatte nicht durchsetzen konnten, folgende *Tricks* an: Erstens, die SPD beantragt 11 Prozent. Zweitens, die DKP schlägt 10 Prozent, mindestens 140 DM vor. Drittens, der Vorstand beantragt, zuerst die Prozentforderung abzustimmen. Die Taktik verfing nicht, die Mitglieder forderten: zuerst Abstimmung über 170 DM. So wurde es gemacht. Der Antrag bekam die Mehrheit. Nächstes Manöver, die beiden andern Anträge wurden ebenfalls abgestimmt, damit alle drei als „Meinungsbild" an die Große Tarifkommission gehen. Auch den Trick durchschauten die Arbeiter, verlangten erneut Abstimmung über die Festgeldforderung, die *sechs Stimmen mehr erhielt als zuvor.* Darunter die des SPD-Landtagsabgeordneten Schneider, 2. Vorsitzender des Ortsvereins. Die Linie des *Klassenkampfes* kann auch solche Leute in die Enge treiben, weil sie den Interessen der Arbeite entspricht.

IG-Druck und Papier-MV Osnabrück:

150 DM Festgeld, Abschaffung der unteren Lohngruppen

Osnabrück. Auf der Ortsvereinsversammlung der IG Druck und Papier wurde über die Lohnforderung diskutiert für den Tarifkampf. Gleich zu Beginn der Diskussion wurde von einem Arbeiter herausgearbeitet, daß der Hauptvorstand der IG Druck und Papier versucht, mit der Artikelserie ‚D-Mark oder Prozente' im Gewerkschaftsorgan „Druck und Papier" die breite Bewegung der Druckarbeiter für Festgeldforderung zu zersetzen.

Mahlein behauptet in seinem Artikel: „Die Tarifpolitik der IG Druck und Papier verhindert das Auseinanderklaffen der Lohnschere". In den vergangenen Lohnabschlüssen hätten die unteren Lohngruppen immer noch zusätzlich 1 oder 2% darüberbekommen.

Nimmt man den Unterschied vom Facharbeitereck lohn beispielsweise zu Lohngruppe I, so betrug er: 1971 89,34 DM, 1974 96,44 DM, 1976 108,77 DM. Die Lohnschere klappt also in DM immer weiter auseinander!

Die Sozialdemokraten führen diese Berechnungsmanöver durch, um die Einheit der Druckarbeiter zu zersetzen. Mahlein sagt: „Die Stärke der IG Druck und Papier liegt bei den Facharbeitern. Hier haben wir den höchsten Organisationsgrad, und hier stoßen wir regelmäßig auf die breiteste Aktivität. Forderungen, die den Eindruck erwecken, die qualifizierten Facharbeiter müßten die Kastanien aus dem Feuer holen, und zwar vornehmlich für andere, dürften daher schwer durchzusetzen sein". Man sieht, er will spalten zwischen Hilfsarbeitern und Facharbeitern. So soll die Kraft der Arbeiter geschwächt werden.

Da sind die Arbeiter vollständig dagegen. Bei der Firma Fromm soll jetzt Fotosatz eingeführt werden, und die ganze Produktion umgestellt werden. Den Arbeitern im Betrieb ist klar, daß sie rausfliegen sollen und der Lohn gedrückt werden soll.

So heißt es zum Beispiel, daß nur sechs Maschinensetzer von 17 an den Fotosetzgeräten arbeiten können. Die anderen sollen angeblich in der Produktion irgendwo untergebracht werden. Sie werden dann nicht mehr 120 % vom Ecklohn bekommen. Die Kapitalisten wollen rationalisieren, um den Lohn zu drücken und die Mehrarbeit zu steigern. Sie wollen versuchen, Facharbeiter rauszuwerfen und Hilfsarbeiter an diese Maschinen zu setzen.

Im Betrieb gibt es heftige Debatten darum, wie man diese Absichten durchkreuzen kann. So z.B. darüber, ob man es zulassen kann, daß die Maschinensetzer von 120 % runtergestuft werden, wenn sie dafür den Arbeitsplatz behalten. Ein Arbeiter meinte: „Es ist zwar nicht gut, aber wenn sie dafür weitere Arbeit haben, muß man das schon hinnehmen." Dagegen standen andere, die meinten, auch das kann man nicht hinnehmen, das senkt das Lohnniveau insgesamt, das wollen die Kapitalisten und das muß man verhindern.

Das alles hat sich in der Diskussion auf der Versammlung wiedergespiegelt.

Auf der Versammlung traten viele für eine einheitliche DM-Forderung auf, weil nur so der Spaltung entgegengetreten werden kann. Ein Arbeiter sagte richtig: „Es ist nur gut, wenn die Hilfsarbeiter immer mehr an den Facharbeiterlohn rankommen, dann ist Spaltung nicht mehr möglich und Lohndrückerei auch nicht mehr."

Die Versammlung beschloß: Abschaffung der untersten Lohngruppen und der einzelnen Gehilfenjahre! Diese Forderungen wurden an die Tarifkommission weitergegeben.

Über die Höhe der Forderung gab es heftige Debatten: Vorschläge kamen für 130, 150, 160 und 170 DM. Die 170 DM konnten nicht durchgesetzt werden. Mehrheitlich wurde 150 DM mehr für alle beschlossen.

Klar ist auf dieser Versammlung geworden: Nur durch die Einheit der Druckarbeiter kann man sich gegen die Kapitalisten durchsetzen. (m, Osnabrück)

Jahresarbeitszeit

Die Automobilkonzerne, so melden die Kapitalisten, würden „wieder von der Sonne der Konjunktur beschienen".

Damit meinen sie, daß die Arbeiter in dieser Branche demnächst wieder mehr Überstunden machen sollen. Der Metallkapitalistenchef Baden-Württembergs Dürr hat angesichts dieser Lage einen Vorschlag lanciert. Es solle über die „Jahresarbeitszeit nachgedacht werden". „Denn", so Dürr in einem Interview mit der „Stuttgarter Zeitung" am 15. Januar, „leider liegen gerade in Zeiten instabiler Konjunktur Kurzarbeit und Überstunden sehr nahe beieinander."

Daß Überstunden und Kurzarbeit nebeneinander existieren, ist Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise. Daß es den Kapitalisten leid täte, braucht man nur insofern zu glauben, als daß es sie wurmt, daß sie in der Krise sind und die Profitproduktion stockt. Das können sie jedoch nicht ändern. Was ihnen daher tatsächlich am Herzen liegt, ist der Umstand, daß sie für jede Überstunde dem Arbeiter 25 Prozent mehr Lohn zahlen müssen.

Daher der Vorschlag „Jahresarbeitszeit". Er bedeutet nichts anderes als daß nicht nur die Arbeitszeit des Arbeiters an die Krisen des Kapitalismus gebunden sein soll und somit seine Lebenszeit durch die Profitsucht der Kapitalisten „geregelt" wird, sondern dieser Vorschlag bedeutet, daß die höheren Reproduktionskosten, die ihm durch diese Tortur entstehen, nicht ausgeglichen werden sollen. „Jahresarbeitszeit" bedeutet, der Arbeiter hat keinen Achtstundentag, keine Vierzigstundenwoche und keine 174 Stunden mehr im Monat, sondern eine jährliche Arbeitszeit. Diese wird dann bezahlt, pauschal.

Dadurch gelänge es dem Kapitalisten, die Überstundenzuschläge zu streichen, den Arbeitern also einen erheblichen Teil ihres Lohns zu rauben.

Folgendermaßen kommt man zu diesem Ergebnis:

1 Beschäftigte*	2 geleistete Mehrarbeit	3 Anzahl der Überstunden	4 Bruttostundenverdienst plus 25 % Überstundenzuschlag	5 ausgezahlte Überstundenlöhne im Jahr
1	x 2	gleich 3	x 4	x 4 Wochen x 12 Monate gleich 5
Stahl- und Leichtmetallbau 132 860	3,8	504 868	12,37 DM	293 770 416 DM
Maschinenbau 643 422	2,6	1 672 897	12,37 DM	999 299 280 DM

* Minus 5,1 Prozent Kranke
Quellen: Statistisches Jahrbuch 1976; Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen – Arbeiterverdienste August/Juli 1975; Sozialstatistik

Wieviel, haben wir für den Monat April im Jahr 1975 ausgerechnet.

Es sind für die stahl- und leichtmetallverarbeitende Industrie 293 770 416 DM (wenn man den Monat April als Durchschnitt des Jahres nehmen würde) und im Maschinenbau 999 299 280 DM!

Man bedenke, daß im April 1975 die Metallindustrie in einer tiefen Krise war und der Anteil an Überstunden jetzt höher ist und der Auffassung der Kapitalisten nach noch steigen soll. Welche Aussichten, werden sie sich sagen! Diese ihre Rechnung geht nur auf dem Papier auf. – (am)

„Der Drang deutscher Baufirmen auf Auslandsmärkte ist verständlich"

Mit „Wintergeld" und Investitonsprogrammen auf der Jagd nach Höchstprofit

Seit Jahren befindet sich die Bauindustrie in einer tiefgreifenden Krise. Die bayrische Bauindustrie meldete Anfang Februar: „Die Auftragsbestände waren zum Jahresende kleiner als vor Jahresfrist. Sie blieben mit 2,8 Monaten Reichweite im Durchschnitt um ein Fünftel, im Hochbau mit 2,4 Monaten sogar um 30 Prozent unter dem langfristigen Dezemberwert." Die nordrhein-westfälische Wirtschaftsvereinigung kündigt für 1977 die Entlassung von weiteren 10 000 von insgesamt 40 000 Arbeitern des Straßenbaus an.

Die Stagnation und Faulnis der kapitalistischen Produktionsweise tritt grell zutage. Trotz Steigerung der Produktivität liegt das Rohbauvolumen (preisbereinigt) in der ersten Jahreshälfte 1976 nicht über dem Volumen des Jahres 1970. Massenhaft Produktivkräfte liegen brach: „Die Geräteauslastung liegt bei 20 bis 30 % unter Normalauslastung" (Bauindustriebrief 12/75). Im Dezember 1976 liegt die Kapazitätsauslastung in der bayrischen Bauindustrie gar nur bei 42 %, weit unter dem „Saison"üblichen. So unfähig die Kapitalisten sind, die Produktion planvoll zu entwickeln und zu leiten, so erfinderisch sind sie bei der Entwicklung von Methoden zu verschärfter Schweißabpressung der Arbeiter. Fast 400 000 Bauarbeiter, ca. 25 %, wurden seit 1970 entlassen, die Kurzarbeit nahm sprunghaft zu, und dennoch wurde – aus dieser Sicht – *nicht weniger* produziert als 1970. Die Krise, den Druck der industriellen Reservearmee, haben die Baukapitalisten genutzt, den Lohn der Bauarbeiter drastisch zu senken. 1976 haben sie mit den Sozialdemokraten der IG Bau, Steine, Erden mit 5,3 % den nach der Stahlindustrie zweitniedrigsten Tarif**vertrag abgeschlossen. Das ganze Jahr** über haben sie außertarifliche Zulagen gekürzt, Prämien gestrichen, Akkorde hochgeschraubt.

„Bauindustrie hofft auf bayrisches Investitions-Sonderprogramm", meldet die Informationszentrale der bayerischen Wirtschaft am 3.2.77 die Forderungen der Baukapitalisten an. Ähnliches ist von den Baukapitalisten auch aus den anderen Bundesländern zu hören. Die Wirtschaftsvereinigung Bauindustrie in Nordrhein-Westfalen verlangt „die sofortige Ausschreibung baureifer Straßenbauprojekte sowie zusätzliche Planungs- und Finanzierungsmaßnahmen" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.2.77). Der imperialistische Staatsapparat ist solchen Forderungen seit eh und je aufgeschlossen. Seine Abstützung der Baukapitalisten ist vielfältig:

Mit einem Gesetz von 1959 hat er den Baukapitalisten in besonderem Ausmaß die Arbeitslosenversicherungskassen geöffnet. Die Arbeitsämter zahlen ihnen im Rahmen der Winterbauförderung Zuschüsse, geben ihnen Darlehen und Zinszuschüsse. 1975 über 657 Millionen. Im Winter bei „Schlechtwetter" sind die Kapitalisten auch davon befreit, weiter Löhne zahlen zu müssen. Die Arbeitsämter zahlen entsprechend dem Arbeitslosengeld sogenanntes „Schlechtwettergeld". „Der Familienvorstand verdient dann ca. 70 % seiner Normalzulage ... am warmen Ofen", pries 1973 ein Unternehmensberater das angeblich herrliche Leben der Bauarbeiter. 1975 sahen die bürgerlichen Politiker die Zeit für einen heftigen Angriff gekommen: Für 1976 wurde das Schlechtwettergeld drastisch gekürzt, auf den Monat berechnet muß der Bauarbeiter 200 DM und mehr Verluste – und das bei ohnehin um 30 % gekürzten Lohn – hinnehmen.

„Schlechtwettergeld-Regelung nützt nichts" (gemeint sind die Wintergeldzuschüsse an die Kapitalisten), jammert die bayerische Bauindustrie. Denn es fehle „an Baustellen, so daß die Schlechtwetterregelung nicht in Anspruch genommen werden könne". Also her mit dem Investitionsprogramm! Das Investitionsprogramm der Bundesregierung, das durch entsprechende Maßnahmen der Länder und Gemeinden ergänzt wird, und das zusätzlich zu den ohnehin laufenden „öffentlichen Aufträgen" seine Wirkung entfalten soll, ist auf die Bauindustrie zugeschnitten: Straßen, Brücken, Eisenbahnüberführungen, Kläranlagen und ähnliches sollen gebaut werden – die Baukapitalisten gieren nach den 10 bis 12 Milliarden mindestens, die ihnen diese Aufträge aus Steuergeldern der Lohnabhängigen einbringen sollen.

Das Investitionsprogramm 1977 schließt sich an ähnliche, gerade auslaufende Programme an: über 5,7 Milliarden DM wurden den Baukapitalisten vom August 1975 an zugeschoben, zusätzlich zu den ebenfalls damals beschlossenen Investitionszulagen für die Kapitalisten. Diese Gelder haben nicht, wie die Sozialdemokraten landauf landab verkünden, „Arbeitsplätze gesichert". Sie haben den Baukapitalisten die Mittel in die Hand gegeben, die Ausbeutung der Bauarbeiter zu steigern, um einige hunderttausend davon auf die Straße zu werfen, und haben ihnen die Mittel in die Hand gegeben für die imperialistische Expansion, die Forcierung des Kapital- und Warenexports.

Den Expansionsdrang faßt der Präsident des **Hauptverbandes der deutschen Bauindustrie, Brunner, zusammen: „Der Drang deutscher Baufir**men auf Auslandsmärkte ist angesichts der Binnenlage verständlich." Stellvertretend für die großen Baukapitalisten sei aus dem Zwischenbericht September 1976 der Hochtief AG zitiert: „Mit 668 Millionen DM macht unsere Bauleistung im Ausland erstmals mehr als ein Drittel unserer Gesamtleistung aus. Gegenüber dem Vorjahr hat die Bauleistung im Ausland um 67 % zugenommen. Die Auftragszugänge enthalten vor allem den Bau des Hafens Jubail in Saudi-Arabien und Bauarbeiten für das Kernkraftwerk Bushehr im Iran, ferner weitere Bauten für den Flughafen Jeddah in Saudi-Arabien, Industrieanlagen in Brasilien und Untergrundbauten in Hongkong." Es versteht sich die Liebe, mit der der imperialistische Staat die Baukapitalisten pflegt und umhegt: sie erschließen die Länder der Dritten Welt weiter dem gierigen Zugriff des westdeutschen Finanzkapitals und schaffen damit bessere Voraussetzungen für die Ausplünderung der Länder und die Ausbeutung fremder Arbeiterheere. Der imperialistische Staat lohnt ihnen dieses zusätzlich durch sogenannte Rückgarantien: Die baden-württembergische Landeskreditbank z.B. übernimmt 70 % der von den Kapitalisten zu stellenden Bankgarantien.

Die Tarifverträge in der Bauindustrie sind zum 1.4. gekündigt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben als Forderung 8,5 % erhoben, aus der „Verantwortung für das ganze Baugewerbe heraus". Die Bauarbeiter denken anders. Sie wissen und haben erfahren, worauf die klassenversöhnlerische Politik hinausläuft: darauf, sich mit Haut und Haaren den Kapitalisten und ihren imperialistischen Abenteuern auszuliefern. Wie erstmals im letzten Jahr werden auch diesmal Festgeldforderungen in ausreichender Höhe diskutiert. – (cs)

„Die 1 500 DM brauchen wir netto“

Interview mit einem Werkzeugmacher bei VW-Wolfsburg, Halle 17

Ich verdiene als Facharbeiter in Schichtarbeit ca. 2 200 DM brutto im Monat vor der neuen Lohnerhöhung. Ich bin verheiratet und habe ein Kind. In Steuerklasse IV zahle ich fast 400 DM Lohnsteuer, das sind 18 % vom steuerpflichtigen Bruttolohn. Wegen dem zwei Monate alten Kind arbeitet meine Frau nun nicht mehr mit. Für den Monat Januar haben wir einmal unsere Ausgaben aufgeschrieben: Für Lebensmittel und Kind und Auto, noch ohne Miete, brauchen wir schon 1 400 DM. Um mit dem Geld hinzukommen, müssen wir tatsächlich am Essen sparen.

Vom Bruttoverdienst für eine Sonderschicht mit 50 % Mehrarbeitszulage (da habe ich 144 DM mehr), muß ich schon 51,80 DM Lohnsteuer zahlen. Das sind 36 %. Das ist ungeheuerlich. Erst werden wir durch die niedrigen Tarifabschlüsse, zumeist verbockt durch die Sozialdemokraten, zu Überstunden gezwungen, und danach kommen wir dadurch erst richtig in die Lohnsteuerprogression rein. Ich meine, wir müssen für das Verbot der Überstunden und für einen Lohn, der auch ohne diese reicht, kämpfen.“

„Es gibt bei der Lohnsteuer eine ganze Reihe von sogenannten Freibeträgen. Angeblich soll das besonders sozial sein. Meist muß man sie gesondert im Lohnsteuerjahresausgleich beantragen, um sie nach einem Jahr endlich ausbezahlt zu bekommen. Außerdem sind alle Lohnabhängigen in verschiedene Steuerklassen eingeteilt. Was ist Deine Erfahrung damit?“

„Ich habe von diesen Freibeträgen schon gehört, weiß damit aber ehrlich nichts anzufangen. Als normaler Arbeiter steigt man durch diesen vielen Papierkram gar nicht durch, wann man Freibeträge bekommt und wie die Anträge gestellt werden müssen. Das soll nur den ganzen Steuerbetrug verkleistern, indem gesagt wird, du hast doch die Möglichkeit, durch die Freibeträge weniger Lohnsteuer zu bezahlen. Bei den Steuerklassen ist es genauso. Keiner weiß, was für Steuerklassen am günstigsten sind. Ich habe die Steuerklasse IV und meine Frau hatte auch die IV, als sie noch gearbeitet hat.

Vom letzten Jahr muß ich durch den Lohnsteuerjahresausgleich wieder 700 DM Steuern zurückbekommen, die man mir zuviel abgezogen hat. Ich habe dem Staat also zu den Steuern noch einen zinslosen Kredit für über ein Jahr gegeben und muß jetzt noch den ganzen Schreibkram, Anträge usw. machen, um das Geld überhaupt wiederzubekommen

Bei uns in der Abteilung haben einige Sozialdemokraten mit der Steuerprogression zum Teil gegen den Lohnkampf überhaupt oder gegen die Festgeldforderung argumentiert. Das wirkte sich schon hinderlich aus. Trotzdem hat sich meine Arbeitsgruppe für eine Festgeldforderung von 180 DM ausgesprochen.“

Die Kapitalisten werden nur durch Kampf gehindert werden können, auf die Besteuerung des Lohnes zu verzichten. Der KBW fordert, daß alle indirekten Steuern und die Lohnsteuer bis zu einem Monatslohn von 1 500 DM beseitigt werden.

„Diese Forderung finde ich richtig. Die 1 500 DM brauchen wir auch netto, um zu leben, wir müssen durchsetzen, daß soviel nicht besteuert wird. Das wird sich auch gut für den Lohnkampf auswirken, und man hat dann diesen ganzen Antrags- und Papierkrieg nicht mehr. Auch die indirekten Steuern müssen weg, weil die auch nur von uns bezahlt werden und zusätzlich auf unsere Lage drücken.“

Doppelte Vorsorge

Das Kindergeld werde erhöht, dazu aber müsse die Mehrwertsteuer erhöht werden, erklärte Schmidt bei Regierungsantritt. Es wäre verfehlt, darin *nur* den Köder zur Durchsetzung verschärfter Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat zu sehen. Tatsächlich bereiten dem Geschäftsführer der Kapitalistenklasse die sinkenden Geburtenziffern einige Probleme, die er mit einem Teil der den Volksmassen abgepreßten Gelder lösen will. Aufschluß über die Art dieser Probleme gibt die Wehrdebatte im Bundestag.

Bei allem Gezänk sind sich die Bourgeoispolitiker einig: Der Wehretat wird aufgestockt, die „entsprechenden Erhöhungen (sind) genau aus diesen Beiträgen (der Mehrwertsteuererhöhung) zu zahlen“ (SPD-Abgeordneter auf Zwischenfragen von der CDU).

Mit wachsendem Einsatz verfolgt das westdeutsche Finanzkapital seine imperialistischen Ziele in der Welt. Es trifft Vorsorge, dieses Ziele letztlich durch Krieg durchzusetzen. Die Erhöhung des Wehretats, die Beschaffung ausreichender „Kanonen“ – das ist die eine Seite seiner Vorsorge. Die Sicherstellung von ausreichend Soldaten, die die Waffen bedienen sollen, von Kanonenfutter, die andere. Wenn die Verhältnisse, in denen die Lohnabhängigen leben, die Aufzucht von Kindern zunehmend unmöglich machen, dann muß dem eben nachgeholfen werden. Zahlen soll, in jeder Beziehung, das Volk: mit seinem Lohn, seinen Lebensbedingungen, seinem Nachwuchs. Es ist an der Zeit, den Imperialisten das Kriegshandwerk zu legen.

Streik der Müllabfuhr

Wolfsburg



Wolfsburg: Streik gegen das Angebot der Regierung wird begrüßt. „Wir die Auszubildenden der T 5 Zentralwerkstatt begrüßen die am Freitag den 18.2. durchgeführten Streikmaßnahmen der Kollegen aus den anderen Bereichen. Wir fänden es richtig am Donnerstag (also am nächsten Verhandlungstag) in allen Betrieben solche Aktionen durchzuführen, damit ein ausreichender Lohn durchgesetzt werden kann. Wir sind allerdings der Auffassung, daß mit der von der GTK aufgestellten Forderung nach 8 % mehr Lohn dies nicht zu erreichen ist. Wir sind dafür, daß erneut über die Forderung beschlossen wird. 170 DM sind hier richtig, auch an dem Urlaubsgeld muß man unbedingt festhalten.

... am nächsten Verhandlungstag) in allen Betrieben solche Aktionen durchzuführen, damit ein ausreichender Lohn durchge-
auch an dem Urlaubsgeld muß man unbedingt festhalten.

Wolfsburg. Am Freitag, den 18.2., versammelten sich alle Arbeiter aus dem Straßen- und Bauamt, die Müllfahrer, Angestellte wie auch einige Beamte, vor dem DGB-Haus. Sie hatten Transparente, auf denen sie die Ablehnung des Regierungsangebots ausdrückten, unter anderem wurde die Forderung nach Urlaubsgeld bekräftigt. Um sich zu beraten, zog man ins Gewerkschaftshaus. Immer mehr Arbeiter und Angestellte versammelten sich. Das machte den Unentschlossenen Mut und festigte die Entschlossenheit zum Streik. Doch zum Streik hatten die Sozialdemokraten die Demonstration nicht organisiert, schon gar nicht für einen ausreichenden Lohnabschluß. „Man muß das Urlaubsgeld auf alle Fälle durchsetzen“, betonten sie in ihren Reden.

Der Vorschlag eines Arbeiters, jetzt zum Rathaus zu ziehen, wurde mit Beifall bedacht, mit den Fahrzeugen wurde auf den Rathausvorplatz gefahren und in die Bürgerhalle marschiert. Im Rathaus standen die Beschäftigten in den offenen Türen und applaudierten der Demonstration zu, während sich der Rechtsexperte der Stadtverwaltung eiligst verzog, als die Arbeiter ihn gewahr wurden. Der Oberstadtdirektor zog es erneut vor, gar nicht zu erscheinen. Er hatte sich in der Nacht zuvor bei den SPD-Gewerkschaftsführern über die Vorbereitung zur Demonstration informiert. Die Arbeiter forderten Hasselbring auf, ein Telegramm an den Innenminister zu senden, in dem der Streik angedroht wird, falls das Urlaubsgeld nicht gezahlt wird. Im VW-Werk wurde mit 6,9 % abgeschlossen, man wolle mindestens genau so hoch abschließen, war die Meinung. Die Sozialdemokraten hatten aus guten Gründen verschwiegen, daß bei VW mit mindestens 128 DM abgeschlossen worden war. Mit einem minutenlangen Hupkonzert verließen die Arbeiter den Rathausplatz.

Die Sozialdemokraten haben die Demonstration organisiert, um Dampf abzulassen. Mit dem Kampf um das Urlaubsgeld wollen sie die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in die Niederlage führen. Zwar stand das Urlaubsgeld im Mittelpunkt der Aktion, nur Dampf abgelassen wurde nicht. Im Gegenteil, die Bedingungen sind jetzt günstiger. Denn die Kampfkraft ist um vieles größer, als es etwa einem Abschluß von 5,2 % und 100 DM Urlaubsgeld entsprechen würde. Durch den Streik und die Demonstration haben sich die Bedingungen für die Gesamtmitgliederversammlung der ÖTV am Montag verbessert. Von der Gesamtmitgliederversammlung wurde vor der Beschlußfassung durch den ÖTV-Vorstand die Forderung nach 150 DM aufgestellt. Daran und an der Kampfkraft wird man anknüpfen können, um die richtige Lohnforderung von 170 DM zu beschließen und an den großen ÖTV-Streik von 1972 in Wolfsburg zu erinnern. Damals hatte man sich mit Streik gegen den Dienstherrn mit 180 DM durchgesetzt. In diesem Jahr ist es nicht anders möglich.

Die Erinnerung wird wach, das haben der Streik und die Demonstration bewirkt. – (vs, Wolfsburg, wk)

Für 170 DM Festgeld wird gekämpft

Post Göttingen

Göttingen. In der Ausbildungsstelle des Fernmeldeamtes Göttingen schließen sich die Lehrlinge für 170 DM Festgeld, 60 % davon für alle Lehrlinge, also 100 DM, zusammen. Dienstag wollen sie in der Kantine eine Protestversammlung durchführen, um sich auf diesen Forderungen zusammenzuschließen und den Streik vorzubereiten. Dem Dienstherrn soll die Rechnung präsentiert werden.

Der Dienstherr ist kräftig dabei, kräftig zu rationalisieren. Ganze Lehrjahre haben so in einer Nebenabrede unterschreiben müssen, daß sie nicht als Fermeldehandwerker, sondern in den Postdienst übernommen werden. Manche mußten unterschreiben, daß sie nicht übernommen werden. Gleichzeitig gibtes das Gerücht, daß die in den Postdienst übernommenen Fernmeldehandwerker nicht weiter den Lohn eines Fernmeldehandwerkers beziehen sollen. Kommen sie dann zurück in den Fernmeldedienst, wird man sie daran gewöhnt haben, denkt das Bundespostministerium

In unserem Berufskundebuch, herausgegeben vom Hauptvorstand der DPG, steht über das Ziel der Ausbildung: „Den Kampf für seinen späteren Erfolg führt der Fernmeldehandwerker bereits während seiner Ausbildung. Je mehr er vom ersten Tag an lernt, und so sein Wissen und Können vermehrt, desto leichter hat er es später bei seiner beruflichen Entwicklung“. Einen Kampf führt der Auszubildende um die Punktezahl, mit der seine Arbeit bewertet wird. Von Null bis 100 Punkten wird jede Arbeit, jeder Handgriff eingestuft. Im Ausbildungsabschnitt Sprechstellenbau sind für die einzelnen Bauaufträge Zeiten festgelegt. wird in der vorgeschriebenen Zeit der Bauauftrag nicht ausgeführt, werden sechs Punkte abgezogen. An unserem ersten Bauauftrag haben wir im Durchschnitt 18 statt acht der vorgeschriebenen Stunden gesessen. Um nun den Grundstock für seinen späteren Erfolg zu legen, soll jeder den anderern ausstechen und der erste sein wollen. Ständig wird mit den Punkten herumgewedelt. Uns wird vorgehalten, 50 % der Gruppe seien sowieso fehl am Platze. Schon in der Ausbildung soll der Widerstand gebrochen werden, um danach um so mehr herauszuholen.

Im Lohnkampf wurde ein Lehrling vom Stellen- und Dienstvorsteher allein für die Tatsache zurechtgewiesen, daß er sich so geäußert hatte, Streik für 135 DM sei notwendig. Lehrlinge hätten aber kein Streikrecht. Das ist ein deutlicher Vorgeschmack. Die Lehrbeamten in der Ausbildungsstelle haben zum Beispiel die besondere Pflicht, unsere Köpfe damit zu bearbeiten, um zu verhindern, daß Streik im Unterricht diskutiert wird.

Trotz der Drohungen des Amtsvorstehers haben 25 Lehrlinge unterschrieben, in einem Brief an den Hauptvorstand der DPG, daß man für 170 DM Festgeld streiken muß. Dazu braucht man eine Einheit für 170 DM Festgeld, 60 % davon für Lehrlinge. Um diese Einheit kämpfen die Lehrlinge. Auf der Protestversammlung am Dienstag soll die Einheit erzielt werden. „Während bei den unteren Lohngruppen rationalisiert wird, werden die Aufsichtsposten verdoppelt und verdreifacht.

Während die Masse der Beschäftigten also immer mehr arbeiten soll, wächst das Aufsichtspersonal, das ihre Arbeit überwachen soll. Es mißt, regiert und unterdrückt. Dafür soll es noch mehr Gehalt kriegen. Dagegen sind wir. Während rationalisiert wird, und die Mehrarbeit wächst, sollen wir nach der Ausbildung nicht als Fernmeldehandwerker übernommen werden. Hat die Regierung erst einmal Lohnraub durchgesetzt, 8 % erst auf 5,2 % runter, denkt sie es mit der Rationalisierung um so leichter zu haben. Wir fordern deshalb 170 DM für alle und 100 DM für alle Lehrlinge gleich.“ – (ps, Zelle Post Göttingen)

Göttingen. In der Kraftfahrzeugstelle wird nun schon über mehrere Jahre rationalisiert. Selbst eine Bemessung, die 1975 durchgeführt wurde mit dem Ziel, in der Dienststelle zu rationalisieren, ergab einen Fehlbestand von 15 Kräften, da von 34 Dienstposten nur 19 besetzt sind. Gegen diese Rationalisierung wehrt sich die Dienststelle. Es kommt immer häufiger zu Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitern und der höheren Dienstaufsicht, die die Rationalisierungen durchdrücken und den Beschäftigten immer mehr Arbeit aufzuhalsen, z.B. versucht sie, die erkämpften Pausen zu kürzen. Durch den Zusammenschluß der Beschäftigten ist es gelungen, den Einstellungsstop zu beseitigen, so daß in diesem Monat drei Kfz-Schlosser eingestellt werden.

Dortmund. Am Dienstag, den 22.2. demonstrierten ca. 1 000 Krankenpflegeschü ler und Auszubildende der Stadt Dortmund, um zu fordern: „ 170 Mark mehr Lohn – 8Prozent sind ein Hohn“. Der Demonstrationszug führte zum Stadthaus, um dort den Personalreferenten Rüttel, der in der Verhandlungskommission des Dienstherrn sitzt , zur Rechenschaft zu ziehen und der Forderung Nachdruck zu verleihen. Während der Kundgebung vor dem Stadthaus reihten sich ca. 500 Beschäftigte anderer Dienststellen spontan ein. Der meistgerufene Sprechchor war: „Maihofer heißt er, uns bescheißt er.“ Unter folgenden Forderungen wurde demonstriert: „Krankenpflegeschüler machen Dampf, unsere Antwort, die ist Kampf. Die Sauerei ist riesengroß, auch Schüler brauchen jetzt mehr Moos. Null Prozent ist nur Hohn, auch Krankenpflegeschüler brauchen Lohn. Jeder sich die Frage stellt, wo bleibt unser Urlaubsgeld? Für uneingeschränktes Streikrecht. Prozente sind ne Falle, Festgeld her für alle.“

Mülheim. Am Dienstag, den 22.2. haben mehrere 100 Beschäftigte der Mülheimer Stadtverwaltung, Straßenbahn und Müll gestreikt, von 10 Uhr bis 10 Uhr 45. Mit Müllautos haben sie die Zufahrtsstraßen in der Innenstadt blockiert und haben mit der Bevölkerung diskutiert. Insbesondere wurde die Forderung nach Urlaubsgeld erhoben und das Angebot von 5.2 Prozent zurückgewiesen.

Bochum. Am Montag, den 21.2. haben die Beschäftigten des Krankenhauses Bergmannsheil gestreikt. Gefordert wurde das Urlaubsgeld. Insbesondere war die Streik ein Protest dagegen, daß die Krankenpflegeschüler leer ausgehen sollten und gegen das 5,2 Prozent Angebot.

Göttingen. Die Personalversammlung der Nervenklinik hat am 16.2. eine Resolution an die Große Tarifkommission der ÖTV und an den Haupt- und Kreisvorstand der ÖTV beschlossen, in der das 5,2 %-Angebot der Regierung als unverschämt zurückgewiesen wird und die Bereitschaft, die Interessen der Beschäftigten auch mit Kampfmaßnahmen durchzusetzen, bekräftigt wird. Weiter heißt es: „Die Forderung von 8 % und 300 DM Urlaubsgeld ist nicht geeignet, die notwendige Einheit gegen den Dienstherrn herzustellen. Wir lehnen daher die Einheit mit der Dienstaufsicht, die die Rationalisierung durch Antreiberei durchzusetzen hat, entschieden ab. Deshalb fordern wir die Große Tarifkommission auf, ihren Beschluß zu korrigieren und eine Festgeldforderung von 170 DM, 300 DM Urlaubsgeld und 50 DM für jedes Kind zu beschließen. Weiterhin fordern wir, keiner Schlichtung zuzustimmen und Kampfmaßnahmen einzuleiten. Den Kreisvorstand fordern wir auf, eine Protestversammlung am 24.2. für den Bereich der Kreisverwaltung Göttingen der ÖTV durchzuführen.“

Preetz (Holstein). Der Vertrauensleu-

Preetz (Holstein). Der Vertrauensleutekörper des Kreiskrankenhauses Preetz fordert die Große Tarifkommission auf, das 5,2 %-Angebot der Regierung zurückzuweisen, sich nicht auf Schlichtungsverhandlungen einzulassen, sondern die Tarifverhandlungen · abzubrechen und eine neue Tarifforderung in Form einer Festgeldforderung in Höhe von 175 DM zu beschließen.

Nordhorn. 1 500 Lehrer sind zum 1.2.77 in Niedersachsen in den neu eingeführten Vorbereitungsdienst übernommen worden. Der größte Teil von ihnen war vorher bereits mit 18/19-Stundenverträgen auf ein halbes Jahr befristet und für ein BAT-Gehalt von 1 000 bis 1 200 DM an den Schulen beschäftigt. Sie müssen jetzt anstelle der im Vorbereitungsdienst vorgesehenen 13,3 Stunden im Durchschnitt weiterhin 18/19 Stunden geben, ungeachtet der vier vollen Wochenstunden Seminar plus Vorbereitungszeit und Anfahrtszeit. Der Lohn der Lehramtsanwärter wird weiter gesenkt. Statt der bisher ausgezahlten 1 000 DM bis 1 500 DM erhalten sie, soweit sie nicht über 26 Jahre oder verheiratet sind, 1 082 DM, nach Abzügen netto etwa 800 DM bis 900 DM. Gleichzeitig wird die Kontrolle der Lehramtsanwärter durch den Dienstherrn verstärkt.

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat die Parlamente und Länderregierungen aufgefordert, ein allgemeines 10. Schuljahr an Sonder- und Hauptschulen einzuführen. (Süddeutsche Zeitung, 16.2.)

Diese Aufforderung ergeht just zu dem Zeitpunkt, wo sich der Kampf an den Schulen sprunghaft entfaltet gegen das Notensystem, die Auslese und Unterdrückung, gegen Schulgesetze, und die Forderung nach Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr
Der Hauptvorstand der GEW macht zur Einführung des 10. Schuljahres gleich einen Finanzierungsvorschlag, der der Bourgeoisie die Richtung aufweist, die die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft unterstützen werden. Eine Sondersteuer soll von allen Einkommenssteuerpflichtigen erhoben werden, die mehr als 3 500 DM verdienen.

Das 10. allgemeine Schuljahr kann ja auch das Berufsgrundbildungsjahr sein. Und die Sondersteuer trifft nicht die Kapitalisten, die sowieso kaum Steuern, erst recht keine Einkommenssteuern, zahlen. Es ist ein Vorschlag zur verstärkten Schröpfung der Volksmassen, denn aus 3 500 DM, die zusätzlich besteuert werden, können leicht 2 500 DM oder 2 000 DM werden.

„Allein in der vergangenen Woche sind wieder rund 1 000 schwarze Schulkinder aus Rhodesien nach Francistown in Botswane geflohen", stellt die südafrikanische Kolonialistenzeitung Rand Daily Mail beunruhigt fest.

ZANU-Spendenkonto, Volksbank Mannheim, Nr. 106 83 26. Erneut konnten 102 000 DM an die ZANU weitergeleitet werden für die Versorgung der Lager der Befreiungskämpfer in Mozambique.

Niedersachsens Kultusminister Remmers „befürwortet" eine „Vergütung im Berufsgrundbildungsjahr in der Höhe der Ausbildungsvergütung des ersten Lehrjahres". (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 16.2.)

Was hat es mit dieser „Vergütung" auf sich? Bisher sind aus Sicht der Kapitalisten erst relativ wenig Jugendliche in die Berufsgrundbildungsjahre gesteckt worden (3 500) – und das auch nur mit Zwang und Unterdrückung, denn bei Verweigerung des Eignungstests oder des Lehrgangs wurde dem Jugendlichen die Arbeitslosenhilfe gestrichen. Die Kapitalisten wollen mit dem Berufsgrundbildungsjahr indes erreichen, daß ihnen die jugendliche Arbeitskraft frühzeitig und billig zur Verfügung steht, und das in großem Umfang. Nach dem Berufsgrundbildungsjahr unterliegt der Jugendliche nicht mehr der Schulpflicht, und er steht dann ununterbrochen dem Kapitalisten zur Ausbeutung zur Verfügung.

Mit der Vergütung des Berufsgrundbildungsjahres soll der Widerstand der Jugendlichen gegen diese Maßnahme gebrochen werden. („Berufsgrundbildungsjahr ist eine echte Alternative zur Lehre", werden die bürgerlichen Politiker sagen.) Gleichzeitig läuft der Vorschlag aufs gleiche hinaus, was schon die Länderminister für die überbetriebliche Ausbildung gefordert haben, nämlich ein BAFöG zu zahlen, womit die Jugendlichen und die Arbeiterfamilien der staatlichen Kontrolle und Unterdrückung unterworfen werden sollen.

Für die Kapitalisten bringt dieser Vorschlag weitere Möglichkeiten der Spaltung von Jugendlichen in der Ausbildung und im Berufsgrundbildungsjahr, besonders hinsichtlich der Lohndrückerei und Antreiberei.

Wahlstedt. Die Jugendlichen in Wahlstedt haben sich im Februar 1976 ein selbstverwaltetes Jugendzentrum erkämpft. Sie nutzten es, um ihre Interessen

„Wir werden Befreiungskämpfer"

„400 Schüler von Botswana entführt", schrieb die bürgerliche Presse Anfang des Monats. Endlich meinten sie afrikanische Beweise ausschlachten zu können, um die Befreiungskämpfer als Verbrecher gegen das Volk von Zimbabwe hinstellen zu können. Die Kinder Zimbabwes haben ihnen in die Suppe gespuckt, ihre Lügen haben sie zerfetzt und entschieden die gerechte Sache des Volkes von Zimbabwe verteidigt, wie das folgende Interview des bürgerlichen Journalisten James Mac Manus aus der amerikanischen Zeitung „Washington Post" zeigt. In ohnmächtiger Wut überschrieb er es mit „Nachwuchskiller aus der Schule".

James Mac Manus in Francistown, Botswana, trifft sich mit den Missionskindern.

„Wir werden Befreiungskämpfer", sagt der vierzehnjährige Junge. „Wir sind dabei, uns Gewehre zu beschaffen, um unsere Feinde zu töten." An der Rückseite eines staubigen Lieferwagens beschrieb der Junge Rapelang Ngwenya, wie und warum er und 383 andere Missionsschüler die Manama Lutherische Missionsschule in Rhodesien verlassen haben.

Um uns versammelt waren 70 Mädchen und 30 Jungen, alles Teenager. Die meisten hatten noch ihre rot-weiße Schuluniform an. Sie hatten, ohne sichtbare Reue, ihre Familien, Freunde und Ausbildung hinter sich gelassen.

Vor sich, so hofften sie, lagen die Gewehre, die sie für einen Krieg ausrüsten sollten, für den sie wenig oder keine persönliche Erfahrung mitbrachten. In einem Punkt gab es in der ganzen Gruppe keinerlei Differenz, daß sie aus freien Stücken entkommen waren und ohne Ermutigung oder Begleitung durch Guerillas. Nur ein Junge hatte überhaupt schon einen bewaffneten Untergrundkämpfer gesehen, und das hatte ihn, Bernard Mcheweto, wie er sagte, ziemlich in Angst versetzt.

Bernard berichtete, daß seit dem Beginn der Schulzeit am 26. Januar alle in der Schule von nichts anderem als über Pläne für eine Massenflucht aus Rhodesien geredet haben. Die Landkarten in der Schule wurden aufmerksam studiert, um eine Marschroute durch den weglosen Busch zu planen.

er sagte, ziemlich in Angst versetzt.
Bernard berichtete, daß seit dem Beginn der Schulzeit am 26. Januar alle in der Schule von nichts anderem

Kinder, die zwischen der Mission und der Grenze wohnen, wurden ausgewählt, damit sie den Zug durch das erste, gefährlichste Wegstück steuerten. „Danach marschierten und marschierten wir halt drauflos, wobei wir nicht so richtig wußten, wo wir eigentlich waren, bis wir dann auf ein Dorf in Botswana stießen und die Bewohner ihre Chefs riefen."

Die Sonntagnacht war gewählt worden, weil niedrig hängende Wolken den Mond bedeckten und das Risiko der Verfolgung durch die rhodesischen Sicherheitsstreitkräfte verminderten.

Der 14jährige, der eher wie 10 aussah, konnte seine Ungeduld kaum verbergen über die Beschreibung des älteren Schülers über die Motive der Schüler für den Massenexodus. Bernard sagte ohne jede Spur von Gefühlsregung: „Wir werden ganz bestimmt zurückkehren, um die Soldaten Smiths zu töten, jeden, der für die Regierung arbeitet. Es gibt gute Weiße, wir wollen nur die schlechten töten." „Wir alle beschlossen wegzugehen, obwohl ein Ausschuß (von zwei Schülern) beschloß, wie wir es durchführten."

Hatte ihnen jemand gesagt, was sie sagen sollten? „Nein", kam die Antwort in einem schallenden und mit Gelächter vermischten Chor. Ja, sie hatten die Männer Nkomos getroffen am Morgen des Tages, aber ihnen wurde nur gesagt, daß sie nach Sambia gehen würden (von Botswana). Hatten sie wirklich keine Guerillas am Abend des Tages gesehen, an dem sie alle aus ihren Schulschlafsälen strömten durch die Tore in den Busch? Wieder war die schallende Antwort: „Nein!" An dieser Stelle fiel Meister Ngwenya, der jüngste geflüchtete Junge, ein: „Ich bin abgehauen, weil die Soldaten ständig hinter uns her waren. Sie warteten vor der Schule, wenn man bloß in einen nahen Laden ging, und forderten dann schon einen Ausweis. Nun, ich habe keinen Ausweis bekommen. Kann sein, weil ich zu jung bin, sie schlugen mich dann regelmäßig. Sie sagten, ich sei ein Terrorist, und fragten, wieso ich nicht in der Armee sei und gegen die Terroristen kämpfe. Wir sind keine Terroristen. Wir sind Befreiungskämpfer. Wir wollen uns den anderen anschließen."

„Die anderen", das ist ein gebräuchlicher Ausdruck unter den jugendlichen Afrikanern in Rhodesien zur Bezeichnung der nationalistischen Untergrundkämpfer oder zumindest derjenigen, die illegal das Land verlassen haben, um sich den Guerillakräften anzuschließen.

Der überraschendste Aspekt dieses Zusammentreffens, das geringfügig von der Polizei Botswanas beobachtet wurde, war die grimmige Bestimmtheit, mit der die Mädchen hofften, Guerilla-Kämpfer zu werden. Susan Munhamo, ein attraktives 17jähriges Mädchen aus Salisbury, hatte einmal gehofft, eine Krankenschwester zu werden. Jetzt sagt Susan: „... Wir sind dabei, Befreiungskämpfer zu werden, und wir wissen, was das heißt. Ich habe nichts dagegen, jemanden zu töten, weil, Sie müssen sehen, was Smith unserem Volk antut. Wir wollen uns selber regieren und wir werden unsere eigenen Führer wählen, wenn wir gesiegt haben."

Befragt, ob sie ihre Familien vermissen werden oder umgekehrt, antwortete Susan für die Mädchen: „Wir werden sie erst vermissen, wenn sie tot sind. Sie sind zu alt, um zu kämpfen. Wir nicht. Sie werden sehr verärgert sein. Wir wissen das alle, aber irgend jemand muß doch den Kampf ausfechten." (...)



Wahlstedt. Die Jugendlichen in Wahlstedt haben sich im Februar 1976 ein selbstverwaltetes Jugendzentrum erkämpft. Sie nutzten es, um ihre Interessen zu organisieren, und fanden dabei Unterstützung bei der Sozialpädagogin Baum.

Der örtlichen Bourgeoisie wurde das Jugendzentrum schnell ein Dorn im Auge. Die erkämpften Fortschritte sollen zurückgenommen werden. Der Sozialpädagogin wurde gekündigt. Vorgeworfen wird ihr unter anderem „mangelnde Führungs- und Leitungsqualitäten", zu wenig „persönliche Distanz" zu den Jugendlichen „in Wort und Kleidung". 200 Jugendliche gehen zur öffentlichen Stadtvertreterversammlung, um dort ihre Forderungen zu vertreten. Dort haben sie die Politiker so in die Enge getrieben, daß sie den Raum verlassen haben.

Über 1 000 Unterschriften gegen die Entlassung der Sozialpädagogin und für die Fortsetzung der Jugendarbeit im selbstverwalteten Jugendzentrum sind innerhalb weniger Tage gesammelt worden. Die Eltern unterstützen diese Forderungen und bereiten gemeinsam mit den Jugendlichen eine Demonstration am 23.2. zur Stadtvertreterversammlung vor.

Bremen. An der Berufsschule kamen wir auf das Thema Arbeitssicherheit zu sprechen. Der Berufsschullehrer erzählte von einem Arbeitsunfall vor zwei Jahren. Die Arbeiter, einer Fremdfirma hatten zum Schleifen Pressluft benötigt. Durch die Unwissenheit der Kollegen wurde aber statt Pressluft Sauerstoff angeschlossen. Beim Schleifen in einem Kessel kam es zur Explosion. VierArbeiter verbrannten am lebendigen Leibe. Der Kommentar des Lehrers dazu war: „Das kommt, wenn jeder rumbastelt und Unsinn macht. Ausnahmsweise hat es mal die richtigen getroffen." Wir waren empört und hielten ihm entgegen, daß durch die verschärfte Arbeitshetze besonders in der Krise viele Arbeitsunfälle passieren. Ein Schüler zeigte auf, daß die Kapitalisten für ihre Profitinteressen über Leichen gehen, was an der Explosion des Winderhitzers besonders gut zu sehen ist, den die Kapitalisten nur notdürftig repariert und nach kurzer Zeit wieder angefahren haben. Dazu der Pauker: „Früher wurde weniger für die Arbeitssicherheit getan als heute. Wendet euch doch an den Betriebsrat." Und weiter der Pauker: „Schließlich gibt es noch die Berufsgenossenschaften und den TÜV." Aber auch hier setzte er sich in die Nesseln. Ein Lehrling sagte: „Da sitzen doch nur Unternehmer drin." Jetzt kramte er in seinen Erinnerungen. „Ich habe schon in vielen Betrieben gearbeitet. Einmal wurden wir gefragt: wollt ihr mehr Geld in die Lohntüten oder wollt ihr damit die sanitären Einrichtungen verbessern? Und alle haben gesagt: In die Lohntüte! Da sieht man es mal wieder." Doch wieder hatte er keinen Erfolg. Einhellig sagten die Auszubildenden: „Natürlich gehört das Geld in die Lohntüte. Wovon soll denn ein Arbeiter mit mehreren Kindern die Familie ernähren? Die sanitären Einrichtungen sollen die Unternehmer bezahlen."

Verödung der ländlichen Gebiete
Verstümmelung der Fähigkeiten der Arbeiterjugend

Warnstreik gegen Beurlaubung der Lehrerin Laub

Norden. Nach zahlreichen Protesten gegen die Beurlaubung von S. Laub, Wandzeitungen, Resolutionen und einer Demonstration durch Marienhafe hat sich nun eine Initiativgruppe zusammengefunden, die am Mittwochmorgen in einem Flugblatt vor der Schule zu einem Warnstreik aufgerufen hat, um die Aufhebung der Beurlaubung von S. Laub durchzusetzen. In der großen Pause fand dann eine Kundgebung der Initiative auf dem Schulhof statt. Die Notwendigkeit des Schulstreiks wurde begründet. Sofort bildete sich eine große Traube von Schülern um die Rednerin. Der Rektor kam und wurde von S. Laub aufgefordert, zu diesem Schüttelsieb Schule Stellung zu nehmen. Alles, was er jedoch herausbrachte, war: „Verlassen Sie das Schulgelände!" Ein Konzert aus Buh-Rufen und Pfiffen war die Antwort. Ein Mitglied der Initiative forderte daraufhin die Schüler auf, mit S. Laub zusammen das Schulgelände zu verlassen und durch Marienhafe zu demonstrieren. Etwa 120 Schüler und einige Lehrer folgten dem Aufruf. Es ging zuerst durch die Hauptstraße und dann zum Rathaus. Hier ist der Schulelternratsvorsitzende Burkert beschäftigt, der sich öffentlich in der Zeitung gegen Laub ausgesprochen hatte. Laut wurde die Forderung: „Burkert weg, hat kein Zweck" gerufen. Der Demonstrationszug kehrte zum Schulgelände zurück mit folgender Parole: „Laub muß her – kein Unterricht mehr." Inzwischen hatte Rektor Janssen auch die Polizei benachrichtigt, die ohne Erfolg versuchte, den Zug aufzuhalten. Auf dem Schulgelände forderte S. Laub die Schüler auf, die Klassen zu verlassen, um sich in der Pausenhalle zu versammeln. Fast sämtliche Schüler stürmten an die Fenster. Einige Lehrer schlossen die Klassenräume ab. Andere drohten mit Klassenbucheintragungen oder Strafarbeiten. Eine Lehrerin versuchte sogar, einen Schüler an den Haaren festzuhalten. Er riß sich jedoch los. Wieder andere Schüler kletterten aus dem Fenster. Die Lehrer versuchten dann, die Schüler einzeln einzuschüchtern und im Schulgebäude einzuschließen. Der Rektor rannte mit ausgebreiteten Armen über den Schulhof, um die Schüler in die Klassenräume zu treiben. Dieses Mal ist es noch gelungen, eine große Versammlung in der Pausenhalle zu verhindern. 36 Schüler jedoch zogen mit S. Laub zur nächsten Kneipe, um die nächsten Schritte zu beraten. Die Initiative hat nun beschlossen, der Regierung ein Ultimatum bis zum 1.3. zu stellen, um dann einen neuen Streik zu organisieren.

Die Arbeiterjugend geht immer stärker gegen dieses Schulsystem an. Das hängt zusammen mit der Funktion der Schule: Ausrichtung auf ein Leben als williger, gutausbeutbarer Arbeiter und dem Mittel dazu: der Auslese durch das Notensystem.

In der Hauptschule Marienhafe sieht diese Auslese folgendermaßen aus: Marienhafe liegt im Herzen einer Samtgemeinde, die aus insgesamt sieben Dörfern besteht. Der Ort liegt an einer alten Handelsstraße, und deshalb sind hier das Kleinbürgertum und einige Kapitalisten ansässig. Hier gibt es mehrere Kneipen, Sportplätze und vor allem eine häufig verkehrende Buslinie, mit der man die Städte Norden, Emden und Aurich erreichen kann. In den umliegenden Dörfern gibt es nur zweimal am Tag eine Verbindung zur Stadt, einige Kneipen und einen kleinen Sportschulplatz. Hier leben fast nur Arbeiter, einige Kleinbauern, und ein paar Geschäfte gibt es hier. Die Arbeiter sind zum großen Teil Pendler. Sie arbeiten im Handwerk, Baugewerbe, bei VW Emden oder Thyssen. Diese Dörfer lohnen sich nicht für die Investitionen der Kapitalisten, und sie sind so völlig verödet. Von dieser Verödung sind besonders betroffen die Dörfer Wirdum, Leezdorf, Rechtsupweg, denn sie liegen am weitesten von Marienhafe entfernt. Die Verödung dieser Arbeiterdörfer spiegelt sich deutlich in den Zensuren der Schüler wider. Die Klasse von S. Laub stammt aus Rechtsupweg. Schon am Ende der 4. Grundschulklasse hatten von den 33 Schülern 16 eine Fünf oder Sechs in Rechtschreibung. Dies begründet sich daher, daß die Schüler mit der plattdeutschen Sprache aufwachsen, die Grundschule dann aber von ihnen verlangt, eine Sprache schreiben zu lernen, die sie gar nicht beherrschen. Die Hauptschule aber setzt die Fähigkeit des Schreibens voraus. Das heißt, die Tests und Aufsätze in Fächern wie Deutsch und Englisch werden vielfach gleich mit Fünf oder Sechs bewertet, wenn der Schüler die hochdeutsche Sprache nicht so „ausgeschmückt" anwenden kann.

Sieben der 33 Schüler waren die Grundbegriffe des Rechnens erst gar nicht beigebracht worden. Sie hatten von Anfang an eine Fünf. Hier sind also von vorneherein 12 Schüler aussortiert worden. In Leezdorf hatten 1970 1 045 einen Volksschulabschluß und 11 Abitur/mittlere Reife, in Marienhafe hatten 1970 501 einen Volksschulabschluß und 88 Abitur/mittlere Reife, in Rechtsupweg hatten 1970 1 101 einen Volksschulabschluß und 15 Abitur/mittlere Reife und in Wirdum hatten 543 einen Hauptschulabschluß und 21 Abitur/mittlere Reife. 40 % verlassen diese Hauptschule Marienhafe ohne Hauptschulabschluß und dieses Ergebnis steht bei 30 % der Schüler schon nach der 4. Klasse fest.

20 000 Arbeitslose gibt es zur Zeit in Ostfriesland, die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen wird schamhaft verschwiegen. Die Arbeiterjugend weiß, daß die Noten das Mittel sind, um sie für ein Leben in Elend und Ausbeutung auszusortieren. Aussprüche wie „Warum soll ich das lernen, ich kriege ja doch eine Fünf", „Was wir da lernen sollen, ist Quatsch, das brauchen wir später gar nicht" „Mit ihren Noten wollen sie uns bloß unterdrücken, wir sollen alles glauben, was sie sagen" kann man täglich von den Schülern hören. Die Schüler bekämpfen diese Schule. Zwei Mal im letzten Halbjahr hat eine 9. Klasse den Unterricht offen verweigert. Bei Laubs eigener Klasse steht häufig im Klassenbuch „Unterricht war nicht möglich". Ein anderes Mal hat der Rektor eine Wandzeitung der Klasse von Laub, mit der sich gegen die Erhöhung von Klassenfrequenzen gewandt wurde, abgerissen. Kurz darauf hing an seiner Tür ein Zettel mit einem Totenkopf darauf und der Aufschrift „Du Schwein!"

Als in diesem Jahr in Laubs Klasse die Zeugniszensuren besprochen wurden und daß sie eben diese Einteilung in unterschiedliche Funktionen für die Kapitalisten bedeuten, sagten die Schüler: „Gib uns man allen die gleiche Note im Blockunterricht. Hier ist keiner was Besseres." – (sl. Norden)

„Es könnte ja mal zum Streik kommen"

Peine. Seit einigen Wochen steht das neue Berufsbildungszentrum im Stahlwerk Peine. In Presse und Betrieb wurde das vom Vorstand als „Verbesserung der Ausbildung" ausgegeben. Was es mit dieser „Verbesserung der Ausbildung" auf sich hat, haben die Auszubildenden schnell zu spüren bekommen: Die Schikane und Unterdrückung wurde verschärft, um die Antreiberei zu steigern und alle Poren des Arbeitstages zu schließen

In der alten Lehrwerkstatt war es üblich, daß die Lehrlinge 5 bis 10 Minuten vor der Mittagspause in die Umkleide- und Frühstücksräume gehen konnten, um ins Werksgasthaus zum Mittagessen gehen zu können. Sie hatten dadurch die volle halbe Stunde von 12 bis 12.30 Uhr Pause. Seit Anfang letzter Woche wurden die Ausbilder angewiesen, keinen vor Punkt 12 Uhr aus der Lehrwerkstatt zu lassen. Der Weg zum Werksgasthaus ist jetzt länger. Man schafft es also kaum noch, ins Werksgasthaus zum Essen zu gehen. Ebenfalls gestrichen wurden die 10 Minuten Waschzeit vor Arbeitsschluß. Der Hausmeister soll die Umkleideräume erst um 14.30 Uhr aufschließen.

Helle Empörung gab es unter den Lehrlingen. „Der Ruhe denkt wohl auch, er kann hier so richtig auf die Kacke hauen", sagen viele. Ruhe ist der Ausbildungsleiter. Er treibt die Lehrlinge, wenn sie z.B. mal eine Zigarettenpause machen, immer mit den Worten an: „Jede Minute der Ausbildung ist uns eben zu schade!"

20 bis 25 Elektriker-Lehrlinge nahmen in der letzten Woche ihre Ausbildungsmeister unter Beschuß. Ob ihnen denn nicht klar wäre, daß Druck Gegendruck erzeugt, fragten sie. Und: „Es könnte ja mal zum Streik kommen." Die Ausbilder wußten gar nicht, was sie machen sollten. Sie lenkten schnell ein. Sie würden nichts sagen, wenn die Lehrlinge halt etwas später vom Essen kämen, wenn sie es nicht schaffen und so läuft es jetzt auch. – (n,Peine/Red.)

„Wenn hier die Atommülldeponie gebaut wird, ziehen wir mit unseren Treckern auf den Bauplatz“

Am 22.2. gab Albrecht den sogenannten vorläufigen Standort für das Atommüllager und die Wiederaufbereitungsanlage bekannt: Gorleben, im Kreis Lüchow/Dannenberg. (Druck hatte Albrecht vom Kanzler Schmidt bekommen, endlich einen Standort zu bestimmen.) Notwendig war die Festlegung, um das imperialistische Energieprogramm voranzutreiben. Die Widersprüche in den eigenen Reihen der Bourgeoisie hatten zugenommen, und machten sich besonders an der Frage der sicheren Lagerung fest. Das soll jetzt beiseitegeräumt werden.

Gleichzeitig soll weiter Druck auf die Bewegung gegen das Energieprogramm der Bundesregierung ausgeübt werden, Albrecht appellierte dann in der Tagesschau am 22.2. auch an die Bürgerinitiativen „ihre Mitarbeit nicht zu versagen“. Die Volksmassen werden sich allerdings nicht von dem Schwindel „eines geregelten Verfahrens“, „eines Prozesses der Gewissensforschung“ (Albrecht) über das Abenteurertum der Bourgeoisie mit der Kernenergie betrügen lassen. Für Mittwoch ist ein Autokorso und für Samstag eine Treckerdemonstration zum geplanten Bauplatz angesagt. Ob Gorleben endgültiger Standort wird, ist nicht entschieden, an den anderen geplanten Standorten werden die Bohrungen bestimmt wieder aufgenommen, denn die Bundesregierung hat schon angekündigt zu überprüfen, ob nicht ein anderer Standort geeigneter sei. Auch das wird verhindert werden.

Interview mit einem Bauern aus Lichtenmoor

Ich habe einen Betrieb von ungefähr 25 ha Eigenland und habe etwa 5 ha dazu gepachtet. Wir betreiben vorwiegend Sauenzucht, nebenbei auch noch ein wenig Mast, was wir demnächst einstellen wollen, um uns auf die Zucht zu spezialisieren. Mein Vater, der ist allerdings auch schon 55, und ich bewirtschaften den Hof. Ich gehe dann noch nebenbei arbeiten, weil der Hof uns beide finanziell nicht tragen kann.

Warum seid ihr gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage?

Allgemein spricht dagegen die langjährige Lagerung, deren Sicherheit uns niemand garantieren kann. Wir sind in erster Linie die Betroffenen, die also mit sofortiger Wirkung einen finanziellen Schaden davon hätten in Form einer Rufschädigung; denn wer will schon Milch aus verseuchten Gebieten? Aus dem Schornstein kommen Stoffe, von denen man nicht weiß, wie sie z.B. in 10 Jahren wirken. Außerdem wird eine große Menge von Grundwasser für Kühlzwecke benötigt, ungefähr 1,2 Millionen Kubikmeter im Jahr, so daß der Grundwasserstand erheblich abgesenkt wird. Für uns wären diese Schäden ein erheblicher finanzieller Verlust. Je nachdem wie stark das ist, kann man natürlich letzten Endes daran kaputt gehen.

Haben hier im Lichtenmoor schon viele aufgeben müssen?

Das sieht so aus, wie überall in der Bundesrepublik. Größere Höfe, die sich spezialisiert haben, die machen das hauptberuflich, und andere, die gehen eben zur Arbeit nebenbei und machen das nach Feierabend. Nebenerwerb, was viele machen, ist eine unheimliche Maloche. Wenn man 8 Stunden in der Fabrik gearbeitet hat und dann nach Feierabend, wie sagt man, Mondscheinbauern, auf dem Trecker noch ein paar Stunden rumreiten soll, im Urlaub die Ernte machen und nach dem Urlaub, sozusagen Arbeitsurlaub, gleich wieder in die Fabrik, da macht man sich auf die Dauer kaputt. Das wäre für mich keine Lösung. Das macht man höchstens bis Vierzig oder Fünfzig, dann ist das aber vorbei.

Was habt ihr bis jetzt getan, um den Bau der Wiederaufbereitungsanlage zu verhindern?

Zu Anfang wurden die Probebohrungen verhindert. Dann wurde ein zweites Mal ein Platz besetzt, wo sie angeblich eine Wasserbohrung machen wollten für die Stadtwerke Hannover. Dann haben wir spontan den Platz besetzt und haben gesagt, wir wollten erst einmal genaue Angaben darüber haben, für wen das ist, und da hat sich zuletzt herausgestellt, daß das zum Zentralinstitut für Bodenforschung in Hannover geht und daß das für jedermann zugänglich ist, also auch für die KEWA. Auf Grund dessen wurde ihnen dann eben nicht gestattet, dort zu bohren.

In Heemsen wollten sie dann später eine Wetterstation bauen. Einen Betonsockel hatten sie schon in den Boden gelassen und einen zwei Meter hohen Zaun aufgebaut. Auf den Sockel sollte ein Container, der die Messungen macht für die Wiederaufbereitungsanlage. Wir haben dann darüber gesprochen, daß dieser Zaun überflüssig ist, und am Sonntag beim Spätschoppen habe ich dann erfahren, daß der Zaun eingerollt auf der Wiese gelegen hat. Am kommenden Montag haben wir dann sofort Besuch gehabt von so einem Kriminalbeamten. Er meinte, daß ein erheblicher Sachschaden entstanden sei, an die 10 000 DM wäre der Zaun wert, es läge nahe, daß die Bürgerinitiative Lichtenhorst den Zaun runtergerissen hätte. Dann haben wir ihn gleich ein bißchen hoch genommen und gesagt: „Dat de Brunst in Gang is un dat son Keiler denn jo ok allerhand mit umneiht. Un wenn et Harbst ward, denn hebbt de keih nich mehr so veel tau freten, denn brekt se schon mal ut. Un son Tun is denn ok kein Hindernis.“ Das hat er allerdings nicht lange mitgemacht und ist dann nach einer dreiviertel Stunde verschwunden, weil Presse und Fernsehen an dem Abend anwesend waren, und das war dann doch wohl ein bißchen zu hart.

Konkret haben wir, falls Lichtenmoor Standort wird, eine Treckerdemonstration am drauffolgenden Tage nach der Entscheidung für die Wiederaufbereitungsanlage geplant und dort werden wir erst mal demonstrieren, daß sie einen sehr starken Widerstand zu erwarten haben. Klar ist, wenn Lichtenmoor Standort wird, ziehen wir mit unseren Treckern auf den Bauplatz. – (gekürzt/Red.)





Westberlin. Als Probebohrungen für das geplante Kohlekraftwerk Oberjägersweg durchgeführt werden sollten, besetzten am Montag den 21.2. 500 Demonstranten zwei Stunden lang den geplanten Bauplatz. In **Grohnde** führten am 19.2. über Tausend eine Kundgebung am Bauplatz für das geplante Kernkraftwerk durch. Ebenfalls wurde der Platz besetzt. Auf einer Abschlußkundgebung wurde aufgerufen, eine große Aktion für den 19.3. vorzubereiten.

Berufskrankheiten in der Chemieindustrie

Bei Katastrophen wie in Seveso wird ziemlich offensichtlich, daß die Profitgier der Kapitalisten die Arbeiter und chend in ihrer Wirkung auf die menschliche Arbeits- und Lebenskraft untersucht – ebenso wie noch nicht schnitt, während die Arbeiter mit dieser Krankheit durchschnittlich vier weitere Jahre dem Benzol im Ver- zur Zeit nicht zu realisieren, sind zusätzliche Schutzmaßnahmen (z.B. individueller Atem- und Körperschutz

Berufskrankheiten in der Chemieindustrie

Bei Katastrophen wie in Seveso wird ziemlich offensichtlich, daß die Profitgier der Kapitalisten die Arbeiter und ihre Familien Leib und Leben kostet.

Dies ist aber nur der explosionsartige Ausdruck dessen, daß die Kapitalistenklasse, die die Arbeiterklasse ausbeutet, nicht dazu in der Lage ist, die Produktion zu beherrschen, weil nichts anderes als die Profitsucht sie leitet.

Der ständige Ausdruck dieser Unfähigkeit der Bourgeoisie sind die Berufskrankheiten, zu deren Anerkennung die Arbeiterklasse die Bourgeoisie erst durch lange Kämpfe zwingen mußte und immer noch zwingen muß.

Das, was sie erreicht hat mit ihrem Kampf, ist, daß die bürgerliche Klasse hier in Westdeutschland über 47 Berufskrankheiten öffentlich Buch führen muß.

Die Regierung, die die Bücher der Kapitalisten führt und somit auch dieses, mußte in ihrem Unfallbericht 1976 bestätigen, daß die Anzahl der angezeigten Berufskrankheiten ständig steigt. Die Arbeiterklasse hat die Kapitalistenklasse zur teilweisen Anerkennung der Folgen der Ausbeutung gezwungen und hat sie auch gezwungen, *teilweise* (und zwar genau zur Hälfte) für die *Folgen* zu zahlen.

Um dem zu entgehen, liegt der Bourgeoisie daran, möglichst wenige der Folgen der Ausbeutung anerkennen lassen zu müssen, und dies ist einer der Gründe, warum sie sich aller Gesundheitskommissionen und der Versicherungen bemächtigt hat.

In der Chemieindustrie sind nach Aussage der bürgerlichen Statistik die Anzahl der Berufskrankheitsfälle am niedrigsten. Sie betragen 6 Prozent der festgestellten Fälle (der anerkannten).

Um zu diesem Ergebnis zu kommen, machen sich die Kapitalisten die Eigenarten des chemischen Produktionsprozesses zunutze: Die Chemieindustrie ist der jüngste Zweig der industriellen Produktion, und sehr viele Verbindungen sind noch nicht hinreichend in ihrer Wirkung auf die menschliche Arbeits- und Lebenskraft untersucht – ebenso wie noch nicht vollständig untersucht ist, wie diese Naturkräfte für den Menschen nutzbar gemacht werden können. An solchen Untersuchungen haben die Kapitalisten kein Interesse. Sie haben nur insofern an Forschung und Untersuchung ein Interesse, solang es ihren Geldbeutel füllt.

Wie die Kapitalisten auf Kosten der Arbeiterklasse die Untersuchung der Wirkung von Chemikalien auf die menschliche Arbeits- und Lebenskraft hintertreiben, kann man am Beispiel Benzol deutlich sehen. Die „Umschau“, das Funktionärsorgan der IG Chemie, mußte im Jahre 1976 folgendes enthüllen:

„Der ICF (Internationale Föderation von Chemie- und Fabrikarbeiterverbänden) warnt vor der Verwendung von Benzol in der Industrie, weil das zur tödlichen Blutkrankheit Leukämie führen kann. Die ICF stützt sich dabei auf Studien, die auf Veranlassung des ICF Mitgliederverbandes United Rubber Workers in den USA durchgeführt wurden. (...)

Eine Sterberate, die mehr als 250 mal über der durchschnittlichen Rate für diese tödliche Blutkrankheit, myeloische Leukämie, liegt, wurde in einer vor kurzem von US-Bundesbehörden durchgeführten Untersuchung (...) entdeckt. (...)

Benzol wird zentral in der Herstellung von Kunstgummi benutzt. Die Studiengruppe schloß, daß Sterbefälle aufgrund verschiedener Krebsarten – einschließlich Leukämie – unter zwischen 64 und 72 untersuchten aktiven und pensionierten männlichen Arbeitnehmern in den Fabriken eine statistisch bedeutende Zunahme zeigten.

Sterbefälle aufgrund von Leukämie bei Arbeitern von 40 bis 64 waren zahlenmäßig dreimal so hoch wie bei der amerikanischen Bevölkerung im allgemeinen. Bei Lymphgefäßleukämie kam es zu siebenmal soviel Krankheitsfällen wie beim normalen Durchschnitt, während die Arbeiter mit dieser Krankheit durchschnittlich vier weitere Jahre dem Benzol im Vergleich zu anderen ausgesetzt waren. (...) Trotz dieser Enthüllungen wird Benzol weitgehend in der Gummiindustrie – häufig ohne die richtigen Schutznormen – angewandt.

Die ICF macht alle Mitgliedsverbände auf diese bewiesene Gefahr in der Gummiindustrie aufmerksam und fordert, die Benutzung dieser Chemikalie am Arbeitsplatz zu verbieten.

Eine Anzahl von Ländern hat seit langem die Benutzung von Benzol in der Industrie verboten. Die ICF will erreichen, daß es in allen Ländern verboten wird.“ (Umschau 4/76)

Die Kapitalisten hintertreiben nicht nur jegliche Untersuchung der Wirkung von Chemikalien auf die menschliche Arbeits- und Lebenskraft, sondern sie besetzen auch die Kommissionen, die die Richtlinien für Untersuchungen festlegen, um so von vorneherein zu verhindern, daß es zu Untersuchungsergebnissen kommt, die ihnen und ihrem Geldbeutel schaden könnten.

So schreibt die „Kommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe“ in der Untersuchung über die Maximale Arbeitsplatzkonzentration (MAK) über Benzol:

„Für Stoffe, deren Einwirkung nach dem gegenwärtigen Stand der Kenntnisse eine *Krebsgefährdung* für den Menschen bedeutet, enthält diese Liste keine Konzentrationswerte, da keine noch als unerhebliche Konzentration angegeben werden kann. Bei einigen dieser Stoffe bildet auch die Aufnahme durch die unverletzte Haut eine große Gefahr.

Wenn die Verwendung solcher Stoffe technisch notwendig ist, sind besondere Schutz- und Überwachungsmaßnahmen notwendig (...). Durch fortgesetzte technische Verbesserungen sollte erreicht werden, daß diese Stoffe nicht in die Luft am Arbeitsplatz gelangen bzw. direkt auf die hier tätigen Personen einwirken. Ist dieses Ziel zur Zeit nicht zu realisieren, sind zusätzliche Schutzmaßnahmen (z.B. individueller Atem- und Körperschutz, befristeter Einsatz im Gefährdungsbereich) erforderlich, damit die Exposition so gering wie möglich zu halten ist.“

(Aus: MAK, Herausgeber Deutsche Forschungsgemeinschaft; Ersteller: Kommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Stoffe)

Die Feststellung besteht darin, daß zwar klar ist, daß die Arbeiterklasse krank von dieser Produktion wird, um des Profites willen, der hier als technische Notwendigkeit getarnt ist, das aber so bleiben soll.

Von den 26 Mitgliedern dieser Kommission sind 13 Vertreter der Bayer-, BASF-, Hoechst- und Merck-Kapitalisten.

In den meisten größeren Chemiebetrieben wird Benzol als Grundstoff eingesetzt. Im Jahr 1974 wurden 1 151 000 Tonnen produziert und weiterverarbeitet.

Die Richtlinie zur Feststellung der Gefährdung durch bestimmte Stoffe wird von den Kapitalisten gemacht. Die Feststellung von den Folgen wird ebenfalls durch die Kapitalisten gemacht.

Nur der Kampf der Arbeiter kann daran was ändern. In diesem Lohnkampf reden die Kapitalisten und die Sozialdemokraten zu allem Überfluß noch viel darüber her, daß die Arbeiter den Lohnkampf sein lassen sollen, weil er doch nur dazu führe, daß die Kosten, die sie für die Folgen der Ausbeutung an die Versicherungen zahlen müßten, steigen würden, und daß der Lohnanteil, den sie für die Kapitalistenklasse und zu ihrer eigenen Unterdrückung an den bürgerlichen Staat zahlen müßten, dadurch steigen würde.

Man muß ihnen das zurückgeben. Man muß fordern, daß *sie* zahlen, so wie man fordern muß, daß die Arbeiter die Verwaltung der Versicherungen übernehmen. – (am)

Stoppt Asseschacht II. Kein Atommüll mehr in die Asse und anderswo! Keine Kernkraftwerke! Keine Wiederaufbereitungsanlagen, keine Atommülldeponien! Unter diesen Forderungen beteiligten sich etwa 100 Menschen am Aktionstag des Arbeitskreises Umwelt in Wolfenbüttel.

Der Aktionstag wurde bewußt am 19.2. durchgeführt, um die Aktion gegen das KKW in Brokdorf an diesem Frontabschnitt zu unterstützen. Ein Autokorso, ausgestattet mit den Forderungen des Arbeitskreises und den aktuellen Forderungen: Kein KKW in Brokdorf! wurde durch die Assedörfer durchgeführt und Kundgebungen abgehalten. „Da hätten wir schon vor 10 Jahren mit anfangen sollen, beim Beginn des Baus der Atommülldeponie.“

Auf der Abschlußkundgebung wurde von den Bewohnern der Assedörfer die Gründung einer Bürgerinitiative in der kommenden Woche beraten.

Der Butter-pro-Kopf-Verbrauch ist im letzten Jahr auf 6,4 kg (1975: 9 kg) zurückgegangen (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 4.2.). Der Grund liegt in den gestiegenen Preisen und dem Reallohnabbau. Zwischen 2 und 3 DM muß man für ein halbes Pfund Butter, je nach Qualität, zahlen. Gleichzeitig besteht eine Überproduktion von Butter. Der Butterberg wächst.

Der niedersächsische Landwirtschaftsminister Glup macht für diese Entwicklung die Bauern verantwortlich und plant eine Abgabe von 1 bis 2 Pfennig pro Liter Milch von den Bauern. Eine derartige nach dem Verursacherprinzip erhobene Abgabe wäre tragbar, sagte er (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 17.1.). Werte müssen vernichtet werden, damit die großen, zumeist staatlichen Molkereien auf dem Warenmarkt ihren Profit realisieren können. Die Bauern sollen mit der Abgabe helfen, den Molkereien einen lohnenden Profit zu sichern und gleichzeitig ihre eigene Existenz zu untergraben, denn wo Milchwirtschaft sich noch lohnte, ist es nicht möglich, einfach auf Ackerbau umzusteigen

Die Volksmassen bezahlen mit verschlechterten Reproduktionsbedingungen.

EG-Kommissar Gundelach will darüber hinaus auf der Agrarministerkonferenz in Brüssel am 14./15.2. Schlachtprämien für das Mästen und Schlachten von Milchkühen vorschlagen, um so die Milchproduktion zu drosseln. 1 500 DM bis 2 000 DM pro Kuh soll es geben. (Süddeutsche Zeitung, 10.2.77) Schon Mitte 1976 lag der Erzeugerpreis für Rinder unter dem des Vorjahres, während sich erheblich verteuert hatte. (Kieler Nachrichten, 8.2.)

Diese Maßnahme soll direkt zur Freisetzung der kleinen Bauern von Grund- und Boden und zur Konzentration der Land- und Milchwirtschaft in den Händen einiger weniger Großbauern beitragen. Denn die kleinen Bauern sollen zur Aufgabe der Milchwirtschaft gezwungen werden, abgespeist mit ein paar tausend Mark, die noch nicht einmel hinreichen, um die Schulden zu decken (allein in Schleswig-Holstein betragen die Dürreschäden 1976 400 Millionen DM) geschweige denn die notwendigen Investitionen für eine Rinderzucht tätigen.

Mark, die noch nicht einmel hinreichen, um die Schulden zu decken (allein in Schleswig-Holstein betragen die Dürreschäden 1976 400 Millionen DM) geschweige denn die notwendigen Investitionen für eine Rinderzucht tätigen.

Lübeck. In der medizinischen Hochschule Lübeck müssen die Frauen, die abtreiben lassen müssen, eine besonders demütigende und schikanierende Behandlung über sich ergehen lassen: Hat die Frau ein Gutachten von einer Beratungsstelle bekommen, daß eine Indikation vorliegt, muß sie sich von der Klinik noch ein zweites ausstellen lassen. Darüberhinaus wird die Frau noch besonders getestet, wie „ernst“ sie es meint. Erforscht wird mit „wissenschaftlichen Tests“ die „Persönlichkeit der Frau“. Einen Fragebogen „Zur Messung von Einstellungen zur Schwangerschaft, Sexualität und Geburt“ muß sie beantworten, außerdem Fragen zu Familienstand, Schulabschluß und Wohnortgröße. Denn „es ist für die Erfassung der Gesamtsituation wichtig, zu wissen, ob die Patientin eine Schwangerschaft grundsätzlich bejaht oder ablehnt.“ (Professor Oberheuser, Medizinische Hochschule Lübeck, im Ärzteblatt 1/77) Hat sie eine negative Einstellung zur Schwangerschaft, einfach weil sich die Familie kein zusätzliches Kind leisten kann, dann ist sie registriert, dann hat sich der Staat bis ins kleinste in die Verhältnisse der Familie eingemischt, und die Frau kann sehen, ob sie noch eine Klinik findet, wo sie eine Abtreibung vornehmen lassen kann.

Nordenham. Eine Untersuchungskommission hat im Auftrag des niedersächsischen Sozialministers die Schwermetallanreicherung bei Obst und Gemüse untersucht. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß in unmittelbarer Nähe der Blei-Zink-Hütte der Preussag AG der Bleigehalt gesunken ist pro Kilo Obst, in einer Entfernung von zwei Kilometern aber bis zu 9 Milligramm Blei im Obst festzustellen ist. (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 17.2.)

Die Umweltzerstörung in Nordenham ist auch mit diesen Untersuchungen nicht wegzuleugnen. Außer Blei wird täglich Eisen- und Asbeststaub freigesetzt. Ein neuangelegter Stadtwald geht kümmerlich ein, als es im Januar in Nordenham schneite, färbte sich der Schnee rot, weil bei Windstärke 3 bis 4 Eisenerz gelöscht wurde. Ca. 8 Prozent der Nordenhamer Kinder sind bleikrank, das heißt, sie haben so viel Blei in Blut und Knochen aufgenommen, daß gesundheitsschädigende Folgen auftreten.

Göttingen. Die Internatsgruppe und der Fachschaftsrat der Medizinstudenten haben beschlossen, sich in den Semesterferien wöchentlich zu treffen, um den bundesweiten Streik zur Durchsetzung des Ausbildungs- und Tarifvertrages im Praktischen Jahr weiter vorzubereiten.

Die akademischen Krankenhäuser im Raum Niedersachsen, für die Praktikanten vorgesehen sind, sollen aufgesucht werden, um dort mit Personalräten, ÖTV-Vertrauensleuten, Jugendvertretungen und Klassensprechern der Pflegeschüler über die berechtigten Forderungen der Medizinstudenten zu sprechen. Es wird angestrebt, daß auch die Kollegen sich an die Vorstände der ÖTV wenden, damit die Kampfmaßnahmen der Medizinstudenten von der Gewerkschaft unterstützt werden.

Beschlossen wurde, diese Besuche an den akademischen Krankenhäusern zu verbinden mit einer Untersuchung über die Arbeitsbedingungen, denen die PJler und Klinikbelegschaften unterworfen sind. Im Städtischen Krankenhaus Lüneburg ist herausgekommen: Der Chefarzt hat „sich dazu bereit erklärt", sie zum Geldverdienen Nachtwachen machen zu lassen. Eventuell, so der Chefarzt, müsse er dann allerdings einige bisherige Nachtwachen entlassen. Aber dieser Versuch mißlingt, durch materiellen Druck die Studenten einzusetzen als Spaltkeil in den Klinikbelegschaften. Die Streikvorbereitungen werden fortgesetzt.

Hannover/Kiel. Der Niedersächsische Landtag hat in der vergangenen Woche eine Erweiterung der Aufsicht des staatlichen Justizprüfungsamtes beschlossen bei Leistungskontrollen der Jurastudenten. Wie diese Leistungskontrollen eingesetzt werden, um die Studenten zu zwingen, sich den Standpunkt der Bourgeoisie einzupauken, zeigt das folgende Beispiel aus Kiel:

Anfang Februar wurde Jurastudenten aus Kiel ein Klausurtext „Übungen im Öffentlichen Recht" vorgelegt, in dem es unter anderem heißt: „Nach jahrelangen Verfahren ergeht endlich ein Urteil des BVerwG (*Bundesverwaltungsgerichts*), in welchem der Bau des Atomkraftwerks in Brokdorf für rechtmäßig erklärt wird. Am darauffolgenden Samstag kommt es zu einer ordnungsgemäß angemeldeten Demonstration in Brokdorf, an der 30 000 Menschen teilnehmen. ... Noch vor ihrem Ende geht den Veranstaltern durch Lautsprecher eine Verfügung des zuständigen Landrats zu, in welcher die Versammlung aufgelöst und der sofortige Abbruch des Feldgottesdienstes verlangt wird. Die Versammlungsteilnehmer leisten dieser Verfügung unter dem Druck eines starken Polizeiaufgebots Folge ...". Die Studenten sollten sich „in Öffentlichem Recht üben" und die „Rechtslage" klären. Die Fachschaftsgruppe Jura und Vertreter der Bürgerinitiative „Kein KKW an der Eckernförder Bucht und anderswo" stellten in der nächsten Übung den Professor zur Rede.

Bonn. Die zweite ordentliche Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften wurde vom Vorstand der VDS für den 20. März nach Köln einberufen.

Westberlin. Professor H.J.Dulce, Direktor der Klinischen Chemie am Klinikum Steglitz in Westberlin, geschätztes Jahreseinkommen 1,5 Mio. DM, Vorstandsmitglied des Bundes Freies Deutschland und neuerdings Besitzer eines neuen Jaguars für mehr als 50 000 DM, hat Anfang Januar den Volksmassen folgenden Ratschlag zu ihrer Ernährung gegeben: Man sollte weniger Fleisch essen, weil man durch zuviel Fleisch Nierensteine bekommen könne, weniger Kartoffeln, weil man davon zu dick werden könne, stattdessen es mit Milch und Gemüse versuchen, weil diese wertvolle Mineralien enthielten. In dem Maße, wie Fleisch für die Volksmassen unerschwinglich wird und auch die Kartoffelpreise bereits viele zum vermehrten Verbrauch von Mehlspeisen zwingen, finden sich auch solche Bougeoisideologen, die dies sogleich wissenschaftlich verbrämt als äußerst gesund und erstrebenswert anpreisen. Tatsächlich ist selbst bei einem Bougeois, der wie Dulce es sich leisten kann, ungeheure Mengen Fleisch zu verschlingen, die Entstehung von Nierensteinen höchstens theoretisch denkbar. Dagegen kann die Umstellung der Ernährung auf zu viel billiges Kohlgemüse durchaus schädlich sein. Nach Angaben von Chirurgen werden ältere Menschen in der letzten Zeit gehäuft wegen Darmlähmung operiert auf Grund zu vieler unverdaulicher Zellulosestoffe, wie sie Kohl reichlich enthält.

Braunschweig. Anfang Februar hatte der KSB Braunschweig zu einer Sammlung aufgerufen für einen von der ZANU benötigten Fotokopierer für 2 500 DM. Bei Aktionen in der Mensa der TU wurden 612 DM, in einem Politikseminar 10 DM gespendet. Auf einer Semesterabschlußfete wurden von den etwa 60 Freunden und Genossen bei einem Tischfußballturnier, einem Tortenwettbewerb, dem ZANU-Bazar und Versteigerungen noch einmal 762 DM gesammelt, sodaß bis jetzt 1 384 DM der erforderlichen Summe für den Kopierer zur Unterstützung der Patriotischen Front in Zimbabwe aufgebracht wurden. Die Generalunion Arabischer Studenten (GUAS) verlas auf dem Fest eine Solidaritätsadresse mit dem Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe.

Rohde: „Die BAföG-Entwicklung trägt der Entwicklung des Einkommens der Eltern Rechnung"

Braunschweig. „Was, Du mußt 400 bis 500 DM aufbringen, damit Dein Sohn studieren kann? Das ist 'ne Schweinerei!", äußerte sich die Empörung von VW-Arbeitern, als ein Kollege berichtete, was er aufbringen muß, damit sein Sohn studieren kann. Der Kollege ist Facharbeiter im VW-Werk, und da sein Lohn relativ hoch ist (ca. 1 700 DM netto), zahlt der Staat kein BAFöG für seinen Sohn, der in Braunschweig studiert. „ Eigentlich müßte er nach den Berechnungen ca. 70 DM bekommen, aber auch das ist noch nicht der Fall, weil die Zahlungen verzögert werden." „Das ist doch viel zu wenig", sagten die Kollegen. „Dafür müssen die Arbeiter auch eintreten, daß die Studenten mehr Geld kriegen." – Das ist richtig, meinten die Kollegen. – (p, VW-Zelle Wolfsburg)

Hannover. Bis 1974 wurde mir das BAFöG von 201 DM auf 334 DM erhöht. 1975 wurde es gekürzt auf 100 DM, seit Anfang 1976 bekomme ich garnichts mehr. Meine geschiedene Mutter muß allein für mein Studium und das meines Bruders aufkommen, weil mein Vater selbst drei Kinder zu versorgen hat. Ihr Nettolohn stagniert seit 1974. 1975 bezog sie 1 994 DM, 1976 noch 1 950 DM. Aus diesem Lohn muß sie nach dem BAFöG-Gesetz 1 000 DM als Unterhaltsgeld an meinen Bruder und mich zahlen. Der Kapitalist, bei dem meine Mutter arbeitet, weiß, daß sie auf ihre „Vertrauensstellung" angewiesen ist, weil meine Mutter anderswo weniger verdienen würde. Für sie bedeutet das, zahllose unbezahlte Überstunden in Kauf zu nehmen und bis zur völligen Verausgabung zu arbeiten. Ein chronisches Nierenleiden und eine Wirbelsäulenerkrankung wagt sie nicht auszukurieren und verschleppt ihre Krankheit, aus Angst, diese Arbeit zu verlieren.

Braunschweig. Der Fachschaftsrat Bau an der TU Braunschweig hat beschlossen, vom BAFöG-Amt die weitere Förderung eines Bauingenieurstudenten zu fordern. Der Student hatte den Antrag gestellt, die „Förderungs"dauer in seinem Fall zu verlängern, da er sich neben dem Studium um seine schwerkranke geschiedene Mutter kümmern müsse. Das BAFöG-Amt hat den Antrag abgelehnt.

„Die Krankheit der Eltern ... kann kein schwerwiegender Grund sein ... Die gelegentlichen Besuche des Studenten ... sind mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit überwiegend ... an den Wochenenden vorgenommen worden ..." (Aus dem Brief des BAFöG-Amts)

Für die Arbeiterfamilien soll das bedeuten, daß sie sich keine Krankheit leisten dürfen – der Sohn kann sich nicht um die Krankheit kümmern, ihm wird sonst das BAFöG gestrichen. – (hm/Red.)

Klinikchef Hartmann zum praktischen Jahr:

Der Tarifvertrag ist gegen das Wesen der Kollegialität

Hannover. An der Medizinischen Hochschule Hannover haben sich Vollversammlungen aller einzelnen Semester und die Uni-Vollversammlung für den Ausbildungs- und Tarifvertrag und für die Urabstimmung für Streik zur Durchsetzung der Forderungen der Medizinstudenten ausgesprochen. Die Stellungnahmen der Professoren und Chefärzte zu den Forderungen der Studenten sind ebenfalls eindeutig: „Wir unterstützen es, wenn Sie eine qualifizierte Ausbildung haben wollen, aber ein Tarifvertrag ist das schlechteste, was man sich vorstellen kann."

Warum sind sie gegen einen Tarifvertrag? Worin besteht die „qualifizierte Ausbildung"? – Eine der bedeutendsten Figuren, die sich für die Bourgeoisie den Kopf über „Didaktik und Methodik des Medizinstudiums" zerbrochen hat, ist Prof. Dr. med. Fritz Hartmann, Mitglied des Gründungsausschusses der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH)., Lehrstuhlinhaber und Direktor der Medizinischen Klinik der MHH. Es lohnt sich, seine Vorschläge näher zu untersuchen.

„Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter und Studenten sind nur Untergruppen einer gesellschaftlichen Gruppe, nämlich der Ärzte, nur in verschiedenen Stadien der Entwicklung." Folglich haben die Studenten nicht das Recht, koalitionsmäßig dem Staat und seinen hohen Beamten in Professorenrock und Chefarztkittel gegenüberzutreten, sondern mit diesen gefälligst zusammenzuarbeiten. Es „mag dem Studenten auch früh das Wesen der Kollegialität aufgehen, eines der vornehmsten Erziehungsziele."

In bezug auf das Praktische Jahr bedeutet dies: „Der praktizierende Student hat gegenüber dem früheren Medizinalassistenten den Vorzug, daß er in der Stationsarbeit vorwiegend Dinge tut, die seiner Ausbildung dienen. (...) Dieser Ansatz hat zur Folge, daß er den Status des Studenten beibehält. Als solcher ist er unfallversichert. Aber er entbehrt der Entlohnungen, die der Medizinalassistent für seine Mitarbeit bekam."

Der „Ansatz" besteht darin, die Arbeitskraft der Studenten umsonst vernutzen zu können. Das spart Kosten und wird zwangsweise durchgesetzt. Hartmann will drei Studenten des Praktischen Jahrs den Schein für Innere Medizin verweigern, weil sie „zu oft gefehlt hätten."

Hartmann rechtfertigt diese Unterdrückung damit, er müsse die „qualifizierte Ausbildung" der Studenten gewährleisten.

„Dort, wo Krankheit und Gesundheit als öffentliche Angelegenheiten aufgefaßt werden, wird durch staatliche Prüfungsverordnungen die geltende Strahlenschutzverordnung gelehrt. Sie sieht als Höchstgrenze eine jährliche Strahlenbelastung von 150 mrem vor. Als Empfehlung gilt eine Belastung von 60 mrem pro Jahr. Es gibt Untersuchungen, die errechnen, daß eine durchschnittliche weitere Gleichmäßigkeit des Ausbildungsniveaus erzwungen." Was sind das für Theorien, deren Erlernen „erzwungen" werden muß?

Prof. Hartmanns „kritische Medizin"

Hartmann hat das Wort: „Rationalisierung und Reduktion der Arbeitszeit werden eine Freizeithygiene erforderlich machen, damit nicht eine Freizeitpathologie und Freizeitmedizin erforderlich werden; etwa dadurch, daß an die Stelle der Arbeit die Genüsse von Essen, Rauchen und Trinken treten." „Freizeithygiene" bei Entlassungen und Kurzarbeit, damit die Arbeiterklasse nicht auf die Idee kommt, Essen und Trinken genießen zu wollen und das Arbeiten zu vergessen. Hartmann hat diese Theorie „kritische Medizin" genannt, damit der reaktionäre Charakter des „Forschungsergebnisses" dieses Herrenreiters nicht zu grell ins Auge springt.

Und wieder stoßen wir auf Prof. Hartmann: „Das Wort Kritik hat in den vergangenen Jahren eine gewisse Vereinseitigung dadurch erfahren, daß es von einem bestimmten Ansatz, unsere politische und Wirtschaftsordnung von Grund auf zu kritisieren und zu überwinden, beansprucht wurde." So soll es also nach Hartmann nicht gehen. Hartmann gibt ein weiteres Beispiel für die „kritische Medizin": „Der kritische Arzt, den die Sorge umtreibt, eine Verseuchung der Umwelt mit ionisierenden Strahlen könne den Menschen schaden, kann umso erfolgreicher wirken, je mehr er von der Natur der radioaktiven und Röntgenstrahlung weiß und die Biologie der Strahlenwirkung kennt."

Im Kurs der Radiologie und des Strahlenschutzes an der MHH wird die Belastung mit 60 mrem pro Jahr in der BRD zu jährlich 12 000 weiteren Fällen von Leukämie und anderen Krebsarten führt. Wenn als Höchstgrenze 150 mrem pro Jahr gilt, so sind also über 12 000 Krebserkrankungen im Jahr einkalkuliert.

Wenn ein Arzt „die Biologie der Strahlenwirkung kennt", ist er immerhin in der Lage, sich auszurechnen, was er bei Durchsetzung des Energieprogramms der Bundesregierung in Zukunft für Geschäfte mit Patienten machen kann, weil die Kapitalisten nicht in der Lage sind, die Kernenergie zu beherrschen.

Jusos und MSB: Auf der Linie Hartmanns

Manches scheinen Jusos und MSB direkt bei Hartmann abgeschrieben zu haben. Ihr ständiges Schlagwort zum Kampf ums Praktische Jahr: die „Dequalifizierung des Studiums". „Wenn die Qualität der Medizinerausbildung sinkt, sinkt die Qualität der ärztlichen Versorgung.", steht im AStA-Aufruf zur Urabstimmung zu lesen. So wird zwar Hartmann begründen, daß wir mehr büffeln müssen, aber wir werden so nicht den Streik für Tarif- und Ausbildungsvertrag begründen.

Einmal als der Bevölkerung nützlich eingeführt, erscheint die Ausbildung an der Hochschule als eine Gnade und der Streik, der gerade in der Verhinderung der Lehrveranstaltungen besteht, als Aberwitz. Folgerichtig erzählen die Opportunisten allerlei über den Streik, was er nicht kann: „Er übt keinen ökonomischen Druck aus". Daß er das könne, hat zwar noch niemand behauptet, aber für die Reformisten ist es immer gut, etwas zu finden, um zu behaupten, der Streik würde *überhaupt* keinen Druck ausüben. Derart bei der angeblichen Schwäche der Studenten angekommen, suchen sie einen starken „Bündnispartner" und haben ihn auch flugs gefunden: Die H 4-Beamten in Gestalt der „fortschrittlichen Professoren". Man merkt gleich, wie gut diese Leute das „Wesen der Kollegialität" begriffen haben und daß sie mit Koalitionsrechten der Studenten nichts im Sinn haben. Wird die politische Linie dieser Leute verfolgt, kann der Streik nicht erfolgreich geführt werden.

Wir werden den Tarif- und Ausbildungsvertrag im Streik durchsetzen können, wenn wir auf die eigene Kraft vertrauen. Der Streik ist der Zusammenschluß gegen die Methoden und Bedingungen, mit denen die Bourgeoisie uns zu ihren Funktionären abrichten will. Deshalb wird er eine große Kraft entwickeln. – (aus: Bezirksbeilage Hannover/Red.)

Wissenschaftsminister vom „Club of Rome"

„Regierung komplett", vermeldet die „Bild-Zeitung" am 17.2.. Einen Tag vorher war Prof. Pestel, bisher Lehrstuhlinhaber am Institut für Mechanik A an der TU Hannover, als neuer niedersächsischer Wissenschaftsminister im Landtag vereidigt worden. Die gesamte bürgerliche Presse streicht heraus, daß Pestel „das einzige parteilose Mitglied" (Frankfurter Allgemeine, 19.2.) der CDU/FDP-Landesregierung ist. Aber die Bourgeoisie hat sich schon den Richtigen ausgesucht. Als sein „wichtigstes Ziel" hat Pestel in einem Interview mit der „Bild" „ein neues Hochschulgesetz" bezeichnet. Er soll das Hochschulrahmengesetz in Niedersachsen durchsetzen. Wie er sich das vorstellt, hat er in diesem Interview auch gleich herausgelassen auf die Frage, was „künftig mit Studenten geschieht, die den Hochschulbetrieb stören": „Die Störung des Hochschulbetriebs beginnt für mich bereits bei Lärm. In harten Fällen werden die Studenten von der Universität verwiesen."

Nicht nur die Unterdrückung der Studentenbewegung soll Pestel betreiben. Er ist auch „eine wissenschaftliche Kapazität von weltweitem Ansehen" (Hannoversche Allgemeine, 13.1.). „Weltweit", damit ist gemeint, daß er sich verdient gemachat hat für die „wissenschaftliche" Rechtfertigung der Herrschaft des Imperialismus. Pestel ist führendes Mitglied des „Club of Rome", jener Vereinigung imperialistischer Wissenschaftler, die in den beiden Studien „Grenzen des Wachstums" und „Menschheit am Wendepunkt" einen Zusammenbruch der Weltwirtschaft voraussagen, wenn nicht das Wachstum, insbesondere der Bevölkerung in den Staaten der Dritten Welt, gebremst und eine internationale Planung und Zusammenarbeit geschaffen würden. Pestel kommt in der zweiten Studie, die er herausgegeben hat, zu dem Schluß, daß die Staaten der Dritten Welt „aus eigener Kraft kaum in der Lage sein dürfte(n). ... Ernährungskatastrophen zu vermeiden, ja, daß der Versuch, es allein zu schaffen, zu schlimmeren Katastrophen führen dürfte.". Man sieht: Direkt gegen den Befreiungskampf der Völker gerichtet ist seine imperialistische Wissenschaft. Er empfiehlt ihnen die „internationale Arbeitsteilung".

Verdient gemacht hat sich Pestel aber auch um die Ausrichtung der Wissenschaft und die Wissenschaftsförderung. Seit 1971 ist er Vizepräsident der „Deutschen Forschungsgemeinschaft", „Kuratoriumsmitglied der „Stiftung Volkswagenwerk" und des „Stifterverbandes der deutschen Wissenschaft". In dieser Zeit sind die Meeresforschung, die Atomenergieforschung sowie die Luftfahrt- und Raumtechnik an die Spitze der Wissenschaftsförderung gerückt. Das hatte Pestel schon 1968 gefordert auf einer Podiumsdiskussion in der TU Hannover.

„Zukunftschancen" heißt das neueste Buch von Prof. Pestel. Wir meinen: Um seine „Zukunftschancen" steht es nicht rosig. Im Januar demonstrierten 12 000 Studenten aus Niedersachsen in Hannover gegen eben das Niedersächsische Hochschulgesetz, das er durchsetzen soll. Das „Ansehen" und der „neue Glanz" dieses Wissenschaftsministers werden am Kampf der Studentenbewegung rasch zerschleissen. – (w, KHG Hannover)

Ein böser Fehler

Unter der Überschrift „Aufgepaßt! Faschistische Provokateure!" haben wir im letzten ARBEITERKAMPF den Bericht eines AK-Lesers über Vorkommnisse am Rande der großen Anti-AKW-Demonstration in Hamburg (am 22.1.) veröffentlicht. Zusammen mit diesem Bericht war uns das Bild eines jungen Mannes übergeben worden, den der AK-Leser als „Faschisten" bezeichnete. Auch dieses Bild wurde von uns publiziert – mit der Unterschrift: „Das ist der Fascho. Wer kennt ihn?".

In dem besagten Leserbrief wurden insbesondere zur Qualifizierung des auf dem Foto abgebildeten jungen Mannes folgende „Beweise" gebracht:

– er habe „unter dem Hemd ein Tuch (getragen), das mit einem Lederknauf mit den Runen der Vikingjugend (o.ä.) zusammengehalten wurde" und

– „seine Jacke war mit einem Koppel verschlossen, auf dem die Parole ‚Für Ehre, Volk und Vaterland' zu lesen (!) war!"

Da wir um die Versuche, faschistischer Kreise wissen, sich in die Bürgerinitiativen-Bewegung gegen AKWs einzuschleichen und uns der Verfasser des Leserbriefes mehrmals versicherte, daß sich die von ihm beschriebenen Vorgänge tatsächlich so abgespielt haben und er die „faschistischen Symbole" mit eigenen Augen g e s e h e n habe, fühlten wir uns verpflichtet, diesen Leserbrief zusammen mit dem Bild zu veröffentlichen. Das war offenbar ein böser Fehler!

Denn tatsächlich ist der auf dem Foto abgebildete junge Mann nicht nur kein Faschist, sondern einer Reihe von Genossen aus verschiedenen Basisaktivitäten als fortschrittlicher Mensch bekannt. Offenbar liegt hier eine Verwechslung vor. Wir können nur unser Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß uns dieser Fehler unterlaufen ist. Darüber hinaus haben wir den Verfasser des Leserbriefes aufgefordert, eine Stellungnahme zu dem von ihm angerichteten Schaden abzugeben.

Aus: „Arbeiterkampf" Nr. 98 vom 7. Februar 1977

Kein böser Fehler

Einen anderen Sack Orden hätte Stoltenberg im Wagen lassen können, um ihn später den anderen Verantwortlichen für die Erhaltung der Festung Brokdorf zukommen zu lassen. Es handelt sich um die Führer des Kommunistischen Bundes Nord und der Gruppe Rote Fahne. In den ZDF-Nachrichten vom Samstagabend 19 Uhr hat es geheißen, „zahlreiche besonnene Marschteilnehmer hätten kommunistische Gruppen gehindert, gegen die Polizei loszustürmen. Die gemäßigten Kernkraftgegner sollen dazu noch vor der Polizeisperre eine Kette gebildet haben." An solchen Stellen wurde in den Fernsehnachrichten dezent die Fahne mit der Aufschrift „KB" ins Bild gebracht. Das waren „die gemäßigten Kernkraftgegner". Tatsächlich haben sie auch Ketten vor der Polizei gebildet, um zu verhindern, daß die Polizeiketten durchbrochen werden. Es stimmt, die Nachrichten haben nicht gelogen. In solchen Fällen muß man unbedingt Namen nennen, damit der fällige Orden der Bourgeoisie auch an den richtigen Hals kommt. Auch dafür, daß zum passenden Zeitpunkt die Massen wissen, um welchen Hals sie den Strick über den Orden ziehen müssen. Es handelte sich also bei diesen Kettenhunden der Polizei nicht nur um Leute wie Hopfenmüller aus dem „leitenden Gremium" des Kommunistischen Bundes Nord, sondern auch um namhafte Mitglieder der Gruppe Rote Fahne, z.B. Kaiser von der Regionalleitung Westberlin und Oellerer, der einmal völlig zu Unrecht wegen Wehrkraftzersetzung vor einem bürgerlichen Gericht stand und den man unbedingt für Freispruch empfehlen muß. (Aus: KVZ-Extrablatt vom 21. Februar)

Die Operation gegen den Kernkraftwerksbau Brokdorf

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und Westberlins haben die Arbeiter und Bauern, die Schüler und Studenten, also die unterdrückten Volksmassen ihre Kraft gezeigt, indem sie eine von vorn bis hinten illegale, in jedem einzelnen Schritt von den staatlichen Gewaltorganen bedrohte und angegriffene Operation durchgeführt haben. Wenn auch diese Operationen vor ihrem erklärten Ziel, *praktische Verhinderung* des Kernkraftwerksbaus Brokdorf, gescheitert sind, die Größe dieser Operationen ist unverkennbar, und unverkennbar ist, daß eine gewaltige Kraft in den Massen steckt und daß der staatliche Unterdrückungsapparat zwar riesig aufgebläht, aber verfault und morsch ist.

Inzwischen weiß jeder, daß diese Operationen nicht an der offenen Gewalt des imperialistischen Staatsapparates gescheitert sind und daß sie auch nicht etwa an Isolierung von den Massen gescheitert sind. Diese Operationen sind gescheitert an dem zersetzenden Einfluß, den die Bourgeoisie auf die politischen Organisationen und vor allem vermittels politischer Organisationen innerhalb dieser Massenbewegung ausübte.

Davon handelt dieser kurze Aufsatz nicht; hier geht es darum, gewisse Ergebnisse dieser Operationen, die auf den ersten Blick weniger auffallen, aber weiterhin wichtig sein werden, hervorzuheben.

Die Armee ist nicht einsatzbereit

Dies, nach unserem Dafürhalten ein *Hauptergebnis* der Operation, bekam man nicht zu*sehen*. Aber es ist doch so. Im ganzen unterdrückten Europa gäbe es kein Land, wo die herrschende Kapitalistenklasse nicht versuchen würde, eine solche Operation, eine solche Initiative der Massen durch Einsatz von Armee zu ersticken. Die Bourgeoisie in unserem Lande konnte das nicht. Daß sie es nicht getan hat, das liegt nach unsrer Ansicht nicht an den Gesetzen, die den Gebrauch der Armee für den Einsatz im Inneren einschränken. Was hätte denn die Bourgeoisie hindern sollen, ein großes Manöver anzusetzen? Und dann muß die Truppe eben ihre ungestörte Übung schützen!

Nein, es waren nicht *Gesetze*, die den Einsatz der Armee verhindert haben. Es war die politische Lage im Wehrpflichtheer.

Die Presse schreibt, die Teilnehmer an dieser Operation wären fast alle zwischen 20 und 25 Jahren alt gewesen. Das ist wahr. Man muß verstehen, das war die Avantgarde der wehrfähigen Bevölkerung Norddeutschlands. Gegen diese zwanzig-, dreißigtausend ihre in die Armee gepreßten Klassengenossen einzusetzen, das hätte in einer großen Verbrüderung geendet, das hätte in einer gemeinsamen Aktion geendet. Es ist nicht nur wichtig, dies festzuhalten. Es ist auch wichtig festzuhalten, daß die Bourgeoisie dies weiß. Dann hat man eine rechte Vorstellung von dem schmalen Spielraum, den die herrschende Kapitalistenklasse beim Einsatz ihres Gewaltapparates hat.

Die Polizeitruppe ist zersetzt und muß durch plumpe Horrorgeschichten zusammengehalten werden

Im Unterschied zum Wehrpflichtheer ist die Polizeitruppe aus Menschen zusammengesetzt, die sich „freiwillig" für diese Dienstbarkeit entschieden haben. Diese „Freiwilligkeit" ändert nichts daran, der Polizeinachwuchs entstammt der ruinierten Bauernschaft, dem zugrundegerichteten Handwerk und zum gewissen Teil auch der Arbeiterbevölkerung. Er ist durch ökonomischen Druck in die Polizeitruppe gepreßt, aber die Klassenlage steht im Gegensatz zu den Aufgaben der Polizeitruppe. Deswegen ist die Polizeitruppe zersetzbar.

Die Masse der Polizeibeamten lebt von Illusion über ihre Aufgabe. Die Illusion, etwas anderes zu sein als Volksunterdrücker, wird von der Bourgeoisie sorgsam gepflegt. Sie wird gepflegt, indem der Unterschied zwischen kapitalistischem Eigentum, das Grundlage der Ausbeutung bildet, und dem persönlichen Eigentum, das der Arbeiter zur Reproduktion braucht, oder dem Produktionsmittel, das sich in der Hand des selbst arbeitenden Bauern oder Handwerkers befindet, verwischt wird.



Da sich der Arbeiter seine persönlichen Gebrauchsgegenstände nicht stehlen lassen will von einem verkommen bürgerlichen Subjekt, da sich der selbst arbeitende Bauer seine Produktionsmittel nicht vernichten lassen will, kommt jeder Polizist mit der allgemeinen Nützlichkeit seiner Arbeit daher. Der Gegner der Polizisten, schreit die Polizeipropaganda, ist der Gewalttäter, der sich schrankenlosen Vorteil verschaffen will, d.h. der Bourgeois, der die Schranken bürgerlichen Rechts aus bürgerlichem Interesse an persönlicher Bereicherung verläßt.

Die Polizeitruppe war auf solche Gegner eingestellt. Außerdem wurde auf die berechtigte Angst, die jeder Polizist verspürt, wenn er einer Masse, der er Unrecht tut, gegenübersteht, gesetzt. Den Polizisten war weisgemacht worden, eine Horde Wilder, die Bullenblut lecken wollte, käme auf sie zu, und die Frage sei nur, wer als erster hinfasse.

Nun ist es eine Tatsache, daß ab Itzehoe jeder einigermaßen entschieden durchgeführte Angriff auf eine Polizeisperre auch erfolgreich war. Warum dies?

Weil die Polizeitruppe moralisch zersetzt war. Dies infolge der Polizeitaktik selber. Die Polizei hatte gegen den Anmarsch weiträumig bis tief in den norddeutschen Raum hinein aufgestellt. Sie wollte den Anmarsch kontrollieren. Nach Hamburg kam es zu scharfen Kontrollen und Durchsuchungen. Anhand dieser Kontrollen und Durchsuchungen mußte die kontrollierende Polizeitruppe feststellen: Was mitgeführt wurde, das waren fast ausschließlich Mittel, die zur Einnahme des Platzes, Übersteigen der Mauern und Hinwegräumen von Hindernissen gut sind. Da hatten sie auch Sortierungsprobleme. Was ist z.B. ein Abschleppseil?

Es kam zu Beschlagnahmungen, die nicht frei von Lächerlichkeit waren. Bekannt wurde, daß eine Polizeitruppe einen „Molotow-Cocktail" neuartiger Bauart beschlagnahmte. Dann stellte sich heraus, daß es eine Flasche mit billigem Sekt war. Der Drahtverschluß hatte Anlaß zur Sorge gegeben. Solche Dinge kamen zu Dutzenden, Hunderten vor. Das blieb nicht ohne Auswirkung. Ein apothekenverpacktes Fläschchen Borwasser wurde als „wahrscheinlich Nitroglyzerin" beschlagnahmt.

Kurzum, durch die Überprüfung selber zerstob die mühsam aufgebaute Illusion, die Polizeitruppe habe es mit einer vieltausendköpfigen Horde zu tun, die es aus unerklärlichen Gründen nach Bullenblut dürste. Vielmehr wurde klar: Es ging um diesen Bauplatz, und um sonst ging es nichts.

Die Folge der Überprüfung ging indessen noch weiter. Ab Itzehoe etwa wußten die Polizeitruppen, daß sie es mit einer im strengen Sinne *unbewaffneten* Masse zu tun hatten. Sie wußten es, wie sie es nicht genauer wissen konnten, nämlich aus eigenem Augenschein. Ferner konnte es nicht ausbleiben, daß die Polizeitruppe das solidarische, uneigennützige Zusammenwirken des Massenaufmarsches beobachten mußte. Sympathie wurde wach. In der Folge hielten die Polizeisperren nicht mehr.

Wer die Gelegenheit hatte, gegen Polizeihäuptlinge bei Anwesenheit von gewöhnlichen Dienstgraden zu agitieren, stellte umgehend fest, daß die Polizeitruppe feixte und der Beamte, der höhere, aber nicht.

Frauen und Mädchen können an Operationen gegen den Staatsapparat uneingeschränkt teilnehmen

Unsere Ansicht ist das schon lange. Aber die Operationen gegen Brokdorf haben gezeigt, daß es eine Wahrheit ist. Ein Drittel bis die Hälfte der Teilnehmer an den Operationen waren Frauen und Mädchen. Dies hat weder bei den erforderlichen Märschen noch bei den auch erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung des Marsches – denn zu mehr kam es ja nicht – irgendwelche Schwächung bedeutet. Es hat im Gegenteil der Aktion zum moralischen Übergewicht verholfen, das sie an jedem Punkte hatte.

Neben diesen Erfreulichkeiten auch eine gefährliche Erscheinung!

Wer Gelegenheit hatte, zu beobachten, welche Demonstrationsteilnehmer nun in Itzehoe verblieben, der stellte mit einiger Sorge fest, dies waren die *Jüngeren*, die *unter Zwanzigjährigen*, zum großen Teile Gymnasiasten. Wir halten das für eine gefährliche Erscheinung, der unbedingt entgegengearbeitet werden muß. Diesen Jungen fehlt es zum Teil an Klassenkampferfahrung. Man muß beachten, daß es einen Unterschied ausmacht, ob die politischen Kämpfe gegen die Notstandsgesetzgebung, gegen den Vietnam-Krieg bewußt miterlebt worden sind oder nicht. Jedenfalls hat es keinen Zweck, hinwegzuleugnen, daß der Einfluß der „gemäßigten" Volksbetrüger auf diese jüngere Generation noch groß ist und erst noch klein gemacht werden muß.

Die Massen können weiträumige Operationen durchführen!

Man muß sich darüber im klaren sein, daß diese Brokdorf-Operationen von dem ersten Schritt aus dem Hause gegen Mitternacht z.B. in Göttingen an bis zur Rückkehr illegal waren, d.h. der „Rechtsstaat" jederzeit die Möglichkeit zu Überfällen und Behinderungen hatte. Mit das Beeindruckendste an den Operationen ist, daß die Aufstellung der Aktion auf der Linie Oldenburg – Osnabrück – Hildesheim – Göttingen – Braunschweig – Westberlin gelungen ist.

Warum hat die Polizei nicht diese Aufstellung zerschlagen? Warum ließ sie die weitere Zusammenfassung auf der Linie Bremen – Hannover und Lauenburg (Grenzübergang aus der DDR) zu? Warum duldete sie es, daß diese Masse sodann Hamburg erreichte? Weil sie so wollte?

Keinesfalls. Freitagabend konnten auf allen Straßen Norddeutschlands große Polizeiaufgebote gesichtet werden. Warum wurden diese nicht eingesetzt?

Dies hatte folgende Gründe. Man weiß: Busse fahren langsamer denn PKWs. Alle, die beabsichtigten, am späten Vormittag in Brokdorf einzutreffen, wußten in etwa, wann sie, je nachdem ob PKW- oder ob Bus-Benutzung, aufbrechen müßten.

Da nun infolge der Unsicherheit bei den Bussen (viele Busunternehmen hatten abgesagt) ziemlich viele zu der Ansicht kamen, daß es richtig sei, mit dem PKW zu fahren – wir hatten überdies dazu aufgerufen – und da außerdem die nötige Verpflegung, warme Kleidung usw. im PKW besser mitgeführt werden kann, kam es zur Bildung einer ziemlich großen *PKW-Reserve* hinter den Bussen.

Wären nun die Busse angehalten worden, so wäre das Folgende geschehen: Erstens hätte der große Teil sich geweigert umzukehren, sondern wäre einfach ausgestiegen. Zweitens hätte die nachrückende PKW-Reserve diese Ausgestiegenen auflesen können und weitertransportieren. Spätestens hinter der Linie Bremen – Hannover – Lauenburg hätte jeder Polizeiversuch, den Aufmarsch zum Stoppen zu bringen, zu einer kombinierten Fuß-Automarsch-Aktion geführt; außerdem wäre es kein Problem gewesen, der Polizei jegliche Bewegungsfreiheit im norddeutschen Raum zu nehmen, da diese Polizei auf freie Verkehrswege angewiesen ist.

Daß diese PKW-Reserve bestand, war ein großer Segen, denn es ermöglichte den relativ reibungslosen Abtransport der Hamburger, die schwere Not mit den dort ansässigen Busunternehmen hatten.

Obwohl nicht eben auffällig, war es so, daß diese Operation bereits im Aufmarsch der Polizeikraft die Herrschaft über die Straßen abgenommen hatte. Das muß man sich merken.

Diese Tatsache hatte eine ideologische Basis. Worin bestand sie? Sie bestand darin, daß jeder wußte, daß die Massen, die zwar nicht zur Aktion nach Brokdorf wollten oder konnten, sich aber dennoch auf den Straßen befanden, diesen Marsch unterstützt hätten. Hätte die Polizeitruppe auch nur die näherungsweise Aussicht gehabt, durch Anrichten eines Verkehrschaos die Autobahnbenutzer ihrer Masse nach gegen die Operation aufzubringen, es wäre dies geschehen.

Der weiträumige Aufmarsch, den die Polizeiführung mitbekam, gegen den sie aber nichts machen konnte, der Sachverhalt, daß gegen 5 Uhr am Samstag etwa 20 000 unterwegs waren, die nicht aufgehalten werden konnten, das mag die Polizeiführung ebensosehr demoralisiert haben wie es die in Marsch Befindlichen ermutigt hat.

Daß es gelang, die fehlende Transportkapazität in Hamburg, wo die Organisierung der Sache zum großen Teil in Händen des KB Nord lag und man sich infolgedessen keinerlei Gedanken *(nachweislich bis Freitag 19 Uhr)* gemacht hatte, zu ersetzen, das ist eine weitere große Leistung der Massenbewegung.

Der Marsch von Hamburg nach Itzehoe

Nach Hamburg kam es zu den ersten scharfen Polizeiüberwachungsmaßnahmen. Warum dies? Es gab einen objektiven Grund. Die Polizeikräfte waren hinter Hamburg dichter als vorher. Andererseits, die Kräfte der Demonstration waren hinter Hamburg auch wesentlich dichter. Warum kam es hinter Hamburg zu Polizeikontrollen? Dazu kam es, weil man in Hamburg von der Idee beseelt war, die Polizei sei übermächtig und die Aktion äußerst schwach. Weil man die „Taktik" verfolgte, sich womöglich mit der „zugelassenen", in Wahrheit aber von der Bourgeoisie veranstalteten Demonstration in Itzehoe zu vermischen, weil man infolgedessen in Hamburg uferlos herumtrödelte und so sowohl der Polizeiführung als auch jedem, der die Übersicht hatte, klar wurde: In Hamburg hakt etwas! In der Folge kam es dazu, daß ein großer Teil der PKW-Reserve in Hamburg an der Hauptkraft der Operation, die sich in Bussen befand, vorüberzog. Dies führte dahin, daß relativ schwach gedeckte PKWs, die den großen Teil der Verpflegung und überhaupt der Versorgung der Operation enthielten, Itzehoe vor den Bussen erreichten. Glücklicherweise übten diese vorangegangenen einen so starken Sog auf den Aufstellungsplatz Heiliggeistfeld aus, daß die Massen nicht mehr zu halten waren und die Busse nachfolgten. Insgesamt war jedoch der Marsch von Hamburg nach Itzehoe ungeordnet und vielleicht der Punkt, an welchem diese Aktion am schwächsten war.

Eine beachtliche Strecke schnell überwinden!

Erst im Raum Itzehoe kam es wieder zu einer Zusammenfassung der Kräfte. Daß diese Zusammenfassung gelang, lag an folgendem: Die „Leitung" der Aktion, die sogenannten „Vertrauensleute", waren zwischen Hamburg und Itzehoe wie erwartet steckengeblieben. Infolgedessen konnten sie ihre falschen Ansichten nicht an die Spitze der Operation vortragen. Sie waren ganz damit befaßt, die Hauptkraft aufzuhalten. Daher sammelten sich die Massen, es waren runde 5 000, in Richtung Wilster. Sie sammelten sich als kombinierter Fuß-PKW-Marsch. So konnte alles Nötige für den weiteren Verlauf mitgeführt werden, müde Kräfte konnten ein Stück weit jeweils fahren, die Marschgeschwindigkeit wurde gewaltig gesteigert und die Polizei wurde am motorisierten Eingreifen gehindert. Eine beachtliche Strecke wurde schnell überwunden, so schnell, daß der „Vertrauenskörper", als er dann in Itzehoe eintraf, gar nichts machen konnte als sich anzuschließen nach Wilster, wo er eine mehrstündige Beratung durchführte, um herauszukriegen, ob und wie der Weitermarsch nach Brokdorf zu verhindern sei.

Jeder weiß, daß es diesen „gemäßigten Kräften" – es war die *Leitung* des KB Nord und der Gruppe Rote Fahne, die da als Vertrauenskörper auftrat – dann gelang, die Operation von der Durchführung ihrer Aufgaben abzuhalten. Aber dies ist nicht Thema dieses Berichtes.

Sonntag, Montag, spottete die Bourgeoisie in ihrer Presse der Revolutionäre, und sie spottete der Massen. Sie wirft ihnen Kapitulantentum vor. Dieser Spott wird der Bourgeoisie bei genauerem Hinsehen noch sauer ankommen, geradeso wie uns bei genauerem Hinsehen die Galle, die wir über die Schandtaten der Opportunisten verspüren, verschwindet und wir in dieser großen Operation ein Wetterleuchten, in dem sich die revolutionäre Kraft der Massen erhellt, erblicken.

Der Bürgerkrieg in Brokdorf verhindert? Bourgeois und Opportunisten, jubelt. Schreit nur zu, wir haben Unersetzliches für den Bürgerkrieg *gelernt;* den *Sieg* habt ihr uns gestohlen, aber die *Erfahrung* nicht! – (f)

„Ein Platz an der Sonne“

Am Beginn der Ära des Imperialismus, in den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts, war England die führende kapitalistische Industriemacht. Als solche wurde es auch die führende Kolonialmacht, vor allem kraft der Seeüberlegenheit. Die britischen Imperialisten kontrollierten 1850 47 Prozent der Weltschiffstonnage, 1880 42 Prozent und 1910 noch immer 39 Prozent, trotz deutscher und russischer Flottenaufrüstung.

Als sich in Deutschland, Frankreich und den USA unter dem Schutz von Zöllen gegen britische Waren der Kapitalismus ebenfalls zum Monopolkapitalismus weiterentwickelte, eröffnete der englische Premierminister Disraeli den Wettlauf um die noch nicht in Kolonialbesitz befindlichen Gebiete der Erde. Von zentraler Bedeutung war die Sicherung des Seewegs nach Indien und über den Nahen und Mittleren Osten. 1875 kaufte Disraeli 44 Prozent der Suez-Aktien, die zuvor vergebens angeboten wurden. 1882 setzte der britische Imperialismus sich in Ägypten fest und kassierte 1878 Zypern. Die Oberhoheit über die Scheichtümer an der „Piratenküste“ am Golf (Oman, Jemen) hatten die Briten schon seit 1853 inne. 1899 mußte sich auch Kuweit britischer Schutzherrschaft unterstellen. In der Zwischenzeit war Indien mit brutalsten Mitteln befriedet und die Königin Viktoria 1877 zur Kaiserin von Indien ausgerufen worden.

Die deutschen Imperialisten, die voller Neid und Gier über die märchenhaften Kolonialreichtümer ebenfalls nach einem „Platz an der Sonne“ brüllten, konnten diesem über die Weltmeere entwickelten Raubzug ihres Rivalen nichts entgegensetzen. Sie mußten anders vorgehen: Ihr Weg mußte über eine Landverbindung in den Nahen Osten, an den Golf und in den Iran führen. Das entscheidende Verbindungsstück war die Türkei.

Der Verfall des einst mächtigen osmanischen (türkischen) Reiches wurde beschleunigt durch den nationalen Befreiungskampf der von ihm unterjochten Völker. Dies versuchten Großbritannien und das russische Zarenreich zu nutzen, nicht nur, um sich neue Kolonien einzuverleiben, sondern um die Türkei selbst zu zerstückeln und sich die freie Beherrschung von Bosporus und Dardanellen zu sichern. Der Zar wollte mit seiner rasch aufgebauten Flotte ins Mittelmeer, die britischen Imperialisten wollten ins Schwarze Meer, um auch von dieser Seite angreifen zu können. Zunächst einigten sich England und Deutschland darauf, auf jeden Fall Rußland zu hindern, sich die Resttürkei zu unterwerfen. Das gelang unter Androhung von Krieg. England erhielt dafür Zypern. Aber das osmanische Reich blieb erhalten und wurde mit Staatsanleihen, die den türkischen Sultanen gewährt wurden, beeinander gehalten. Es blieb über Jahrzehnte der „kranke
ten. Es blieb über Jahrzehnte der „kranke
Mann am Bosporus“ – offen für imperialistische Einflüsse, aber stark genug als Puffer gegen Rußland.

Hier nun sah Wilhelm II. die große Chance für das Deutsche Reich, in den Nahen Osten und nach Asien vorzustoßen. Das große strategische Projekt war die „Bagdad-Bahn“, mit Anschluß nach Syrien und Ägypten einerseits und nach Teheran andererseits. Die erste Strecke bis Ankara baute die Firma Ph. Holzmann. 1899 wurde die „Deutsche Bagdadgesellschaft“ unter Führung der Deutschen Bank gegründet, um die 2 500 Kilometer lange Strecke zu finanzieren. Kaiser Wilhelm II. unterstrich persönlich mit einer Reise in den Nahen Osten den deutschen Anspruch und die Verheißung einer „glänzenden Zukunft“.

Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt mußte schließlich bewaffnet ausgetragen werden. Von 1880 bis 1914 steigerten das Deutsche Reich und Großbritannien ihre Rüstungsausgaben um das Dreifache von je 500 Millionen Mark auf 1,4 bzw. 1,5 Milliarden. Die Niederlage im Ersten Weltkrieg machte den Träumen des deutschen Imperialismus von der Weltherrschaft ein vorläufiges Ende, die Konkurrenten teilten sich die Beute. Es brauchte zwanzig Jahre für das deutsche Finanzkapital, um einen neuen Anlauf zu nehmen.

Die BRD-Imperialisten und „die versperrten Verhältnisse rund um die Ägäis“

Zypern ist gegenwärtig Objekt verschiedener „Initiativen“ der Imperialisten. Mit als erster hat Wischnewski sich als Sonderbeauftragter der westdeutschen Bundesregierung dort herumgetrieben, um die Sache einzufädeln. Die Führer der griechischen und türkischen Zyprioten, Makarios und Denktasch, würden an einen Tisch gebracht und der Plan eines zyprischen „Bundesstaates“ mit zwei weitgehend autonomen Gebieten aus der Taufe gehoben. Das soll einerseits den Konflikt „beilegen“ und andererseits verhindern, daß das Volk von Zypern seine vollständige Einheit und nationale Unabhängigkeit erkämpfen kann.

Parallel zu diesen Bemühungen rollen die verschiedensten „Nah-Ost-Initiativen“ der Imperialisten. Unter denen, die sich dabei die Klinke in die Hand gaben, war auch Außenminister Genscher (vgl. KVZ 7/77). Er bereiste Syrien, Jordanien und Ägypten, um den Regierungen dieser Länder „beim Prozeß des Umdenkens behilflich zu sein“, wie es der Pressesprecher des Auswärtigen Amtes in Bonn dreist nannte. Wenn die arabischen Staaten bereit sind, die Palästinenser in ein Eingeborenenreservat auf dem Ost-Jordan einzusperren und Israel anzuerkennen, dessen Grenzen unter „internationale“, das heißt imperialistische Garantie gestellt werden sollen – dann, so Genscher, wäre die BRD „bereit, zum Aufbau und der Industrialisierung der Region beizutragen“.

Es sind großzügige Perspektiven, die die BRD-Imperialisten – als „wirtschaftliche Großmacht“, als die sie sich selbst einschätzen – entwickeln.

Die Zypern- und Nah-Ost-Initiativen hängen eng zusammen.

Zypern ist der „unsinkbare Flugzeugträger“ der NATO direkt gegenüber der Küste des Libanon, Spionagestation und Sprungbrett für jede Intervention der westlichen Imperialisten. Aber Zypern ist auch, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ dieser Tage schrieb, „einer der Schlüssel für die versperrten Verhältnisse rund um die Ägäis“.

Um die Entwicklung eines unabhängigen Zypern zu verhindern, hat der US-Imperialismus durch einen faschistischen Putsch 1974 die beiden zyprischen Volksgruppen aufeinanderzuhetzen versucht. Er hat dadurch einen Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei hervorgerufen, den er schließlich nicht mehr steuern konnte, so daß die Südostflanke der NATO in Gefahr geriet. Jetzt soll mit Hilfe der BRD als europäischer Führungsmacht diese Flanke geschlossen werden. Sie ist entscheidend für das Kräfteverhältnis gegenüber der sozialimperialistischen Supermacht, die lange schon danach strebt, Bosporus und Dardanellen, die Meerengen zwischen Schwarzem Meer und Mittelmeer, unter Kontrolle zu bekommen. Kossygin reiste 1975 eigens nach Ankara, um das korrupte Demirel-Regime mit einem „Hilfs“-Angebot von nicht weniger als 11,7 Miliarden DM zu ködern, fast könnte man sagen: aufzukaufen.

Aber die BRD-Imperialisten verfolgen keineswegs uneigennützig und ausschließlich die Interessen des NATO-Bündnisses. „Die versperrten Verhältnisse rund um die Ägäis“ aufzuknacken ist auch für sie selbst ein heißersehntes Ziel, dem sie mit Sicherheit in der Zukunft große Aufmerksamkeit widmen werden.

Schmidt auf den Spuren Wilhelms II.

Man muß bedenken: die BRD ist eine „wirtschaftliche Großmacht“, die sich mit politischen Mitteln für ihre imperialistische Expansion Raum schaffen muß. Entscheidend dafür wird unter anderem sein, ob es ihr gelingt, sich einen sicheren Zugang zu den Ölquellen des Nahen Ostens zu verschaffen. Nun ist die BRD keine Seemacht, schon gar nicht im Mittelmeer oder im Indischen Ozean. Der Weg, den sie in dieser Situation einschlagen muß, um in der arabischen Welt und im vorderen Asien Fuß zu fassen, ist der Weg, den die deutschen Imperialisten vor ihr gegangen sind – der Weg der Errichtung einer Landverbindung. Dieser Weg führt über Griechenland und die Türkei, entlang der Bagdad-Bahn „durchs wilde Kurdistan ...“.

Griechenland hoffen die BRD-Imperialisten einigermaßen sicher unterm Stiefel zu haben. Sowohl in der Regierung als in der parlamentarischen Opposition haben sie ihre festen Leute.

Ihr Hauptaugenmerk wird sich in der Zukunft vor allem der Türkei zuwenden, diesem großen Land mit einer Bevölkerung von 40 Millionen Menschen, das Europa mit Asien verbindet. Jede imperialistische Macht, die in der Türkei beherrschenden Einfluß gewinnen kann, kann auch im Nahen Osten Einfluß gewinnen. Dadurch, daß in der Ägäis selbst Ölvorkommen vermutet werden, ist die Sache für die BRD-Imperialisten nur noch interessanter geworden. Die Chancen stehen nicht übel. Die Türkei hat aus der BRD 1975 in einer sprunghaften Steigerung für über eine Millarde Dollar Waren importiert (gegenüber 680 Millionen 1974) und für 304 Millionen exportiert. Die BRD ist damit mit Abstand der größte „Handelspartner“ und steht im Begriff, auch zum größten Gläubiger des Landes zu werden. Systematisch setzt sich die westdeutsche Industrie in den Schlüsselbereichen der türkischen Wirtschaft fest. Daimler-Benz, Hanomag, KHD, MAN, Bosch im Fahrzeug- und Maschinenbau. Eine Tochtergesellschaft von Krupp (Polysius AG) beherrscht den Zementmarkt, Mannesmann ist Mehrheitsaktionär eines Betriebs, der der wichtigste Rohrproduzent der Türkei ist. Bayer, Hoechst, Merck, Henkel und andere produzieren chemische und pharmazeutische Produkte. Lurgi hat eine große Kunstdüngerfabrik eröffnet usf. Bundeskanzler Schmidt fuhr im Mai 1976 nach Ankara, um mit der Drohung der Massenabschiebung türkischer Arbeiter aus der BRD von der türkischen Regierung die „Schaffung von stärkerem Anreiz für künftige deutsche Investitionen in der Türkei“ zu erpressen (Weltwirtschaft zur Jahresmitte 1976, Türkei). Dort sollen sie dann angeblich Arbeit finden – zu türkischen Löhnen natürlich.

„Traditionelle Freundschaft“

Auch militärisch hat sich die BRD auf die Türkei systematisch seit langem Einfluß verschafft: Hunderte von Millionen wurden seit 1964 als „Rüstungshilfe“ vergeben, womit die Türkei insbesondere auch in der BRD selbst Waffen kaufen konnte – so jetzt in großer Serie den Leopard-Panzer, auf den umgerüstet werden soll. Zusätzlich erhielt die türkische Armee in bedeutendem Umfang ausgemusterte Rüstungsgüter der Bundeswehr, von Transall-Flugzeugen bis zu U-Booten.

Den US-Imperialisten sind ihre Machenschaften in den letzten Jahren mächtig nach hinten ausgeschlagen. Sowohl Griechenland als auch die Türkei haben den Großteil ihrer Stützpunkte geschlossen. Und obwohl die beiden Volksgruppen auf Zypern, Griechenland und die Türkei in einen bewaffneten Konflikt hineingetrieben worden sind, hat sich schließlich immer mehr die Einsicht durchgesetzt, daß diese Widersprüche keine Grundlage haben, sondern allen schaden und allein den Imperialisten nützen. Deshalb warnte der Führer der türkischen Volksgruppe auf Zypern die USA, irgendwelche Lösungen aufzwingen zu wollen und sagte: „Wir wollen keine Einmischung der Großmächte!“ (Time, 21.2.77)

Das haben auch die Sozialimperialisten zu spüren bekommen. Obwohl sie schon manchen Rubel rollen ließen und sich durch demonstrative Flottenbewegungen durch die türkischen Meerengen und vor Zypern als „beteiligte Macht“ in Szene setzten, erhielten sie zum Beispiel bis heute nicht den von der türkischen Regierung geforderten Vertrag „im Helsinki-Geist“.

Die „sozialliberalen“ Politiker der BRD scheuen sich nicht, in dieser Situation die „traditionelle Freundschaft“ mit der Türkei zu beschwören, um ins Geschäft zu kommen – wobei sie die Freundschaft der türkischen Ausbeuterklassen mit den deutschen Imperialisten und ihren Häuptern, von Wilhelm zwo bis Hitler, meinen.

Die Freundschaft der Völker kommt jedoch aus ihrer Einheit im Kampf gegen den Imperialismus. Deutsche und türkische Arbeiter werden oft durch dieselben Ausbeuter unterdrückt. Manchen Kampf haben sie schon gemeinsam geführt. Darin entsteht eine proletarische, eine revolutionäre Freundschaft. – (gk)

Die PCI will die „neue Studentenbewegung“ Italiens zerschlagen

Ein scharfer Zusammenstoß zwischen der „Neuen Studentenbewegung“ Italiens (wie sie sich selbst nennt) und der revisionistischen PCI hat schlagartig den konterrevolutionären Charakter dieser Partei zutage treten lassen. Seit Wochen halten die Studenten in so gut wie allen italienischen Universitäten die zentralen Gebäude und Fakultäten besetzt und legen den Unterricht lahm. Sie kämpfen gegen ein Dekret der Regierung, das durch erhebliche Prüfungsverschärfungen dafür sorgen soll, daß die große Masse der Studenten in Zukunft herausgeprüft und als „gescheiterte Existenz“ auf den Arbeitsmarkt geworfen werden können und ergebene Bourgeoiskreaturen aus den Studentenmassen herausgezüchtet werden können. Das Dekret war ein gezielter Schlag gegen die große demokratische Studentenbewegung, die sich seit 1968 entwickelt hat und in der die radikale Kritik am bürgerlichen Eigentum als dem Grundübel der Stagnation und Fäulnis der kapitalistischen Gesellschaft sich entwickelt hat.

Der Kampf ging aus von den besitzlosen Studenten des Südens, die am meisten unterdrückt werden und am elendesten leben. Sie stellten dem Prüfungsdekret der Regierung die Forderung nach kollektiver Kontrolle des Unterrichts und der Prüfungen gegenüber und verbanden dies mit Forderungen nach Bezahlung von Studium, Unterkunft und Verpflegung durch den Staat sowie allgemein nach uneingeschränkten demokratischen Rechten an den Hochschulen.

Als auch die Studenten in Rom in großen Massen die Universität besetzten, wurden sie angegriffen von faschistischen Rollkommandos, die von den größtenteils unbewaffneten Studenten in einem längeren, mutigen Kampf zurückgeschlagen wurden. Doch wurden 13 Studenten zum Teil schwer verletzt durch Hieb-, Stich- und Schußwaffen der Faschisten. Bei einer Demonstration gegen das faschistische Parteibüro und die Regierungsgebäude eröffnete die Polizei das Feuer und verwundete einen weiteren Studenten schwer.

Alles das hat die Bewegung der Studentenmassen nicht zerschlagen können, sondern nur noch geschlossener gemacht.

Genau in dieser Situation schickte die Bourgeoisie die Revisionisten vor. Da sie schon davon ausging, daß ein Berlinguer oder anderer Lakai der Staatsmacht schon nicht mehr in der Lage sein würde, die Aufgabe zu erfüllen, die Bewegung zu zersetzen, um sie dann zerschlagen zu können, wurde der oberste revisionistische Gewerkschaftsführer, Lama, ins Feld geführt. Auf einer Massenkundgebung von über 10 000 Studenten zog er mit einer eigenen „Schutztruppe“ von über 1 000 Mann ein, während die staatlichen Bürgerkriegstruppen im Hintergrund lauerten. So gedeckt, versuchte er mit pathetischen Phrasen von der „Einheit der Arbeiter und Studenten“ diese tatsächlich zu spalten und einzuschüchtern.

Die Arbeiterklasse wünsche fleißige, disziplinierte Studenten, die für die „Zukunft des Landes“ lernten. Der Streik und die Besetzung müßten umgehend abgebrochen, das Prüfungsdekret der Regierung akzeptiert werden. Als er immer häufiger von Zwischenrufen und Pfiffen unterbrochen wurde, begann seine Polizeitruppe, „Ordnung zu schaffen“. Daraufhin stand die ganze Kundgebung auf, Lama mußte abbrechen und konnte mit seinen Leuten knapp entkommen. Draußen forderte er den Rektor, auch einen Revisionisten, auf, nunmehr Polizei anzufordern und die Universität räumen zu lassen. Die Studenten verbarrikadierten sich, aber gaben die Devise aus, keinen bewaffneten Widerstand zu leisten (sie waren mittlerweile zum



Die Studenten der Universität Rom jagen Lama und seine revisionistische „Schutztruppe“ davon.

Schutz gegen die Faschisten bewaffnet): „Gegen Lama darf kein Tropfen Blut vergossen werden! Lama will das Blut der Jugend, aber wir verweigern es ihm!“ – Panzerwagen wälzten das Eingangstor nieder, und 800 mit Maschinenpistolen und Panzerfäusten bewaffnete Polizisten stürmten das Gebäude. Über 6 000 Studenten zogen sich in absolutem Schweigen, das ihre Verachtung zum Ausdruck brachte, geordnet zurück.

Am nächsten Tag demonstrierten zehntausend in der Innenstadt Roms gegen die Regierung und ihre Stoßtruppen von der PCI. Das revisionistische Hauptquartier war durch Elitetruppen geschützt. Die Studenten trugen Spruchbänder, auf denen die PCI als „Feind der Massen“ angegriffen wurde. „Berlinguer, du hast nichts begriffen: die Arbeiterklasse ‚enthält‘ sich nicht!“, hieß es auf anderen, mit Blick auf die Unterstützung der reaktionären Andreotti-Regierung durch die Stimmenthaltung der PCI.

Die Bourgeoisie Italiens wie auch in der BRD ist in großer Sorge. „Sollten sich eines Tages auch die Väter an die Seite ihrer Söhne stellen und Rechenschaft von der KPI und den Gewerkschaften verlangen?“, fragt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ sichtlich erschreckt. Man könne es allerdings auch anders sehen. Der Gang Lamas in die Universität sei kein Irrtum gewesen, sondern ein Schritt zur Übernahme der vollen Regierungsmacht. Beides ist richtig und hängt miteinander zusammen. Die KPI ist zu einer Partei der Konterrevolution geworden, und auch ihre „kommunistische“ Phrase dient diesem Zweck. Jetzt hat Lama einen Namen bekommen, der diese Rolle genau trifft: „der Noske Italiens“. – (gk)

„Wir führen in Zimbabwe einen Volkskrieg"

Dem fortgesetzten Entspannungsschwindel der beiden Supermächte und dem Versuch, durch die Spaltung der Einheit des Volkes von Zimbabwe und der afrikanischen Völker einen selbständigen Befreiungskampf zu verhindern, tritt die ZANU mit der Intensivierung des Befreiungskampfes und der Festigung des nationalen Zusammenschlusses entgegen. Unter Beibehaltung der organisatorischen Selbständigkeit hat sie sich mit der ZAPU in der Patriotischen Front zusammengeschlossen und die Unterstützung des Befreiungsausschusses der OAU, dem 22 afrikanische Staaten angehören, errungen. Gleichzeitig verstärkt das Siedlerregime seine Verbrechen und versucht, den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe als Aktionen einer Handvoll „Terroristen" hinzustellen. Im folgenden Gesprächsauszug vom Dezember 1976 zeigt der Genosse E. Tekere anschaulich, daß in Zimbabwe das ganze Volk gegen die Kolonialisten und Imperialisten und ihre Handlanger kämpft.

Zuallererst ist es wichtig festzuhalten, was für ein Krieg in Zimbabwe stattfindet. Eines können wir ganz bestimmt sagen, daß es ein Volkskrieg ist. Es stimmt natürlich, daß die ZANU als Organisation diesen Krieg führt. Von Anfang an war es für die Volksmassen leicht zu erkennen, daß sie eine gerechte Sache verfolgen, sie waren mit einer rassistischen Gesellschaft, einer Ausbeutergesellschaft konfrontiert, die seit dem letzten Jahrhundert von dem Siedlerregime verwaltet wurde. Die ZANU gab klare Ziele an, die den Sturz dieses Systems bedeuten und die Errichtung einer wirklich sozialistischen Gesellschaft, eines neuen Zimbabwe. Auf dieser Grundlage hat die ZANU das Volk von Zimbabwe erzogen und von dieser Grundlage führt das Volk seinen Kampf. Deshalb ist es möglich zu sagen, daß die ZANU diesen Krieg führt. Aber dem Wesen nach ist es ein Krieg des ganzen Volkes, ein Volkskrieg, weil das Volk diesen Krieg führt. Sehr oft gibt es die falsche Vorstellung über den Krieg in Zimbabwe, daß wir soundsoviele Tausend Guerillakämpfer mit ihren Gewehren, die Auseinandersetzung mit den Streitkräften des Siedlerregimes suchen und daß das die beiden Seiten in diesem Krieg sind. Man beschränkt ihn auf diejenigen, die die Gewehre tragen und meint, alle anderen wären zwischendrin. Das ist eine völlig falsche Vorstellung. Man muß sich nur vorstellen, wie die Guerillakämpfer, die die Gewehre tragen, auch nur einen Tag lang weiterkämpfen könnten, wenn sie nicht die Unterstützung der breiten Massen Zimbabwes hätten? Seit einiger Zeit, insbesondere seit 1973 leiden die breiten Volksmassen, die nicht bewaffnet sind, unter ständigen wilden Massakern, die die Streitkräfte des Smith-Regimes durchführen. Diese kümmern sich nicht darum, ob jemand bewaffnet ist oder nicht. Ganze Dörfer werden durch Bomben oder von der Infanterie, die durch das Land fegt, ausgelöscht. Hunderte von Bauern sterben laufend und der Eindruck mag naheliegen, daß es sich dabei um wirklich unbeteiligte Menschen handelt. Aber sie sind nicht wirklich unbeteiligt, sie werden abgeschlachtet, weil sie am Krieg teilnehmen, weil sie Krieg führen und diejenigen aus ihren Reihen unterstützen, die die Gewehre bedienen. Sie ernähren sie, besorgen ihnen Schlafplätze, versorgen sie mit Kleidung. Ohne diese Art der Teilnahme am Krieg könnten die eigentlichen Volksstreitkräfte unmöglich überleben.

Unsere Kämpfer werden durch ein ganz breites Netz mit Informationen über den Feind versorgt, das ganz und gar von den gewöhnlichen Volksmassen organisiert wird. Die breiten Bauernmassen beobachten die Streitkräfte des Regimes täglich, wenn sie in ihren gepanzerten Fahrzeugen das Land durchkämmen und sie senden die Informationen zu den Kämpfern mit den Gewehren, die dann in der Lage sind, den Hinterhalt zu legen. Dann ziehen sich die Bauern rechtzeitig vom Schauplatz zurück und der Kampf gegen den Feind geht los.

Der Krieg ist in der letzten Zeit stärker geworden. Die schutzlosen breiten Massen, die keine Gewehre haben, um sich zu verteidigen, leiden sehr unter den Anschlägen von Smith, aber sie sind entschlossener denn je. Sie sagen: Gut, wenn sie uns alle vernichten sollten, wenn wir geschlagen werden sollten, gut, dann werden wir eben sterben, aber wir werden kämpfen. Und so hat das Töten der Streitkräfte Smiths, wenn sie durchs Land fegen, nicht länger eine abschreckende Wirkung. Die Volksmassen Zimbabwes haben die Erfahrung seit 1973 gemacht, und sie wurden nicht entmutigt. Wenn es eine Auswirkung hatte, dann die, daß sie sich sagten: wir müssen noch entschlossener kämpfen, um den Feind zu schlagen und mit ihm ein und für allemal fertig zu werden. Und während all diese Aktionen zur Abschreckung und Einschüchterung der Bevölkerung in Zimbabwe stattfinden, strömen Tausende und Abertausende aus dem Land, um unsere Militärlager zu erreichen und ausgebildet zu werden.

Es gab eine Zeit, so 1974/75, wo die Mütter sehr beunruhigt waren, als ihre Kinder verschwanden, Zehnjährige, Zwölfjährige. Dann ging die Nachricht durchs Land, daß sie verschwinden, weil sie die Grenze überqueren, um in den Lagern militärische Ausbildung zu suchen. Die Mütter waren äußerst beunruhigt, sie liefen zur Polizei und klagten über die verschwundenen Kinder. Jetzt ist das gerade Gegenteil eingetreten. Die Mutter bleibt daheim zurück und das Kind verschwindet eines Tages, über Nacht ist es weg. Jetzt ist das ein Anlaß zur Unterhaltung. Sie wird zu irgendeiner anderen Mutter sagen: Du, denk dir, meiner ist auch verschwunden. Ich habe keine Hoffnung mehr, daß er wieder auftaucht. Er ist seit gestern nicht daheim gewesen. Offensichtlich schließt er sich den anderen an. Und dann zuckt sie die Schultern und sagt, „ich wünsch ihm viel Glück auf dem Schlachtfeld".

Das ist auch ein Beispiel, wie dieser Krieg geführt wird. Für die Mütter ist es eine Quelle des Stolzes geworden, zu anderen Müttern sagen zu können: Schau, ich habe kein Kind mehr im Haus. Mein einziges Kind, meine zwei, meine drei sind weggegangen. Ihr könnt euch denken, wenn diese Kinder wieder auftauchen, sind sie herzlich willkommen. Ihre Mütter werden neben ihren Kindern sterben. Ob die Kämpfer nun direkt ihre Kinder sind, wer weiß das oft. Es ist ihr Krieg, der Krieg der Mütter, der Kinder, der Verwandten und der nicht verwandten Leute, sie alle kämpfen gemeinsam.

Ein anderer Aspekt, was Volkskrieg bedeutet. Dieser Gesichtspunkt muß ganz deutlich gesagt werden. Wenn von den breiten Volksmassen die Rede ist, dann werden sie in den kapitalistischen Ländern, aber auch in unserem Teil der Welt oft als die dummen, unwissenden und hilflosen Massen hingestellt. Im Falle einer Revolution wie der unseren verbreitet der Feind eine Menge Propaganda über die „wenigen Leute, die ganz bewußt die unwissenden Massen ausnutzen, die selber gar nicht begreifen, was eigentlich wirklich vor sich geht".

Wir müssen das ganz konkret im Zusammenhang der Befreiungsbewegung in Zimbabwe untersuchen und klären – was meinen wir genau, wenn wir vom Volkskrieg reden? Was meinen wir, wenn wir von den breiten Massen reden, aus welchen Lebensverhältnissen kommen sie, aus welchen Klassen und Schichten der bestehenden Gesellschaft? Die Antwort trägt auch bei zum Verständnis dessen, was der Volkskrieg in Zimbabwe ist. In unseren Lagern haben wir Leute, die an der Universität studiert haben. Ärzte, die mit dem Gewehr kämpfen, Hochschulstudenten, die ihr Studium abbrechen, um zu kämpfen, kleine Kinder, 7 Jahre alt, die ihre Mütter verlassen, die Grenze überschreiten und unsere Lager suchen, auch sie haben nur einen Wunsch, sich mit uns im gemeinsamen Kampf zusammenzuschließen. Es gibt Leute, die ihr kleines Geschäft aufgegeben haben und die man gut als „Kleinbourgeoisie" beschreiben kann. Auch sie wollen kämpfen, um die Angelegenheit mit dem Feind ein für allemal zu regeln. Durchschnittlich ausgebildete Leute, Bauern, Arbeiter – deshalb können wir z.B. in den Lagern auch sagen, was den Bedarf an medizinischem Personal angeht, so haben wir dafür genug. Unter denjenigen, die mit in den Krieg ziehen wollen, sind einige, die sehr gründlich ausgebildete Krankenschwestern und Pfleger sind, einige sind Ärzte, einige sind lange genug in die Schule gegangen, um als medizinische Hilfen in den Lagern eingesetzt werden zu können, auch als Lehrer. Wir können, wenn wir in die Dörfer zurückkehren, z.B. berichten, daß wir in den Lagern in der Lage sind, eine Schulausbildung bis zu 4 Jahren Mittelschulerziehung durchzuführen, also bis zum Eintritt ins Hochschulstudium. Wir haben Soldaten aus Smith's Armee, die ihre Waffen zur Verfügung stellen bei uns.

Die, welche sich unseren Volksbefreiungsstreitkräften anschließen, kommen entsprechend den Proportionen, wie sie in unserer Gesellschaft vertreten sind. Um das auf die Erkenntnisse von Vorsitzendem Mao oder Lenin zu beziehen: Sie stellten fest, die Bauern bilden das Rückgrat und die Fabrikarbeiter führen die Woge der Klasse der Bauern. So ist es auch bei uns. Die Bauern sind in der Mehrheit, nur einige Tausend Arbeiter gibt es in unserem Land, wie man aus der Statistik entnehmen kann. Dieses Verhältnis findet man auch unter denjenigen, die sich der ZANU anschließen, um Befreiungskämpfer zu werden. Wenn diese Menschen, die kommen, um an den Waffen ausgebildet zu werden, dann später wieder heimkehren, dann fügen sie sich wieder ein in die Masse des Volkes und so kommt es, daß jede Klasse und jede Schicht, die Bauern, die Arbeiterklasse, die Intellektuellen die Ereignisse vollständig begreifen und erkennen, woher diejenigen kommen, die nun heimkehren. Weshalb sie das Land verlassen haben, um was zu tun sie zurückkehren, welche Pflichten sie selber haben, obwohl sie kein militärisches Training erhalten haben. Und das alles trägt bei dazu, daß jeder merkt, daß es ein Volkskrieg ist.

ZANU zum Überfall auf die Missionsstation

„Die ZANU weist die Anschuldigungen des ... faschistischen Regimes von Ian Smith kategorisch zurück. (...) Das illegale Smith-Regime hat eine besonders ausgebildete, skrupellose militärische Abteilung, ‚Selous Scouts' genannt, ... sie haben eine besondere Aufgabe, ... sich als Guerilla-Einheiten zu verkleiden und Verbrechen gegen diejenigen zu begehen, die sie im Verdacht haben, Befreiungskämpfer zu unterstützen, um dadurch die Guerilla-Kämpfer in Verruf zu bringen und durch unvorstellbare Einschüchterungsmethoden gegenüber den Massen jegliche Unterstützung für die Guerillas auszulöschen." (R.J.K. Chiwara, Vertreter der ZANU in Westeuropa, 9.2.1977)



Junge Kämpfer der Afrikanischen Nationalen Befreiungsarmee von Zimbabwe (ZANLA), des bewaffneten Arms der ZANU, im Lazarett eines Ausbildungslagers in Mozambique.

Die Macht in Oman hat nicht der Sultan, sondern das ausländische Kapital

„Die Lügen der Imperialisten", sie hätten das Feuer des nationalen Befreiungskampfes des Volkes von Oman ausgetreten, „gründen auf die Siege, die iranische Truppen in Teilen Omans, insbesondere in den östlichen und westlichen Gebieten Dhofars errungen haben", erklärte Hussein Mussa, Sprecher der Volksfront für die Befreiung Omans, kürzlich in einem Interview in Paris. „Die iranischen Truppen haben sich nach der militärischen Operation im vergangenen November im Westen entlang der Grenze der Demokratischen Republik Yemen festgesetzt. Weil das früher den Feinden des Volkes von Oman nie möglich war, führen sie jetzt Journalisten dahin und behaupten, „schaut, dieses Gebiet wurde früher durch die Front kontrolliert, jetzt ist sie aber nirgends mehr." – „Das entspricht nicht der Wahrheit", berichtete Hussein Mussa. „Der bewaffnete Widerstand gegen die iranischen Truppen geht weiter", „die Front ist nach wie vor in Dhofar politisch und militärisch präsent, wie auch der Feind militärische Stützpunkte im Gebiet hat", die Kämpfer könnten sich frei unter den Massen auf dem Lande bewegen, „sie führen Versammlungen durch". Die PFLO hat ihre Kampftaktik geändert, „wir gehen immer mehr über zu kleinen Kampfeinheiten, die getrennt kleinere Operationen durchführen, schnell angreifen und sich schnell wieder zurückziehen".

„Omans Zukunft bestimmt den Golf", faßt die Zeitung „Das Parlament" vom 13.11.1976 den Standpunkt der BRD-Imperialisten zusammen. Die Meerenge von Hormuz, die Verbindungsstelle zwischen dem Golf und dem Arabischen Meer, ist rund 40 Kilometer breit. „Unter dem Sand nordwestlich dieser Enge, nahe den Küsten beiderseits des Golfes, lagert der Erdölreichtum des Golfs." 70 Prozent der Rohölvorräte der Welt sollen sich hier befinden. „Alle 14 Minuten passiert ein Großtanker die Meeresenge." Deswegen hat die Beherrschung Omans schon seit jeher eine große Bedeutung im Ringen der imperialistischen Mächte um die Beherrschung des Mittleren Ostens, des Indischen Ozeans und heute auch um die Beherrschung des vom Erdöl aus diesem Gebiet abhängigen Westeuropa zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion gehabt.

Bis nach dem Zweiten Weltkrieg war Oman unter britischer Kontrolle. Schon 1853 hatte Großbritannien die Scheichs an der sogenannten Piratenküste sich tributpflichtig gemacht. Bahrein folgte 1861, Kuweit 1899. Dann teilte es den Iran mit dem zaristischen Rußland auf. Der deutsche Imperialismus suchte dem britischen Imperialismus die Kontrolle der Ölfelder streitig zu machen. Ende des 19. Jahrhunderts begann er mit dem Bau der Bagdad-Bahn, die Berlin mit dem Arabischen Golf verbinden und die rasche Entsendung von imperialistischen Truppen ermöglichen sollte. Im Ersten Weltkrieg wehrte der britische Imperialismus den Vorstoß des deutschen Rivalen jedoch ab und sicherte sich auch während des zweiten imperialistischen Weltkriegs die für den Kriegsausgang wichtigen Rohölvorkommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg mußte er jedoch Schritt für Schritt den arabischen Ländern die Unabhängigkeit einräumen.

Die Länder konnten jedoch noch überall in neokolonialer Abhängigkeit vom Imperialismus gehalten werden. In Oman hatte die nationale Unabhängigkeitsbewegung des Volkes sich zu einer machtvollen revolutionären Kraft entwickelt, der es gelang, in der ganzen Provinz Dhofar die Macht des Feudalregimes und Imperialismus zu brechen und die Herrschaft des Volkes zu errichten. Um den revolutionären Befreiungskampf zu unterdrücken, setzten die Briten 1970 den alten Sultan ab und setzten dessen Sohn Quabus. Auf seine Rolle als Marionette war er auf der britischen Militärakademie Sandhurst vorbereitet worden. Damit begann 1970 ein erbarmungsloser Feldzug gegen das Volk von Oman und die ungeheure Steigerung der Ausplünderung des Landes, an der britische Imperialismus zunehmend auch imperialistische Konkurrenten wie die USA, die BRD und Japan beteiligen mußte.

Jährlich werden etwa 14 bis 15 Millionen Tonnen Erdöl exportiert. In wenigen Jahren wurden die Vorkommen so geplündert, daß bereits jetzt ein Rückgang der Fördermengen eintritt. Die Waffen für die Unterdrückung des Volkes ließen die Imperialisten sich aus den Ölgeldern, die sie an das Land abtreten mußten, bezahlen. Rund 45 Prozent der 636 Millionen Rial Staatshaushalt gehen 1975/76 in die Kriegsrüstung, 80 Millionen Dollar sind darüberhinaus für den Ausbau des polizeilichen Unterdrückungsapparates angesetzt, bei einer Bevölkerung von 770 000. Daraus wird deutlich, wie wenig daran wahr ist, die nationale Befreiungsbewegung sei geschlagen und der Sultan würde durch wirtschaftliche Reformen die Unterstützung des Volkes gewonnen haben. „Die Macht" in Oman hat nicht der Sultan, sondern „das ausländische Kapital", stellte Hussein Mussa fest. „Die Inflationsrate ist hoch. Die Preise in Oman sind die höchsten im ganzen Golf-Gebiet, sogar höher als in Kuweit. Selbst für einheimische Produkte wie Fische, wo jetzt ein Kilo etwa eineinhalb englische Pfund kosten. Es stimmt, daß der Mindestlohn pro Tag etwa eineinhalb Pfund ist, aber davon können die Leute nicht leben. Die Armen stehen vor großen Schwierigkeiten, der Inflation und Wohnungsproblemen, die sie nicht lösen können. Zwar werden luxuriöse Städte für die hohen Beamten und Villen gebaut, aber keine Wohnungen für die Volksmassen. Desgleichen ist die Korruption ein Faß ohne Boden. Je mehr Geld reinkommt, desto mehr verschwindet. Es ist bekannt, daß von den höchsten Stellen angefangen auf allen Ebenen der Verwaltung ein regelrechter Raub praktiziert wird. Viele Verwaltungsbeamte werden innerhalb eines Zeitraums von nur drei Jahren zu Millionären."

Die Unterdrückung des nationalen Befreiungskampfes ermöglicht es dem BRD-Imperialismus, verstärkt sich an der Ausbeutung des Golfs zu beteiligen.

Nach der Statistik des Bundesministeriums für Wirtschaft nahm die Wareneinfuhr von 1973 bis 1974 aus Oman von 0,5 Millionen DM auf 19,2 Millionen DM zu, bei Bahrein stieg sie um 716 %, bei Kuweit um 184,2 %, bei Katar um 289,8 %, Dubai 404,7 %, Abu Dhabi 219,0 %, beim Irak um 443,8 %, Saudi-Arabien um 173,6 %. Verbunden damit war gleichfalls eine explosionsartige Ausdehnung des Warenexports, bei Oman stieg er um 390,7 %, Schardscha 255,6 %, Dubai 201,6 %, entsprechend bei den übrigen Golfstaaten. Auch der Kapitalexport zur Ausplünderung der arabischen Arbeitskraft stieg rasch an. So bestanden zum Beispiel die Importe aus Oman im Oktober bis Dezember 1975 nach Angaben der Außenhandelsblätter der Commerzbank in Höhe von 2,08 Millionen DM fast gänzlich aus „Rückwaren" nach „Lohnveredelung". Die westdeutschen Konzerne Deutsche Schachtbau- und Tiefbaugesellschaft bohren mit der Deminex nach Erdöl. Der neue Tiefwasserhafen Quabus im Wert von 170 Millionen DM wird von Hochtief-Essen zusammen mit einer belgischen Firma gebaut. Eine Zementfabrik von 70 Millionen DM, eine Entsalzungsanlage für 27 Millionen Liter Trinkwasser täglich werden von westdeutschen Kapitalisten geliefert. Untersuchungen der Imperialisten ergaben außerdem, daß in Oman Lagerstätten von Kupfer, Mangan, Zink, Kohle und Kobalt vermutet werden. In Dhofar wird Uran vermutet.

Um den BRD-Kapitalisten einen möglichst großen Anteil zu sichern, holte die Bundesregierung im Juli 1976 den Sultan Quabus in die BRD zu einem „offiziellen Staatsempfang" und eröffnete eine Botschaft in Maskat. – (hl)

Der Imperialismus vernichtet die Grundlagen für die Nahrungsmittelproduktion in der Dritten Welt

USA-Präsident Carter hat während seines Wahlkampfes im Herbst den Ländern der Dritten Welt gedroht, daß, wenn die OPEC-Länder nicht aufhören, die Preise für das Erdöl zu heben, die USA einen Lieferboykott von USA-Weizen, Reis und Mais in die Dritte Welt verhängen werden. Um die Ernährungsfrage, genau wie um die Rohstoffe, gibt es einen heftigen Kampf zwischen dem Kolonialismus, Imperialismus und dabei insbesondere den beiden Supermächten einerseits, die die Ausplünderung der Länder der Dritten Welt betreiben und vielfach auch die Kontrolle über wichtige Nahrungsmittel der Erde ausüben, und den Ländern der Dritten Welt andererseits, die gegen ihre Ausplünderung und Kontrolle kämpfen. Einige Länder in der Dritten Welt haben mittlerweile die Erfahrung der chinesischen Revolution, „daß die Revolution plus Produktion die Ernährungsprobleme lösen können" (Mao Tsetung), in die Tat umgesetzt, durch den bewaffneten Volkskrieg die Imperialisten mitsamt ihrer Marionetten vertrieben, wie zum Beispiel zuletzt das siegreiche Kampuchea. Die Länder der Dritten Welt schließen sich immer mehr zusammen und betrachten die Auseinandersetzung um die Ernährungsfrage als Bestandteil des Kampfes für die Zerschlagung der alten internationalen Wirtschaftsordnung und für die Errichtung einer neuen.

Die Ernährungsfrage ist für die Länder der Dritten Welt ein dringendes Problem. Nahrungsmittel bilden die Basis für das Leben der Völker. Diese Basis ist in vielen Ländern der Dritten Welt knapp, was zu Unterernährung, Hungersnöten von Millionen von Menschen führt. Das Münchener IFO-Institut hat errechnet, daß mindestens 400 Millionen Menschen, was zirka 13 bis 15 Prozent der Weltbevölkerung entspricht, unterernährt sind, weitere hundert Millionen Menschen sind „fehlernährt", das heißt, es fehlen Proteine, Vitamine und Mineralstoffe. Die Länder der Dritten Welt besitzen ausgedehnte Territorien und sind reich an Naturressourcen. Eigentlich könnten sie ausreichend Nahrung und Kleidung haben. Daß das nicht der Fall ist, ist Resultat der Ausplünderung und Kontrolle durch den Kolonialismus und den Imperialismus.

Kolonialismus und Imperialismus haben in den letzten Jahrhunderten weite Teile Afrikas, Asiens und Lateinamerikas versklavt und ausgeplündert. Den Ländern wurde von den Kolonialisten eine auf Monokultur basierende, deformierte Wirtschaft aufgezwungen, die bis heute Hindernis für die umfassende Ernährung der Länder der Dritten Welt ist. Dabei war es vielfach in den Ländern so, daß sie eine entwickelte Kultur und eine Wirtschaftsweise besaßen, die eine ausreichende Ernährung der Bevölkerung ermöglichten.

Die Imperialisten dagegen sind hemmungslos an die Ausbeutung der Länder gegangen. Zum Beispiel die Sahel-Zone in Afrika. Bekannt ist dieses Gebiet heute als eines, in dem sich „die Wüste ins Land frißt" und „viele Menschen dort Hunger leiden", daß die Länder „Hilfen benötigen, um die dringendsten Nahrungsmittelprobleme zu lösen". Dieses Gebiet eignet sich hervorragend für die Dauerbewirtschaftung mit Weidegräsern und Bäumen, und teilweise war das auch die ursprüngliche Gestalt des Landes. Die Imperialisten aber haben auf diesen Gebieten durch das Anlegen einer Erdnuß-Monokultur den Boden so ausgelaugt, daß er nichts mehr trägt und verödet. Andere Teile Afrikas, zum Beispiel Ägypten, an sich ein fruchtbares Land, auf dem viele Getreidesorten wachsen könnten, sind in eine große Baumwollplantage der britischen Kolonialisten verwandelt worden, genau wie Indien in eine große Baumwoll- und Teeplantage. Das gleiche in Lateinamerika. Kuba, Trinidad und Tobago und Granada wurden zur Zuckerproduktion gezwungen, weitere Gebiete einzig und allein zu Kaffeeplantagen oder zur Südfrüchtezucht. Riesige Gebiete der Erde wurden so von den Imperialisten zugerichtet, was ihnen selbst große Profite einbrachte, was in den Ländern meist zur völligen Zerstörung der Kultur und zur Verkümmerung der natürlichen Ressourcen des Landes führte. Die Ernährungsfrage ist deshalb keine Frage etwa der großen Bevölkerung oder etwa der „Unfähigkeit der Völker", wie die Imperialisten gern behaupten, sondern einzig und allein der ökonomischen und politischen Macht.

Auch nachdem viele Länder der Dritten Welt sich ihre Unabhängigkeit erkämpft haben, kontrollieren die Imperialisten immer noch in verschiedenem Grad die wirtschaftlichen Lebensadern einiger Länder und setzen nunmehr mit neokolonialen Methoden die Ausbeutung fort. Durch die Herausbildung der Monokultur in vielen Ländern sind diese gezwungen, Nahrungsmittel zu importieren. Getreide ist heute das Hauptnahrungsmittel für Milliarden von Menschen. Diese Nahrungsmittel befinden sich vielfach in der Hand der Imperialisten. Insbesondere in den Händen der beiden Supermächte. Carter meint seine Drohung vollkommen ernst. „Unter dem Aushängeschild von Hilfe und Unterstützung bringt der USA-Imperialismus seine landwirtschaftlichen Produkte mit Dumpingpreisen auf den Markt der Hilfsempfängerländer und übt Druck auf sie aus. Mit seiner Landwirtschaft und deren mißlichen Lage kann der sowjetische Sozialimperialismus nicht viel Getreide in die asiatische Region ausführen. Aber wenn er Getreide exportiert, dann in schamloser Verfolgung seines Hegemoniestrebens. Im September 1973 lieh er aus eigener Initiative Indien zwei Millionen Tonnen Weizen. Aber als Indien im Jahr 1974 eine schlechtere Ernte hatte, Hungersnot herrschte, hatte die Sowjetunion nichts eiligeres zu tun, als ausgerechnet jetzt auf Rückerstattung des Weizens zu drängen." (Peking Rundschau) Meist sind solche Lieferungen dann noch mit hohen Zinsen verbunden.

Auch der Austausch zu ungleichen Werten ist ein beliebtes Mittel der Imperialisten, die Länder der Dritten Welt auszubeuten. Das heißt, die „Schere" zwischen den Preisen von Industrie- und Agrarprodukten noch weiter auseinanderklaffen zu lassen, die Imperialisten kaufen billig Tee und verkaufen teuer ihre Maschinen und Industrieprodukte.

Die sogenannte „grüne Revolution" ist der größte Versuch der Imperialisten, insbesondere der USA, über die Ernährungsfrage die Völker der Dritten Welt in Abhängigkeit zu halten. Sie sollte dazu dienen, die rote Revolution aufzuhalten, das heißt, die immer mächtiger werdenden Bewegungen in der Dritten Welt, den Imperialismus endgültig zu verjagen und zu vernichten. Die Imperialisten sind in den sechziger Jahren angetreten mit dem Schlachtruf, den Hunger in der Welt zu bannen durch die Einleitung der „grünen Revolution". Sie behaupteten, daß durch von ihnen neu gezüchtete Getreidesorten, durch den Einsatz chemischer Düngemittel, durch den Einsatz von Giftstoffen zur Beseitigung von Schädlingen und Insekten sowie vor allem durch die Einführung von landwirtschaftlichen Maschinen, also Traktoren, elektrische Pumpen, die Ernährungsfrage von ihnen gelöst werden würde.

All diese Mittel sind in den Händen der Imperialisten nur Instrumente zur Ausplünderung und Ausbeutung der Länder der Dritten Welt. Die Triebkraft der Imperialisten ist der Höchstprofit. Eingeleitet wurde durch die „grüne Revolution" eine Kapitalisierung der Landwirtschaft in einigen Ländern. Die Hungerprobleme selber wurden nicht gelöst. Durch die Schaffung der technischen Voraussetzungen für die „grüne Revolution" haben die Imperialisten große Profite gemacht, den Warenexport gesteigert und direkt Kapital in den Ländern der Dritten Welt investiert, mit dem sie wiederum das Land und die billigen Arbeitskräfte ausbeuten.

Über die Weltbank, ein von den Imperialisten selber geschaffenes Instrument zur Vergabe von Krediten, wurde die Abhängigkeit der Länder vertieft und die Verschuldung gesteigert. Die Projekte der „grünen Revolution" wurden im allgemeinen getragen von den Großgrundbesitzern, welche den Besitz an Grund und Boden hatten und in der Lage waren, die Kredite aufzunehmen. Das hat vielfach zur Vertreibung der kleinen Pächter und Bauern geführt und zu ihrer Umwandlung in Lohnarbeiter. Die rote Revolution aufhalten konnte dieses Instrument der Imperialisten nicht. – (jk)

„Grüne Revolution" in Indien

In den Jahren 1974 und 1975 kam es zu heftigen Massendemonstrationen gegen Hunger und Armut in Indien. In den verschiedenen Bundesstaaten bemächtigten sich die hungernden Massen der Nahrungsmittel in den Depots und Geschäften. Dabei kam es zu heftigen Straßenkämpfen mit der Polizei. Die Regierung war vielfach nicht in der Lage, die Kämpfe unter Kontrolle zu bringen. Zu dieser Zeit spricht die bürgerliche Presse allgemein von dem totalen Zusammenbruch der „Grünen Revolution". „Indiens Grüne Revolution ist in sich zusammengebrochen", schreibt der „Spiegel". „1974 betrug die indische Getreideproduktion pro Kopf der Bevölkerung weniger als vor Beginn der Grünen Revolution." (Neue Zürcher Zeitung)

Für die indischen Volksmassen hat die „Grüne Revolution" nur zur Vergrößerung des Elends geführt. Ein großer Teil von Pächtern und kleinen Bauern ist durch sie von ihrem Grund und Boden vertrieben worden. Die Nahrungsmittel selbst wurden weniger. Die indische Kompradorenbourgeoisie hat nichts unversucht gelassen, sich selbst zu bereichern über die „Grüne Revolution" durch Einverleibung des Landes der Bauern, durch Profit über den Export, durch Kreditschwindel und Steuerhinterziehung. Das Land selber wurde mit der „Grünen Revolution" noch weiter den Imperialisten verkauft, die über die Kredite, die Anlage von Kapital und durch Warenexport ihre Position festigten und große Extraprofite machten.

Die „Times of India" schreibt: „Die Landbezirke haben ihre eigenen Probleme. Die neue landwirtschaftliche Technologie ... hat hauptsächlich denjenigen genutzt, die gebildet sind und Geld für Investitionen haben. Die meisten kleinen Bauern konnten dagegen nicht vorankommen. Die Wohlhabenden sind noch reicher geworden und haben in vielen Fällen ihr Land auf Kosten ihrer armen Nachbarn vergrößert. Die Pächter, die gezwungen worden sind, ihre Rechte aufzugeben, sind Landarbeiter geworden. Das hat einige Erregung hervorgerufen." Eine Journalistin schreibt: „Durch die fortschreitende Ersetzung der Ochsenkraft durch Traktoren und andere Maschinen werden die indischen Bauern zum ersten Mal die Wirtschaftlichkeit der Entwicklungsstufe genießen können, die in den entwickelten Ländern aus der Landwirtschaft ein profitables Geschäftsunternehmen gemacht hat. Die ineffektiven Bewirtschafter, d.h. die kleinen Bauern, die sich den Einsatz der neuen Technologie nicht leisten können, werden herausfinden, daß sich das Investieren bei kleinen Ländereien nicht lohnt, ihren Hof verkaufen und die Landwirtschaft verlassen. Auch die Pächter werden nach und nach verschwinden."

Wie hat sich das entwickelt? Die Imperialisten haben über die „Grüne Revolution" behauptet, daß durch die Züchtung neuer Getreidesorten Indiens Hungerproblem gelöst werden könne. Diese Getreidesorten wurden in den USA und unter ihrem Einfluß stehenden Forschungsinstituten entwickelt. Herausgekommen sind Sorten, die erstens noch lange nicht für Indiens Bodenbeschaffenheit taugen müssen, und zweitens nur von Nutzen sind in Verbindung mit Düngemitteln chemischer Herkunft, Schädlingsbekämpfungsmitteln, weil sie meist anfälliger sind als die im Lande entwickelten Pflanzen, und nur durch Maschinen wie Traktoren und entsprechende landwirtschaftliche Anlagen angebaut werden können. Das alles können sich in Indien nur die Großgrundbesitzer leisten. Tatsache ist, daß auch die Produktivität zeitweise erhöht worden ist auf ihren Ländereien. Die kleinen Bauern und Pächter können bei dieser Mechanisierung der Landwirtschaft nicht mithalten. Ein Teil der Pächter und Kleinbauern geht gleich mit Einführung der neuen landwirtschaftlichen Produktion zugrunde, ein anderer versucht über die Runden zu kommen, indem er sich Kredite besorgt. Und zwar für alles, landwirtschaftliche Maschinen, Düngemittel und auch für das Saatgut. Dafür muß er Zinsen zahlen. Die Großgrundbesitzer sind im allgemeinen auch Geldverleiher, die armen Bauern, Pächter, ihre Schuldner. Sehr breit ist auch Getreideverleih, bei dem ein Zins von 5 bis 10 Prozent im Monat verlangt wird. Besorgt sich der Kleinbauer oder Pächter Kredite, muß er sie in einer bestimmten Frist zurückzahlen. Das ist meist nicht möglich. Also muß er sich neue Kredite besorgen, das heißt dann noch mehr Zins zahlen. Bis er aufgibt. Die lokalen Geldverleiher verlangen bis zu 70 Prozent Zins im Jahr. Die „Grüne Revolution" hat die Entwicklung ungeheuer beschleunigt. Die eingerichteten Kreditkooperativen gerieten sofort unter Kontrolle der örtlichen Großgrundbesitzer, die damit die Kreditknechtschaft zentralisierten. Die Bauern mußten 40 bis 50 Prozent Bodenpacht zahlen. Mit der Steigerung der Produktivität des Bodens durch die intensive Nutzung durch die Großgrundbesitzer stiegen die Grundrente und die Bodenpreise. Kein kleinerer Bauer konnte sich Land zukaufen, die Pächter konnten ihre Pacht nicht mehr bezahlen.



Straßenkämpfe mit der Polizei bei Massendemonstrationen gegen Hunger, Armut und Vertreibung von Grund und Boden

Diese Entwicklung hat in Indien zur Vertreibung der Kleinbauern und Pächter geführt. Viele bekommen als Lohnarbeiter auf dem Land keinen Arbeitsplatz und wandern in die Städte ab.

Diese Entwicklung führte andererseits zur Stärkung der Großgrundbesitzer und vor allem zur verstärkten Kontrolle des Landes durch die Imperialisten. Die Pächter und die kleinen Bauern mußten ihre Schulden bei den Großgrundbesitzern durch die Übergabe ihres Landes an diese begleichen. Die Imperialisten lieferten die Mittel zur Durchführung der „Grünen Revolution". Sie lieferten die Düngemittel, das Saatgut, die Maschinen, die Schädlingsbekämpfungsmittel, und sie lieferten teilweise auch das Saatgut. Der algerische Staatspräsident Boumedienne hat 1973 auf der UNO-Rohstoffkonferenz ausgeführt, daß die Imperialisten viele dieser Güter vollkommen monopolisieren und entsprechend auch den Preis bestimmen und hohe Extraprofite machen. „Der Preis für die von den Entwicklungsländern am meisten gebrauchten Düngemittel hatte sich in der Zeit von 1972 bis 1973 fast verdoppelt. Diese maßlose Preissteigerung geht allein auf die Industrieländer zurück, die die Düngemittelproduktion auf dem Weltmarkt zu neun Zehnteln kontrollierten." Indische Marxisten-Leninisten schreiben: „Britisches Kapital ist in großem Ausmaß an der Landwirtschaft beteiligt. Dazu kommt amerikanisches Kapital. Landwirtschaftliche Maschinen und Kunstdünger müssen weiterhin importiert werden. Ausländisches Kapital ist auch in Bewässerungs- und Energieprojekten investiert." Von den Imperialisten werden die Kredite geliefert. Das wesentliche Instrument dazu ist die Weltbank, über die sowohl die Kredite für den Ankauf von Waren wie auch der Aufbau von Fabriken finanziert werden. Im Jahre 1975/76 wurden Kredite in bisher nie dagewesenem Umfang von 145 Millionen Dollar von der Weltbank vergeben für Bewässerungsanlagen in Andhra Pradesh, Saatgut, Agrarprogramm-Studien in den östlichen Regionen. Das Wasserprojekt betrifft ein Gebiet von 870 000 Hektar und 120 000 Bauernfamilien, weitere 150 Millionen Dollar wurden vergeben für die Kunstdüngerproduktion im Lande selbst. Insgesamt ist Indien an die Weltbank und ihre Tochterinstitute Ende Juni 1976 mit 5,87 Milliarden Dollar (126 Projekte) verschuldet. Die Weltbank wird von den USA-Imperialisten beherrscht. Dazu kommen noch die Schulden bei den Sozialimperialisten. Bis zu 8,5 Prozent Zinsen müssen von Indien bei der Weltbank für einzelne Kredite zurückgezahlt werden. Die Projekte selbst zielen alle auf Vertreibung von kleinen Bauern und Pächtern, so z.B. die Bewässerung, die meist verbunden ist mit einer Steuer und auch nur den Großgrundbesitzern nützt.

Die von ihrem Grund und Boden vertriebenen kleinen Bauern und Pächter haben kein Geld, um die Wuchernahrungsmittelpreise zu bezahlen. Die Großgrundbesitzer, die nichts als ihren Profit im Sinn haben, lassen das Land brach liegen. Die Produktion geht zurück, und die Massen hungern. Das ist das wirkliche Ergebnis der von den Imperialisten betriebenen „Grünen Revolution". – (jk)

Konkurrenz unter der Bourgeoisie – Die Arbeiterbewegung schließt sich zusammen

Unter den Bourgeoisien Westeuropas kracht es. Zwar sind sie in der EG zusammengeschlossen, aber die EG ist ein imperialistisches Bündnis. Zwischen den Kapitalistenklassen jedes Landes herrscht Konkurrenz und jede von ihnen führt den Kampf um die Vorherrschaft in der EG oder will die Vorherrschaft der anderen verhindern. Der proletarische Klassenkampf macht Fortschritte, der Zusammenschluß der europäischen Arbeiterbewegung kommt voran. In allen Ländern werden große Kämpfe gegen Lohnraub, gegen den Verschleiß der Arbeitskraft durch Verschärfung der Ausbeutung, gegen Steuerplünderung und Unterdrückung durch den imperialistischen Staatsapparat geführt.

Ende letzter Woche befinden sich mehr als die Hälfte, 6 000 von 11 000 der Beschäftigten im Rotterdamer Hafen im Streik. Zu Beginn des Streiks der Hafenarbeiter am 7. Februar waren es zusammen im Amsterdamer und Rotterdamer Hafen einige Tausend. Der Streikkampf für höheren Lohn trifft die Bourgeois aller Herren Länder: „Es werden auf der größten Seetransport-Drehscheibe aller Herren Länder kaum noch Waren umgeschlagen.“ (Die Welt, 19.2.77) Das Einsacken des Profits ist im Stocken. Mittwoch, den 16. 2., beteiligten sich in Rotterdam mehr als 24 000, vor allem Hafenarbeiter, an der größten Kampfdemonstration der Arbeiterbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg. (Nach: ARD-Nachrichten)

Im Bewußtsein der „engsten Wirtschaftsbeziehungen“ schreibt die reaktionäre „Welt“: „Das Sozialklima in den Niederlanden ist durch die noch längst nicht abgeklungene Streikwelle auf Jahre hinaus verdorben worden.“ Der Streikkampf „beendet eine jahrzehntelange Periode der Vernunft im Verhältnis zwischen den Sozialpartnern“. Die „Welt“ trauert einem der letzten Länder nach, in dem es den Sozialdemokraten noch gelungen war, die Kraft der Arbeiterbewegung an ihrer Entfaltung zu fesseln.

Schmidt kann sich bei seiner Hetze gegen die englischen Arbeiter oder die italienischen Arbeiter, die hartnäckig den Kampf um den Lohn führen, des Beifalls der Bourgeoisie sicher sein. Aber über ihre Reihen dringt er nicht hinaus. Der Sozialdemokrat Schmidt preist die Politiker der faschistischen Diktatur in Spanien als „Wegbereiter der Demokratie“. Die Arbeiter haben für den fünf Monate dauernden Streik der Belegschaft von Motor-Iberica, den neunzig Tage dauernden Streik der Arbeiter von Michelin in Spanien 1976 fortlaufend die politische und materielle Unterstützung des Streikkampfes aus Westdeutschland organisiert.

In der Jagd nach Extraprofit und Höchstprofit sind die imperialistischen Monopole, die Kapitalistenklasse jedes Landes durch die gegenseitige Konkurrenz gestachelt, den Lohn zu drücken, die Ausbeutung der Arbeiter durch Rationalisierung, Verdichtung des Arbeitstages und Verlängerung der Arbeitszeit zu verschärfen. In England kämpfen die Bergarbeiter seit Dezember 1976 für die Senkung des Rentenalters auf 60 Jahre sofort und 55 Jahre bis 1980. In Frankreich sollen im Februar Kampfaktionen, zu denen die Gewerkschaften aufrufen, stattfinden für Senkung des Rentenalters auf 55 Jahre, Verkürzung der Arbeitszeit zunächst auf 40 Stunden und dann auf 35 Stunden. Der Kampf für den Normalarbeitstag und gegen die Tendenz, alle Lebenszeit der Arbeiterbevölkerung in Arbeitszeit für die Kapitalisten zu verwandeln, diese Forderung steht an der Ursprungsgeschichte der internationalen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert. Heute wird sie erneut in großer Übereinstimmung von der europäischen Arbeiterbewegung auf die Tagesordnung gesetzt. So beginnt sie, eine wirksame Barrikade gegen das Bestreben der Bourgeoisie aufzubauen, Land für Land den Wert der Arbeitskraft zu senken und insgesamt die Arbeiter ins Elend zu stürzen.

Um in der imperialistischen Konkurrenz je nach Lage nicht unterzugehen, standzuhalten oder gar zu obsiegen, kommt es für die Bourgeoisklassen darauf an, jede Möglichkeit zu nutzen, den Preis der Arbeitskraft und schließlich ihren Wert zu senken und sich zusätzliche Gelder zu verschaffen. Sei es für die imperialistische Armee, sei es für „Investitionsspritzen“. Kein Zufall, daß bei Verschärfung der Widersprüche innerhalb der EG und auf dem Weltmarkt zuerst Kanzler Schmidt die Brahmsee-Konferenz veranstalten mußte und das Haushaltsstrukturgesetz verabschiedet wurde, bald darauf der „Barre-Plan“ der französischen imperialistischen Bourgeoisie und der „Andreotti-Plan“ in Italien vom Finanzkapital entworfen wurden. Ihr Kern ist überall derselbe: Lohndiktat, Steuer- und Gebührenerhöhungen, Plünderung der Versicherungskassen. Jetzt hat in Italien die Andreotti-Regierung bekanntgegeben, daß das Defizit der Sozialversicherung und Krankenversicherung „etwa 3 000 Milliarden Lire“ betragen wird. „Im Gespräch“ befindet sich „die Selbstbeteiligung der Krankenversicherten an den Arzneimittelkosten sowie eine Beitragserhöhung der Sozialversicherten“. „Vorgesehen ist auch eine allgemeine Erhöhung der Versorgungs- und Dienstleistungstarife der Kommunalbetriebe“. Der Christdemokrat Andreotti und der Sozialdemokrat Ehrenberg, das macht hier keinen Unterschied. Bloß braucht die Bourgeoisie Sozialdemokraten und Revisionisten, um ihre Ausbeuterinteressen durch Spaltung der Arbeiterbewegung durchsetzen zu können.

Pläne zu großangelegten Raubzügen macht gegenwärtig jede der herrschenden Bourgeoisien. Der jüngste davon ist der „Tindemans-Plan“ in Belgien. Eine Milliarde DM will er durch die Erhöhung der Verbrauchssteuern hereinholen. Ab 25. Februar bis zu Ostern werden die Gewerkschaften in den verschiedenen Provinzen des Landes und im öffentlichen Dienst jeweils eintägige Streiks dagegen durchführen. In Italien und in Frankreich hat die Arbeiterbewegung seit Bekanntwerden dieser Pläne Welle auf Welle in großen Massenstreikaktionen im ganzen Land, mit Demonstrationen in den Hauptstädten der Länder die Forderung nach dem Sturz dieser Pläne erhoben und den Kampf organisiert. Keiner ist durchgesetzt.

Durch diese Kämpfe um den Lohn, den Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung und für Normalarbeitstag, gegen die Steuerplünderung, um die Kriegskassen der Bourgeoisie zu füllen, schränkt die Arbeiterklasse in den Ländern der EG die Konkurrenz untereinander ein und bildet sich die europäische Arbeiterbewegung, die fest von ihren einheitlichen Interessen ausgeht, heraus. In den verschiedensten Ländern erstarkt die marxistisch-leninistische Bewegung und sind überall die fortgeschrittensten Arbeiter dabei, die politische Partei der Arbeiterklasse aufzubauen, um den Kampf für die proletarische Revolution und den Kommunismus zu organisieren. – (hjh)

Durch „Schlamperei“ einen „Popanz“ geliefert?

Aus dem Bezirk Bremen/Unterweser erreichte uns folgender Brief:

Betr.: Programmentwurf der KPD/ML und „Viererbande“

Genossen!

In der Dezember-Nummer 1976 von Kommunismus und Klassenkampf hat der Genosse gs den Programmentwurf der KPD/ML kritisiert und unter anderem (Punkt 11) aufgedeckt, daß die Aussagen von Karl Marx entstellt und direkt auf den Kopf gestellt werden, indem nach ihnen die Produktionsverhältnisse auf den Klassenverhältnissen beruhen und nicht umgekehrt.

gs schreibt: „Es handelt sich um eine bewußte oder, was wahrscheinlicher ist, unbewußte Verfälschung eines zentralen Gedankens des Marxismus-Leninismus ...“

Ob bewußt oder unbewußt, ich bin der Auffassung, daß diese Verfälschung direkt übernommen ist von einem der „Viererbande“. Dschang Tschun-tjiao schreibt in der Schrift „Zur allseitigen Dikatur über die Bourgeoisie“, Peking 1975, auf Seite 19 wörtlich:

„In seinem Werk ‚Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850‘ erklärte Marx noch genauer, diese Diktatur sei die notwendige Übergangsphase zur Abschaffung der *Klassenunterschiede überhaupt*, zur Abschaffung *sämtlicher Produktionsverhältnisse*, die auf diesen Klassenverhältnissen beruhen, zur Abschaffung *sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen*, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umgestaltung *sämtlicher Ideen*, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen.“ (Hervorhebungen von Dschang Tschun-tjiao)

Das sind wörtlich die Passagen des Programmentwurfs der KPD/ML. Beidesmal sind Idealisten am Werk, die sich tarnen wollen durch die Terminologie des Marxismus-Leninismus.

Mit kommunistischen Grüßen
H.K.

In einer Antwort auf die Kritik an ihrem Programmentwurf hatte die Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) im „Roten Morgen“ vom 4. Februar geschrieben:

„Selbstverständlich müßte es heißen: ... zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, *worauf* diese Klassenunterschiede beruhen. Dieser sinnentstellende Übertragungsfehler ist sicherlich bedauerlich und hätte bei einer so wichtigen Sache nicht passieren dürfen. Insofern wäre ein Hinweis des KBW sehr nützlich gewesen, obwohl der Fehler kurz nach der Veröffentlichung des Entwurfs von uns entdeckt worden ist. Der KBW begnügt sich keineswegs mit einem solchen durchaus angebrachten Hinweis. Der Autor des KBW-Artikels meint vielmehr, nun endlich gefunden zu haben, was er bereits seitenlang so vergeblich gesucht hatte: den Beweis, daß der Programmentwurf ein idealistisches, unmarxistisches Machwerk sei. Spalte für Spalte versucht er das nun auszuschlachten, was es alles für Konsequenzen hat, wenn man meint, daß die Produktionsverhältnisse auf den Klassenunterschieden beruhen und nicht umgekehrt. Nur sind diese Konsequenzen im Programmentwurf nirgends zu finden, weil unsere Partei niemals diese Auffassungen vertreten hat. Der KBW schlägt also hier auf einen Popanz ein, und das einzige, wofür wir in diesem Zusammenhang Selbstkritik üben müssen, ist, daß wir ihm durch unsere Schlamperei diesen Popanz geliefert haben.“

Als die Fälschung einer Weisung Maos durch den Genossen Hua Guofeng aufgedeckt wurde, meinte Dschang Tschun-tjiao, man solle die Sache auf sich beruhen lassen, damit keine unnötige Verwirrung entstehe. Man muß aber den Ursachen von Verfälschungen des Marxismus-Leninismus auf den Grund gehen. „Wie die Katze um den heißen Brei“ hatte der „Rote Morgen“ seine Antwort auf unsere Kritik umschrieben.

„Internationale Arbeitsteilung“ im RGW zum Nutzen des sowjetischen Sozialimperialismus

Jahrelang haben die sozialimperialistischen Propagandisten herausgestellt, wie stabil und vom Weltmarkt unabhängig die Preise innerhalb des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) seien. Bis Ende 1974 wurden die Außenhandelspreise alle fünf Jahre neu festgesetzt. 1975 hat die Sowjetunion ihre Exportpreise für die kleineren Länder des RGW mit einem Schlag drastisch hochgesetzt. Die Preise für Energielieferungen wurden um durchschnittlich 90 Prozent erhöht, der Steinkohlepreis um 120 Prozent. Zwar konnten auch die anderen RGW-Länder ihre Preise zwischen 15 und 20 Prozent heraufsetzen. Einen Ausgleich konnte das aber nicht bringen, so daß diese Länder der Sowjetunion zwischen 4 und 9 Prozent mehr Waren im Austausch für die gleiche Menge Waren wie ein Jahr zuvor liefern mußten.

Auf diese Weise hat die Sowjetunion zusätzliche Exporterlöse hereingeholt, wie sie dem Wert der gesamten sowjetischen Einfuhren aus Ungarn im selben Jahr entsprechen.

Dort, wo die Abhängigkeit von ihrem Energieexport am höchsten ist, hat sie den Preis auch am stärksten erhöht. Bulgarien, das zwei Drittel seiner Energieträger aus der Sowjetunion bezieht, mußte für das Erdöl 126 Prozent mehr bezahlen, die DDR, die ein Drittel ihrer Energie aus der UdSSR importiert, kam mit 50 Prozent Preiserhöhung davon.

„Die Sowjetunion nützt, wie viele andere Staaten, auf beiderseitig vorteilhafter Grundlage und mittels eines großen Netzes der Außenwirtschaftsbeziehungen rege die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung.“ So schreibt ein Vertreter des sowjetischen Außenhandelsministeriums in der Januar-Ausgabe der Zeitschrift „Außenhandel“. Was soll von „beiderseitigem Vorteil“ sein, wenn Bulgarien für seine Lieferungen aus der Sowjetunion mehr als das Doppelte bezahlen muß? Daran ist bloß wahr, daß die Sowjetunion die Vorteile der Erpressung „rege nutzt“. Eines der genannten Netze, die sie dazu ausgeworfen hat, ist der RGW und das 1971 durchgesetzte ökonomische Komplexprogramm. Es legt die einseitige Ausrichtung der einzelnen Länder auf die Produktion bestimmter Produkte fest, um die Selbständigkeit dieser Länder zu verhindern und der Sowjetunion optimale Ausbeutungsbedingungen zu gewährleisten. In der Sprache der Sozialimperialisten hört sich das so an: „Die Aneignung aller Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution durch viele Länder gleichzeitig, die oft großen Kapitalaufwand erfordert und langer Zeit bedarf, ist ökonomisch unvorteilhaft und praktisch unzweckmäßig.“

Keineswegs ist es etwa für Bulgarien dabei geblieben, 126 Prozent mehr für sein Erdöl zu bezahlen. Wie Ungarn, die DDR und die Tschechoslowakei muß es im Austausch für das Erdöl komplette Ausrüstungen liefern, „wobei sie die Chefmontage und die Einrichtungs- und Inbetriebsetzungsarbeiten übernehmen und auch Rohre, Baukonstruktionen, Maschinen, Werkzeugmaschinen und Werkstoffe zur Verfügung stellen.“ Polen muß bis 1979 eine Ölleitung und 11 Ölpumpund Verdichterstationen bauen. Die Gasleitung von Orenburg bis an die Westgrenze der UdSSR soll in zwei Jahren fertig sein. Zum Ausbau des elektrischen Verbundsystems müssen sich die Länder am Bau einer neuen 750-kV-Leitung von der UdSSR nach Ungarn beteiligen. Alle Leitungen des Verbundsystems führen über die Sowjetunion. Dort befinden sich die Stromabschalthebel, und so hängt alles am Draht der Sozialimperialisten.

Entwicklung der Export- und Importstruktur des Handels der UdSSR mit den RGW-Ländern Europas 1970 bis 1975
in Prozent

	Export		Import	
	1970	1975	1970	1975
Maschinen und Ausrüstungen	20,7	21,9	43,6	45,4
Brenn- und Rohstoffe	57,6	63,4	19,1	17,3
Nahrungs- und Genußmittel sowie Ausgangsstoffe	7,7	3,6	9,3	12,1
Industrielle Konsumgüter	2,2	2,8	23,7	21,4

Quelle: Außenhandel 12/1976

Bei der Verteilung dieser Art „Arbeitsteilung“ läßt sich die Sowjetunion durchweg Schlüsselindustrien bauen, mit deren Hilfe sie die anderen Länder ökonomisch abhängig macht. So steht in „Außenhandel“ 12/76, daß für 1976 bis 1980 unter anderem die Lieferung von 6 kompletten Anlagen für die Karbamiderzeugung mit einer Jahresleistung von insgesamt 6 Millionen Tonnen, 21 Schwefelsäureanlagen mit insgesamt 10 Millionen Tonnen Jahresleistung und Ausrüstungen für die Erzeugung von 225 000 Tonnen Kaprolaktam im Jahr vorgesehen ist.

„Diese Anlagen“, heißt es, „werden zur Lösung der vom XXV. Parteitag der KPdSU gestellten Aufgabe beitragen, die Produktion von Mineraldünger auf 143 Millionen Tonnen zu steigern und auch die Kunstharzerzeugung zu vergrößern.“

Liest man im Außenhandelsregister nach, so erfährt man weiter, daß die Sowjetunion in die RGW-Länder 1975 vier Millionen Tonnen allein an Kalidünger verkauft hat. So läßt sie sich nicht nur ihre eigene Düngemittelproduktion finanzieren, sondern verkauft einen Teil auch wieder profitabel und hat einen Hebel, um die Landwirtschaft in die Hand zu bekommen.

Von 1971 bis 1975 hat sich die Sowjetunion 1 026 Objekte auf diese Weise beschafft.

Es mag verwundern, wenn man feststellt, daß die Sowjetunion einen wesentlichen Teil ihrer Ausbeutungspolitik der RGW-Länder über den Export von Rohstoffen betreibt und absichert. 1975 waren es bereits über 60 Prozent des Exports in diese Länder. Die technische Entwicklung der Wirtschaft der Sowjetunion ist in vielen Bereichen aufgrund der verschiedenen historischen Entwicklung gegenüber der Entwicklung in anderen Ländern Osteuropas zurück. Dies gleicht sie aus, indem sie ihr wirtschaftliches und militärisches Potential zu skrupelloser Erpressung einsetzt. Durch die Rohstofflieferungen macht sie die RGW-Länder von sich abhängig, läßt diese die Anlagen finanzieren, deren Kapital eine lange Umschlagsdauer hat, besitzt dann die Anlagen und verdient auch noch direkt damit. Im Gegenzug läßt sie sich insbesondere Maschinen und Ausrüstungen liefern, die eine relativ komplizierte Herstellung erfordern, bei deren Anwendung aber hoher Profit abfällt. So besorgen die osteuropäischen Staaten einen großen Teil der technologischen Entwicklung, die die neue Bourgeoisie der Sowjetunion nicht nachholen kann, weil sie die Produktivkräfte niederdrückt, und verhelfen der Sowjetunion zu rascher Akkumulation von Kapital. Gleichzeitig ist dies für die UdSSR bloße Ausgangsbasis für Kampf auf dem Weltmarkt und für die Ausbeutung der Dritten Welt. Die zahlreichen Lieferungen von Bohranlagen beginnen sich auszuzahlen, im Zeitraum von 1971–75 haben sich die Erdöleinfuhren der UdSSR aus der Dritten Welt gegenüber den fünf Jahren zuvor verfünffacht.

Für die RGW-Länder bringt all dies verstärkte wirtschaftliche Schwierigkeiten. Sie müssen Arbeitskräfte, Maschinen und Konsumgüter ihrer Wirtschaft entziehen und an die UdSSR liefern, die sich so ihre Basis ausdehnt im Kampf um die Welthegemonie. – (fb).

Vorwärtsschreitendes Kampuchea

Am 17. April wird das Volk von Kampuchea seinen zweiten Jahrestag der Befreiung seines Landes von der Herrschaft des Imperialismus und Kolonialismus feiern. Die Arbeiter, Bauern und Volksmassen, die seit diesem Tag Herren in ihrem Land sind, bauen zielstrebig den Sozialismus auf und festigen die Herrschaft der Arbeiter und Bauern in Kampuchea.

Den Imperialisten ist jedes Land, das ihnen zur Plünderung und Ausbeutung nicht offensteht, ein Dorn im Auge. Deshalb hetzen sie seit der Befreiung Kampucheas gegen das Volk von Kampuchea und erfinden Greuelmärchen wie „in Kampuchea sollen zwischen April 1975 und Oktober 1976 1,2 Millionen Männer, Frauen und Kinder umgekommen sein" (Süddeutsche Zeitung, 25.1.77) oder „Etwa 500 Soldaten der Khmer Rouge sind von Kampuchea aus nach Thailand eingedrungen. Sie überfielen vier Dörfer" (Die Welt, 31.1.77). Tatsache ist, daß die thailändische Regierung seit dem Putsch im letzten Jahr ständig Angriffe auf dem Gebiet Kampucheas durchführt. Tatsache ist, daß das Volk von Kampuchea große Erfolge im Aufbau seines sozialistischen Staates erringt.

Die Imperialisten ziehen aus ihren Niederlagen in Kampuchea keine Lehren. Ihr Wunsch ist, sich Kampuchea erneut zu unterwerfen. Deshalb entfalten sie eine breite Hetze. Daß ihre imperialistischen Wünsche keinen Boden haben, zeigt der Reisebericht einer chinesischen Journalistendelegation in Kambodscha, den wir im folgenden in Auszügen abdrucken.



Die Kämpfer der Revolutionären Armee verteidigen die territoriale Integrität des Landes und beteiligen sich am Aufbau. Hier: Eine Einheit der Kämpfer. Sie gräbt einen Bewässerungskanal, um den Boden urbar zu machen.

Die Landwirtschaft als Grundlage

„Ihre revolutionäre Organisation, der revolutionäre Geist der Unabhängigkeit, die Initiative in den Händen des Volkes von Kampuchea führten dazu, daß sie die Entwicklung der Landwirtschaft als Grundlage des Wiederaufbaus und der Entwicklung einer neuen nationalen Wirtschaft anpackten.

Eine Reihe wirksamer Maßnahmen wurden dafür ergriffen, und das ganze Land wurde mobilisiert, Wasserreservoirs anzulegen und das Weideland zu verbessern. Nach knapp einem Jahr größter Anstrengungen hat Kampuchea die Selbstversorgung im Kornbau erreicht, der erste überragende Sieg von historischer Bedeutung, den das Volk von Kampuchea beim Aufbau des Landes gewonnen hat.

Während unserer Reise sahen wir, wie das heldenhafte Volk die Kampfparole in die Tat umsetzte: ‚Verändert die Berge und Flüsse Kampucheas!' ‚Wasser bringt uns den Reis, und Reis bringt uns alles!' ‚Seid die Herren des Wassers!' So errichteten sie Kanäle und Staubecken. Wir waren tief beeindruckt von den Fortschritten, die sie seit der Befreiung des Landes gemacht haben, und während wir die Straße entlang fuhren, sahen wir die jüngst errichteten Teiche, Deiche und Kanäle in alle Richtungen sich erstrecken. Unsere Freunde aus Kampuchea konnten ihre Freude nicht verbergen, als sie von den großen Veränderungen erzählten, die auf den Feldern bewerkstelligt wurden. Auf unserem Weg sahen wir glänzende Beispiele des ‚Gartenbaus', wie er auf dem nationalen Emblem von Kampuchea abgebildet ist. Wir sahen weite Gebiete mit über Tausenden von Hektar Land, das früher in kleine Parzellen zerstückelt war, jetzt durch neu errichtete gerade Deiche und Kanäle in ein Hektar große Reisfelder unterteilt ist. (...)

Wir besuchten das Baraytukla Re-
Wir besuchten das Baraytukla Re-
servoir am Rand der Stadt Siem Reap. Es ist 8 Kilometer lang und zweieinhalb Kilometer breit und kann über 130 Millionen Kubikmeter Wasser fassen. Es ist eines der Hauptwasserreservoirs in diesem Gebiet. Nach der Befreiung kamen Zehntausende von Menschen hierher, um an der Restauration und am Neubau der Haupt- und Seitenkanäle des Reservoirs zu arbeiten. Der leitende Kader des Reservoirs erzählte, daß dieses Jahr 3 000 Reisfelder aus dem Reservoir bewässert worden seien und zwei Ernten stattgefunden haben; und daß im nächsten Jahr das aus dem Reservoir bewässerte Land um ein Vielfaches vergrößert werden soll. Die Errichtung von Stauwerken in großem Ausmaß hat rasch mehr Land für den Reisanbau nutzbar gemacht. Der Ertrag pro Einheit ist ständig gestiegen. In vielen Gebieten ist die Gewohnheit, den Anbau vom Wetter abhängig zu machen, abgeschafft worden. Große Landstriche um den See Tonle Sap, die vorher unbebaut waren, sind von den Kooperativen, die dort Wasserstauwerke gebaut haben, in fruchtbares Land umgewandelt worden. Ungefähr ein Drittel des kultivierten Landes dieses Gebietes ist nun zum ersten Mal bewässert worden, und letztes Jahr haben ungefähr zwei Zehntel des Landes zwei Reisernten eingebracht. Neben dem Bau von Wasserstauwerken arbeitet die revolutionäre Organisation des Demokratischen Kampuchea daran, die landwirtschaftliche Technik zu verbessern und bereits in Angriff genommene Bodenprobleme zu lösen, wie die Produktion von Saatgut und bessere Feldbearbeitung. (...)

Eine verbreitete Parole auf vielen Landstraßen in Kampuchea ist: ‚Mit großen Schritten voran im heftigsten Angriff mit großer Entschlossenheit und Kühnheit.' (Eigene Übersetzung aus Hsinhua, 20.1.77)



Die Produkte der Industrie dienen der raschen Entwicklung der Landwirtschaft und der schnellen Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes.

Die Industrie als führender Faktor

„In der Fabrik Nr. 6, einer Maschinenfabrik in Phnom Penh, sprachen wir mit dem Leiter des Betriebes, einem früheren Regimentskommandanten in der revolutionären Armee. (...) Es ist ein mittelgroßer Betrieb mit einem eigenen Schmelzofen und verschiedenen Werkzeugmaschinen. Er erzählte uns, daß die Fabrik von den kambodschanischen Arbeitern selbst entworfen und gebaut worden sei und daß sie die drei Werkshallen in fünf Monaten aufgebaut haben. Der Kern des Betriebes wurde gebildet aus 50 kleinen Werkstätten, aus denen die sporadisch laufenden Maschinen gesammelt wurden und die jetzt immer in Betrieb sind. Jetzt werden Pumpen und mechanische Sägen hergestellt. (...)

Wir bemerkten den Enthusiasmus, mit dem die Maschinenarbeiter arbeiteten, und wir waren beeindruckt von den säuberlich aufgereihten fertig zusammengesetzten Pumpen und Säge-
sammengesetzten Pumpen und Säge-
maschinen verschiedenen Typs. Unsere Gastgeber erklärten uns: ‚Pumpen sind im Augenblick von großer Bedeutung, und als das Siem-Reap-Gebiet neulich von einer Dürre betroffen war, lieferten wir Pumpen in kurzer Zeit, so daß die Verluste so gering wie möglich gehalten werden konnten.' (...)

Wir sahen diese Maschinen beim Einsatz auf den Feldern zur großen Zufriedenheit der Bauern. Wir fragten Cheng An, einen Guerilla-Veteranen, nun Vorsitzender des Industriekomitees. Er gab uns ein lebhaftes Bild von dem schnellen Wachstum der Industrie in seinem Land. ‚Vor der Befreiung', sagte er, ‚war Kampuchea ein halbfeudales, halbkoloniales Land mit einer schwachen industriellen Grundlage und abhängig von vielen Gebrauchsgütern aus fremden Ländern. Das meiste dieser unbedeutenden Industrien wurde im Krieg von der verräterischen Lon-Nol-Clique zerstört. Wie auch immer, als das Volk Herr in seinem eigenen Land wurde, nahm es die Initiative in die eigene Hand.' Mit strahlenden Augen erklärte er: ‚Die revolutionäre Organisation hat eine große Bedeutung bei der Entwicklung der Industrie. Mit Nachdruck verfolgt sie das Prinzip, die Landwirtschaft zur Grund-
Prinzip, die Landwirtschaft zur Grund-
lage zu nehmen, um die Entwicklung der Industrie zu fördern. Wir räumen der Entwicklung der Leichtindustrie einen wichtigen Platz ein, so daß die täglichen Bedürfnisse der Massen erfüllt werden können, und fördern die Entwicklung der Landwirtschaft. So können wir allmählich Fonds bilden zur Entwicklung der Schwerindustrie.' (...)

Arbeiter und Kader der revolutionären Armee organisieren gemeinsam den Aufbau der Industrie.

Aufbau der Industrie.

Wir besuchten eine Werft in der Nähe von Phnom Penh, die nach dem Krieg errichtet wurde. Meng An, der Vorsitzende der staatlichen Wasser- und Land-Transport-Abteilung, berichtete über die Entstehung der Werft. Er sagte: ‚Die meisten Arbeiter sind früher Mitglieder der Transporteinheiten der Armee gewesen: Mit dem Ende des Krieges übertrug die Revolutionäre Organisation ihnen die Aufgabe, das Transportwesen zu entwickeln, um die Bevölkerung der Hauptgebiete mit den täglichen Gebrauchsgütern zu versorgen. Mit dem schrittweisen Aufbau der nationalen Wirtschaft und der Entwicklung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion trat die Knappheit an Transportmitteln immer deutlicher hervor. (...) Die Schiffswerft sollte die Lösung des Problems sein. Es ist keine Übertreibung, zu sagen, daß die Werft aus dem Nichts heraus gebaut wurde und daß die Schiffe mit dem Material gebaut wurden, das am Ort gerade zur Verfügung stand.'

Die neue Generation der kambodschanischen Arbeiter gewinnt in der Entwicklung der nationalen Industrie rasch an Stärke. Die meisten von ihnen kommen aus der revolutionären Armee und sind der Revolution treu ergeben. Sie arbeiten bewußt und gewissenhaft und erhöhen ständig ihre Fertigkeiten. In einer Dreschmaschinenfabrik sahen wir eine Reihe von Frauen an den Maschinen arbeiten. Kambodschanische Freunde erzählten uns, daß sie ehemalige Soldaten seien, die in Phnom Penh am Ende des Krieges angekommen waren und dann in die Fabrik kamen. Sie bilden seitdem den entschlossensten Kern der Fabrikarbeiter. (...)

Um die notwendige industrielle Entwicklung zu fördern, hat die revolutionäre Organisation Kampucheas technische Schulen errichtet, um die Arbeiter zu schulen und sie zu ermutigen, durch die Arbeit zu lernen. Wir besuchten eine dieser Schulen in der Nähe von Phnom Penh. Die Ausstattung ist einfach, und das Studium beinhaltet auch die praktische Anwendung. (...)

Unter Anwendung der Prinzipien von Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Selbstbewußtsein entwickelt sich die nationale Wirtschaft Kampucheas erfolgreich. Ein neues Wirtschaftssystem, das der Landwirtschaft und den Bedürfnissen der Volksmassen dient, wird aufgebaut und immer bedeutender im Kampf für die Verteidigung und im Aufbau ihres Vaterlandes."

(Bericht einer chinesischen Journalistendelegation, aus Hsinhua, 20.1.77 und 24.1.77, eigene Übersetzung)

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord